

„Wir kommen“: Der Landtagswahlkampf der CDU Hessen 1970

Oliver Salten

Als Alfred Dregger am 2. Dezember 1967 in der Rheingauhalle der Winzerstadt Eltville vor die Delegierten des Landesparteitages der CDU Hessen trat, die ihn soeben mit 237 von 244 Stimmen deutlich zum neuen Landesvorsitzenden gewählt hatten,¹ machte er bereits in den ersten Sätzen seiner Antrittsrede klar, was sein Ziel war: „Sie haben mich heute zu Ihrem Landesvorsitzenden gewählt und mir gleichzeitig eine Mannschaft zur Seite gestellt, zu der ich Vertrauen habe. Dafür danke ich Ihnen. Diese Mannschaft ist jung, voller Selbstvertrauen und von dem unbedingten Willen erfüllt, die hessische CDU auf ihr Ziel zuzuführen. Dieses Ziel, meine Freunde, ist die Mehrheit. Es kann kein anderes Ziel geben. Eine Partei, die dieses Ziel aufgibt, erklärt ihren politischen Bankrott und verzichtet auf politische Führung. Das kann für uns nicht in Frage kommen.“²

Die Formulierung dieses Anspruches, den Dregger unter den Beifall der Delegierten verkündete,³ war alles andere als selbstverständlich. Seit 1946 war die SPD in Hessen an der Regierung und stellte seitdem auch den Ministerpräsidenten. Die CDU war nur von 1946 bis 1950 im Rahmen einer Großen Koalition Teil der Landesregierung gewesen.⁴ In der Folgezeit wurde Hessen unter dem seit 1950 amtierenden beliebten Ministerpräsidenten Georg August Zinn zu einem „sozialdemokratischen Modellstaat“, wie es der „Spiegel“ 1966 ausdrückte,⁵ der den Anspruch erhob, ein Gegenentwurf zur von Konrad Adenauer geprägten Bundesrepublik zu sein.⁶ Bei der Landtagswahl am 6. November 1966 war die CDU unter ihrem seit 1952 im Amt befindlichen Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Wilhelm Fay mit 26,4 Prozent sogar

1 Niederschrift über den Landesparteitag am 2. Dezember 1967, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) Bestand CDU-Landesverband Hessen 03–020-183/5.

2 Alfred Dregger: Auf neuen Wegen – CDU Hessen. Rede vom 2. Dezember 1967, ebd.

3 Hessens CDU stellt Dregger an ihre Spitze, in: Wiesbadener Tageblatt vom 4. Dezember 1967.

4 Hellmut Seier: Parteien und Landespolitik in Hessen 1946–1950, in: Bernd Heidenreich/Konrad Schacht (Hg.): Hessen. Wahlen und Politik (Schriften zur politischen Landeskunde Hessens 3). Stuttgart/Berlin/Köln 1996, S. 147–163.

5 Zinn und Zinseszins, in: Der Spiegel vom 30. Oktober 1966. Zu Zinn vgl. Gerhard Beier: Hessen vorn. Die Biografie des Hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn. Bonn 2021.

6 Walter Mühlhausen: Rotes Hessen: Gegenmodell zur Adenauer-Republik, in: Wolfgang Schroeder/Arijana Neumann (Hg.): Politik und Regieren in Hessen. Wiesbaden 2016, S. 251–269; ders.: Hessen im 20. Jahrhundert. Eine politische Geschichte. Wiesbaden 2023, S. 381–445. Zum Begriff „rotes Hessen“ hingegen skeptisch Jochen Führer/Thomas Noetzel: Die Hessen als Wähler, in: Klaus Böhme/Walter Mühlhausen (Hg.): Hessische Streiflichter. Beiträge zum 50. Jahrestag des Landes Hessen. Frankfurt a. M. 1995, S. 133–149, hier 136.

2,4 Prozent unter dem Ergebnis der vorherigen Landtagswahl 1962 geblieben, während die SPD ihre absolute Mehrheit hingegen leicht auf 51 Prozent ausbauen konnte.⁷ Dregger selbst sprach von einem „Getto [der] Minderheitenposition“, aus dem man ausbrechen müsse.⁸

Tatsächlich gelang es der CDU Hessen innerhalb von nur sieben Jahren die SPD zu überholen und erstmals stärkste Partei in Hessen zu werden. Dabei ist insbesondere der Landtagswahlkampf 1970 ein zentraler Angelpunkt. Man muss natürlich berücksichtigen, dass bei den Wählerentscheidungen Faktoren wie etwa persönliche Neigungen, die Beeinflussung durch landes-, bundes- und weltpolitische Ereignisse und nicht zuletzt auch die Auswirkungen des gesellschaftlichen und soziostrukturellen Wandels der 1960er Jahre – in Hessen unter anderem sichtbar an der Verringerung des Arbeiteranteils an der Zahl der Beschäftigten und der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors⁹ – eine große Rolle spielten. Allerdings sind Wahlkampfzeiten in den Worten von Thomas Mergel „eine Phase dichter politischer Kommunikation, in der nicht nur spezifische politische Ziele und Wege, sondern auch das Selbstbild des politischen Systems, der politischen Klasse und die gesellschaftlichen Konflikte sehr klar ausgedrückt und umkämpft werden“.¹⁰

Im Folgenden soll daher die Frage im Mittelpunkt stehen, wie die CDU Hessen den Landtagswahlkampf 1970 organisiert hat, welche Wählergruppen man zu beeinflussen suchte, welche Werbemittel in welchem Maße genutzt wurden und wie sich die innerparteilichen Strukturen in dieser Phase nach dem „Neuanfang“ 1967 verändert haben. Auf diese Weise wird nicht nur ein Beitrag zur weiteren Erforschung der hessischen Landes- und Parteiengeschichte geliefert, sondern auch zur historischen Wahlkampfforschung, die mit Bezug auf das weite Feld der Landtags- oder Kommunalwahlkämpfe bislang so gut wie gar nicht existent ist.

7 Alfred Behr u. a.: Wahlatlas Hessen 1946 bis 1989. 3. Aufl. Braunschweig 1989, S. 64–67; Anita Steinseifer: „Ohne mich? Nein! Mit mir!“ – Wahlkämpfe und Wahlkampfthemen in Hessen, in: Heidenreich/Schacht (Hg.): Hessen. Wahlen und Politik, S. 244–289, hier 254–256.

8 Niederschrift über den Landesparteitag der CDU Hessen in Eltville am 2. Dezember 1967, in: ACDP 03-020-183/5.

9 Gerd Hardach: Die hessische Wirtschaft im Wandel 1945–2005, in: Helmut Berding/Klaus Eiler (Hg.): Hessen. 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum. Wiesbaden 2006, S. 191–219, hier 201–203; Mühlhausen: Hessen, S. 454.

10 Thomas Mergel: Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990. Göttingen 2010, S. 14.

1. Der Weg nach Eltville

Um die Entwicklung der innerparteilichen Dynamik und der Strukturen in der CDU Hessen zu verstehen, gilt es zunächst, sich den Weg zur Neuaufstellung auf dem Parteitag in Eltville zu vergegenwärtigen.¹¹ Wilhelm Fay (1911–1980), der als Landesvorsitzender zwar reformbereit,¹² aber bereits auf dem Landesparteitag 1966 stark unter Druck geraten und nur mit 69 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt worden war,¹³ sah selbst ein, dass er nicht die Verkörperung der Zukunft der CDU Hessen sein konnte. Sein Plan war, sein Amt auf dem nächsten regulären Parteitag nach den Kommunalwahlen 1968 zur Verfügung zu stellen.¹⁴ Allerdings waren die Dinge bereits in Bewegung geraten und Fays Einfluss schwand zunehmend.

Im Mittelpunkt dieses Prozesses stand Alfred Dregger. Der Jurist war seit 1956 Oberbürgermeister von Fulda, zog 1962 in den Hessischen Landtag ein und wurde 1965 Präsident des Deutschen Städtetages.¹⁵ Bei ihm vereinten sich ein ansprechendes Äußeres, was ihm den Spitznamen „schöner Alfred“ eintrug,¹⁶ rhetorisches Talent und die Fähigkeit zum Taktieren.¹⁷ Allerdings war er auch geprägt von „brennende[m] Ehrgeiz“.¹⁸ Bereits wenige Tage nach der Landtagswahl ließ er gegenüber Walther Leisler Kiep, als erfolgreicher Unternehmer aus Kronbach und Bundestagsabgeordneter seit 1965 ebenfalls einer der jüngeren Hoffnungsträger der CDU Hessen, offenbar durchblicken, dass er sich die Nachfolge Fays durchaus zutrauen würde.¹⁹ Es gab jedoch noch zwei wei-

11 Grundlegend dazu Martina Neitzke: Die CDU Hessen 1950–1967. Politikentwicklung und Organisationsstrukturen (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 29). Wiesbaden 2010, S. 228–238.

12 Reinhard Frommelt: Mitregieren-Wollen und Opponieren-Müssen. Die CDU Hessen unter Wilhelm Fay 1952–1967, in: Bernd Heidenreich/Werner Wolf (Hg.): Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995. 50 Jahre CDU Hessen, Köln 1995, S. 37–57, hier 54–56.

13 Neitzke: CDU Hessen, S. 211 f.

14 Werner Wolf: Neubeginn und Kampf um die Mehrheit. Die CDU Hessen unter Alfred Dregger 1967–1982, in: Heidenreich/Wolf (Hg.): Weg, S. 59–95, hier 59; Neitzke: CDU Hessen, S. 229.

15 Zu Dregger existiert eine recht umfangreiche biografische Literatur: Michael Schwab/Stadt Fulda (Hg.): Alfred Dregger für Fulda und Deutschland. Stationen eines charismatischen Politikers (Dokumentationen zur Stadtgeschichte 26). Petersberg 2008; Dieter Weirich: Alfred Dregger. Haltung und Herz – Eine Biografie. Frankfurt a. M. 2019; Wolfram Pyta/Nils Havemann: Alfred Dregger. Zeitpolitiker der Wiedervereinigung und Anwalt des Parlamentarismus. Wien/Köln 2023.

16 Der „schöne Alfred“ bläst zum harten Wahlkampf, in: Westfalenpost vom 27. Januar 1968.

17 Gesang mit Dienern, in: Der Spiegel vom 11. Dezember 1967.

18 Aktenvermerk von Wilhelm Fay über ein Gespräch mit Heinz Riesenhuber am 20. April 1967, in: ACDP Bestand Wilhelm Fay 01–145-F20.

19 Tagebucheintrag von Kiep vom 12. November 1966, in: ACDP Bestand Walther Leisler Kiep 01–867-002/5. Kiep hielt dies für „eine ausgezeichnete Lösung“. Spätestens im Januar 1967 kochte die Gerüchteküche, vgl. Es rumort in den Parteizentralen, in: Frankfurter Neue Presse (FNP) vom 28. Januar 1967.

tere potentielle Kandidaten.²⁰ Zum einen war dies Hans Wagner, Oberstudien- direktor aus Heppenheim, der seit 1950 dem Hessischen Landtag angehörte und soeben zum neuen Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion gewählt worden war,²¹ zum anderen der Favorit Fays, Christian Schwarz-Schilling, Geschäftsführer der Accumulatorenfabrik Sonnenschein in Büdingen und Vorsitzender des dortigen CDU-Kreisverbandes.²² Am 21. März 1967 trafen sich Dregger, Schwarz-Schilling und Kiep in Frankfurt am Main mit dem JU-Landesvor- sitzenden Heinz Riesenhuber, dem Landesvorsitzenden der hessischen CDU- Sozialausschüsse Otto Zink und Walter Wallmann, Richter am Landgericht Kassel, Kreisvorsitzender der CDU Marburg-Stadt und seit 1966 Mitglied des Landtages. Außerdem war auch Eckart van Hooven anwesend. Der Jurist war langjähriges Mitglied der Hamburger CDU gewesen und erst kürzlich in die Zentrale der Deutschen Bank nach Frankfurt versetzt worden. Nach eigener Aussage soll er zusammen mit Kiep maßgeblich am Zustandekommen des genannten Kreises beteiligt gewesen sein.²³ Bei dem besagten Treffen wurde unter Aus- klammerung der Vorsitzfrage verabredet, dass ein Führungsteam gebildet wer- den solle. Man stellte die Maßgabe auf, dass sich die Teilnehmer dieses Krei- ses nicht an anderen „Konstellationen“ beteiligen sollten.²⁴ Bei einem weiteren Treffen Mitte Mai war neben Hanna Walz, die seit 1958 Mitglied des CDU- Landesvorstandes und des Landtages war, auch Wagner anwesend, der sich mit dem genannten Konzept einverstanden erklärte.²⁵ Auf dem CDU-Bundespartei- tag in Braunschweig einige Tage später wurde Kiep jedoch davon überrascht, dass Wagner entgegen der Absprache ein eigenes Team mit dem Vorsitzenden der hessischen CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Berthold Martin und dem Bundestagsabgeordneten Walter Löhr zu bilden versuchte. Daraufhin gab es einen schnellen Entschluss: „Dregger und Schwarz-Schilling für Vor- sitz, Wallmann zweiter Stellvertreter, ich Schatzmeister, alle vier verpflichtet[,] nicht gegeneinander zu kandidieren.“ Fay unterstützte diese Lösung und stellte sogar einen früheren Rücktritt des aktuellen Landesvorstandes in Aussicht.²⁶ Am 31. Mai 1967 traf sich diese Vierergruppe erneut mit van Hooven, Riesenhuber und Zink. Man einigte sich darauf, dass Dregger Vorsitzender und Schwarz- Schilling sein Stellvertreter und Generalsekretär werden würde. Kiep kommen-

20 Rudolf Großkopf: Vier Politiker greifen nach dem Erbe Fays, in: Die Welt vom 5. Au- gust 1967. Vgl auch: Neitzke: CDU Hessen, S. 230.

21 Jochen Lengemann: Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung und des Hessischen Landtages (1.–11. Wahlperiode), Frankfurt a. M. 1986, S. 418.

22 Ebd., S. 388.

23 Eckart van Hooven: Meistbegünstigt. Bericht eines Zeitzeugen des Jahrgangs 1925. Frank- furt a. M. 2002, S. 97 f.

24 Tagebucheintrag von Kiep vom 21. März 1967, in: ACDP 01-867-002/5.

25 Tagebucheintrag von Kiep vom 18. Mai 1967, in: ACDP 01-867-002/6.

26 Tagebucheintrag von Kiep vom 23. Mai 1967, ebd.

tierte dies mit den Worten: „Ausgezeichnete Lösung. Nur die Zeit bis zur Wahl des neuen Vorstands macht mir Sorge!“²⁷

Wagner versuchte nun, Fay als Unterstützer für seine Kandidatur zu gewinnen und schickte dafür zunächst seinen Bruder Otto Wagner vor, den Vorsitzenden des CDU-Bezirksverbandes Südhessen.²⁸ Nachdem Fay Otto Wagner in einem Gespräch am 7. Juni klar gemacht hatte, dass er an „einer zukunftssträchtigen Lösung“ interessiert sei, verdeutlichte er zwei Tage später gegenüber Hans Wagner selbst, dass dieser aus seiner Sicht kein Vertreter einer neuen Generation sei und dass, zur Vermeidung eines Bruchs innerhalb der CDU Hessen, höchstens ein Kompromiss mit Schwarz-Schilling und Wallmann als Stellvertretern oder der Einrichtung der Position eines Generalsekretärs denkbar wäre.²⁹

In der Folgezeit bemühte sich Fay offenbar weiter darum, Schwarz-Schilling als Nachfolger in Stellung zu bringen. In der zweiten Junihälfte scheint es zumindest ein Treffen zwischen beiden gegeben zu haben, auf dem diese Frage erörtert worden sein soll.³⁰ Ende Juni erklärte Fay auf einer Tagung der Kreisvorsitzenden in Wiesbaden erstmals öffentlich, dass er 1968 nicht mehr als Landesvorsitzender kandidieren wolle und betonte, gemäß den Erinnerungen von Schwarz-Schilling, dass er sich für das Amt „einen Jüngeren, und zwar einen wesentlich Jüngeren“ wünsche, was nach Lage der Dinge am ehesten auf Schwarz-Schilling bezogen werden konnte.³¹ Wagner sah sich offenbar zunehmend im Nachteil und versuchte sich über ein Gespräch mit Kiep und van Hooven am 12. Juli abzusichern, in dem er betonte, niemals andere Absprachen im Hinblick auf den Landesvorsitz getroffen zu haben und Kontakt halten wolle.³²

Während Fay es in diesem „Streit der Diadochen [...] geradezu belustigend“ fand, „zu sehen, wie sich einige Herren um dieses Amt reißen und wohl dabei absichtlich verkennen, daß dieses Amt keinen Glanz, sondern nur Mühe und Arbeit bringt“,³³ und Dregger sich mittels einiger in der Presse berichteter Aussagen des Landesgeschäftsführers der JU, wonach die überwiegende Zahl der JU-Kreisverbände Dregger favorisiere, was Riesenhuber umgehend dementierte,

27 Tagebucheintrag von Kiep vom 31. Mai 1967, ebd.

28 Schreiben von Fay an Otto Wagner vom 6. Juni 1967, in: ACDP 01-145-F20.

29 Vermerk über ein Gespräch von Fay mit Hans Wagner am 9. Juni 1967, ebd.

30 Christian Schwarz-Schilling: Der Motor der hessischen Wende. Drei Begebenheiten, in: Günter Reicher/Dieter Weirich/Werner Wolf (Hg.): Alfred Dregger. Streiter für Deutschland. Berlin/Frankfurt a. M. 1991, S. 84–115, hier 89 f. Dass Fay Schwarz-Schilling erst hier eröffnet haben soll, dass er ihn sich als seinen Nachfolger wünsche, wie dort behauptet, ist angesichts der im Vorfeld erfolgten Gespräche und der Aussage Fays beim Gespräch mit Wagner am 9. Juni, dass er „nach langem Suchen und Prüfen Herrn Schwarz-Schilling vorgeschlagen“ hätte, eher unwahrscheinlich, vgl. Vermerk über ein Gespräch von Fay mit Hans Wagner am 9. Juni 1967, in: ACDP 01-145-F20.

31 Fay kandidiert nicht mehr, in: FAZ vom 26. Juni 1967; Schwarz-Schilling: Motor, S. 90.

32 Tagebucheintrag von Kiep vom 12. Juli 1967, in: ACDP 01-867-002/6.

33 Schreiben von Fay an Walter George vom 27. Juli 1967, in: ACDP 01-145-F19.

ins Gespräch brachte,³⁴ schlug die Stunde von Eckart van Hooven. Er übernahm die Moderation für die Aufgabe, die Vorsitzfrage zwischen Dregger und Schwarz-Schilling zu klären und ein Team für den Landesvorstand zu bilden. Wagner und Fay blieben dabei außen vor.³⁵ Das entscheidende Treffen fand am 30. August statt. Die Schilderungen darüber gehen jedoch auseinander. Zumeist bezieht man sich auf den Erinnerungsbericht von Schwarz-Schilling. Demnach sei er an diesem Tag zu Dregger nach Fulda gefahren. Dieser habe ihm dort nach einem Abendessen offen ins Gesicht gesagt: „Herr Schwarz-Schilling, den Vorsitz, den mache ich.“ Auf Schwarz-Schillings verdutzten Einwand, welche Argumente er dafür habe, habe Dregger betont: „Lieber Herr Schwarz-Schilling – ich besitze Charisma, und das ist es, was die hessische Union braucht.“ Dregger habe ihm dann angeboten, sein erster Stellvertreter zu werden und dabei besondere Aufgaben wahrzunehmen, vergleichbar der Funktion eines Generalsekretärs. Schwarz-Schilling habe zugestimmt, aber auf einer „exakte[n] Formulierung der Vollmachten“ und einer Änderung der Parteisatzung bestanden.³⁶ Van Hooven berichtet darüber etwas anders, allerdings ohne Nennung eines Datums. Man sei im Frankfurter Restaurant „Schultheiß“ zusammengekommen. Während die Verhandlung „erfrischend“ verlaufen sei, habe Kiep von Bonn aus während dieser Sitzung mehrfach vergeblich anzurufen versucht. Schließlich habe das Gespräch in der Feststellung Schwarz-Schillings kulminiert: „Ich muss das wohl machen, denn ich bin eigentlich der Intelligenteste in diesem Kreis.“ Dregger habe daraufhin erwidert: „Vollkommen richtig. Nur – ich bin derjenige, der das notwendige Charisma hat, und darauf kommt es jetzt an.“³⁷ Eine dritte Version bietet Kiep in seinem Tagebuch. Am 30. August hätten sich van Hooven, Dregger, Schwarz-Schilling und er in Frankfurt getroffen. In einer sachlichen Diskussion habe Schwarz-Schilling sich geziert, auf seine Kandidatur für den Landesvorsitz zu verzichten. Kiep schreibt dann einfach zum Ergebnis dieses Treffen: „Gesichtswahrung“.³⁸

Da Kiep seine Aufzeichnung unmittelbar nach dem Gespräch getätigt hat, dürfte kaum zu bezweifeln sein, dass das Treffen in Frankfurt im Beisein von ihm

34 Schwarz-Schilling: Motor, S. 91; Neitzke: CDU Hessen, S. 232.

35 Zum Folgenden Schwarz-Schilling: Motor, S. 92; Neitzke: CDU Hessen, S. 233.

36 Schwarz-Schilling: Motor, S. 92 f.; ders.: Kultur und Bildung. 50 spannende Jahre der hessischen Landespolitik (1967–2017), in: Roland Koch/Lucia Puttrich/Ines Claus (Hg.): Mission Bildung. 50 Jahre Schulpolitik – (k)eine Bilanz. Ein Kompendium für Landtagspräsident Norbert Kartmann. Frankfurt a. M. 2018, S. 51–141, hier 68 f. Vgl. auch Ewald Hetrod: Nachwuchs auf dem Vormarsch, in: Die Politische Meinung Nr. 323, Oktober 1996, S. 57–62, hier 58 f.; Bernd Heptner: „Das Ziel kann nur die Mehrheit sein“. Alfred Dregger: Im Viersprung fast zur Macht, in: Schwab/Stadt Fulda (Hg.): Alfred Dregger, S. 56–64, hier 57 f.; Neitzke: CDU Hessen, S. 233; Weirich: Alfred Dregger, S. 63 f.; Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 133.

37 Van Hooven: Meistbegünstigt, S. 98.

38 Tagebucheintrag von Kiep vom 30. August 1967, in: ACDP 01-867-002/6.

und van Hooven stattgefunden hat und nicht zwischen Dregger und Schwarz-Schilling in Fulda. So scheint tatsächlich das Gespräch am 30. August für die weitere Entwicklung entscheidend gewesen zu sein. Dies bestätigt auch ein Brief von Schwarz-Schilling an Dregger vom 1. September 1967, in dem er sich auf das Treffen zwei Tage zuvor bezieht und die Sondervollmachten auflistete, die er als stellvertretender Landesvorsitzender haben wolle.³⁹ Der erste Punkt lautete: „Der stellvertretende Landesvorsitzende leitet nach Abstimmung mit dem Landesvorsitzenden die Geschäfte der Partei, insbesondere die Landesgeschäftsstelle, welche ihm direkt unterstellt ist.“ Für Dregger war dieser Punkt so nicht annehmbar, da er in diesem Fall Schwarz-Schilling die faktische Macht in der Partei überlassen hätte. So strich er in diesem Satz die Worte von „nach Abstimmung“ bis einschließlich „insbesondere“. Weitere Aspekte, die offenbar unstrittig waren, betrafen die Organisation und Koordination der Partei, das Recht, an allen Versammlungen und Sitzungen teilzunehmen und die Kooperation mit anderen Landesverbänden und der Bundesgeschäftsstelle. Dregger ergänzte handschriftlich noch: „Der stellv. Lv [Landesvorsitzende, O. S.] erfüllt diese Aufgaben im Auftrage und im Einvernehmen mit dem Lv.“ Damit war die Hierarchie klargestellt. Offen waren die Fragen, was mit dem Landesvorsitz passieren sollte, wenn der Landesvorsitzende ein Ministeramt in einer SPD-geführten Landesregierung übernehmen würde; ferner eine Vollmacht, in dringenden Fällen den Landesvorstand einzuberufen und der Wunsch, anstelle der Bezeichnung „Generalsekretär“ lieber „Geschäftsführender Vorsitzender“ zu verwenden, was Schwarz-Schilling eine recht umfängliche Begründung wert war, um mögliche Befürchtungen Dreggers, er wäre dann nur eine Art „Gallionsfigur“, zu zerstreuen. Bemerkenswerterweise war auch „das umgekehrte Modell“, also mit Schwarz-Schilling als Vorsitzendem, für ihn noch nicht vom Tisch, so dass er ein weiteres Treffen „in dem von uns bestimmten Kreis“ vorschlug. Dieses fand offenbar bilateral am 9. September in Fulda statt, wo man sich auf eine Neufassung der Satzung einigte. Möglicherweise war dies das Gespräch, an dessen Umstände sich Schwarz-Schilling erinnerte. Am Ende stand auf jeden Fall eine Einigung, die Dregger den Vorsitz und Schwarz-Schilling weitreichende Kompetenzen als Generalsekretär zusprach. Am 10. September wurde diese der „Gesprächsrunde“ im „Schultheiß“ verkündet, was wiederum die Nennung dieses Restaurants bei van Hooven erklären würde.⁴⁰

39 Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 1. September 1967, in: ACDP Bestand Alfred Dregger 01–347-189/2.

40 Schwarz-Schilling: Motor, S. 94. Dazu würde auch passen, dass Kiep nicht bei dem Gespräch anwesend war, da er erst am Abend zuvor aus dem Urlaub zurückgekehrt war, vgl. Tagebucheinträge von Kiep vom 9. und 10. September 1967, in: ACDP 01-867-002/6. In diesem Fall hätte Kiep aber nicht aus Bonn, sondern von seinem Wohnhaus in Kronberg/Ts. aus angerufen.

Fay, der sich von der „Verschwörrunde im Taunus“ wenig angetan zeigte,⁴¹ blieb nichts anderen übrig, als die Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen. Wagner geriet durch die erfolgte Einigung endgültig ins Hintertreffen, obwohl er in der Presse noch im September als Favorit für den Landesvorsitz galt,⁴² und selbst Fay noch Mitte September unsicher war, ob Dregger oder Wagner als Sieger vom Platz gehen würde.⁴³ Schließlich wurde einen Tag vor der Landesausschusssitzung am 23. September in Lich in der Presse eine mögliche Einigung auf Dregger als Vorsitzenden vermeldet, wobei aber ausdrücklich auch die Möglichkeit einer Einbindung Wagners erwähnt wurde. Die Neuwahl solle noch in diesem Jahr stattfinden.⁴⁴ Als in Lich die Vertreter der Bezirksverbände für den Wahlvorbereitungsausschuss, den sogenannten „Elferrat“, gewählt wurden, waren darunter auch van Hooven und Otto Wagner, was für die notwendige Kompromissfindung durchaus hilfreich gewesen sein dürfte.⁴⁵ Kiep betonte in seinem Tagebucheintrag an diesem Tag: „Unsere Konzeption hat gute Aussicht auf Erfolg. Dregger unbestritten!“⁴⁶

Mitte November 1967 schickte Fay ein Rundschreiben an alle Kreisvorsitzenden, in dem er erklärte, dass die Neuwahl am 2. Dezember in Eltville stattfinden werde und er sich klar hinter die Kandidatur Dreggers stelle. Allein die ursprünglich geplante Verabschiedung einer neuen Satzung könne aufgrund „eine[r] Reihe von technischen Mängeln“ nicht vorgenommen werden.⁴⁷ Stattdessen werde die bestehende Satzung geändert werden, was Fay zustimmend erläuterte.⁴⁸ Am 2. Dezember fand dann schließlich der Landesparteitag in Eltville statt. Zunächst wurden mit großer Mehrheit die angesprochenen Änderungen der Satzung verabschiedet. Die Anzahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde von zwei auf fünf und die der Beisitzer von zehn

41 Schwarz-Schilling: Motor, S. 93–94.

42 Günter Zander: Hessens CDU auf der Suche nach einer „Lokomotive“, in: FR vom 7. September 1967.

43 Vermerk von Fay zur Bildung des Landesvorstandes vom 13. September 1967, in: ACDP 01-145-F20.

44 Walter Fröhder: Zwei Kandidaten zuviel für Fays Nachfolge, in: FAZ vom 22. September 1967.

45 Niederschrift der Landesausschusssitzung am 23. September 1967, in: ACDP 03-020-128/1. Vgl. auch: Führungswechsel steht bevor, in: Hessische Allgemeine vom 25. September 1967.

46 Tagebucheintrag von Kiep vom 23. September 1967, in: ACDP 01-867-002/6.

47 Eine neue Satzung wurde erst im folgenden Jahr beschlossen, vgl. Niederschrift über den Landesparteitag der CDU Hessen in Kassel am 28. September 1968, in: ACDP 03-020-183/5.

48 Rundschreiben von Fay an die Kreisvorsitzenden der CDU [undatiert], in: ACDP 01-145-F20. Vgl. auch Schreiben von Fay an Jochen Lengemann vom 14. November 1967, in: ACDP Bestand Jochen Lengemann 01-373-022/1. Die neue Satzung wurde nach langer Diskussion auf dem Landesparteitag im September 1968 verabschiedet, vgl. Niederschrift über den Landesparteitag der CDU Hessen in Kassel am 27./28. September 1968, in: ACDP 03-020-183/5.

auf 14 Personen erhöht. Zudem wurde ein Präsidium gebildet, das aus dem Landesvorsitzenden, den Stellvertretern, dem Landesschatzmeister, zwei weiteren Präsidiumsmitgliedern, den Vorsitzenden der Landtagsfraktion und der Landesgruppe im Deutschen Bundestag sowie dem Landesgeschäftsführer mit beratender Stimme bestand. Einem Vorstandsmitglied konnten zudem die Aufgaben und Befugnisse übertragen werden, die gemäß dem Bundesstatut dem Generalsekretär der CDU zustanden, also insbesondere die Führung der Geschäfte der Partei und die Koordination der Parteiarbeit.⁴⁹ Auf den Titel „Generalsekretär“ habe man verzichtet, weil er „zu hochtrabend“ erschien.⁵⁰ Nach der Abschiedsrede Fays stand schließlich die Wahl des neuen Landesvorstandes an.⁵¹ Schwarz-Schilling, Wagner, Wallmann, Walz und Zink wurden zu Dreggers Stellvertretern, Kiep zum Landesschatzmeister sowie Riesenhuber und der Landtagsabgeordnete Richard Westernacher zu den beiden weiteren Mitgliedern des Präsidiums gewählt.⁵² Schließlich hielt Dregger seine Antrittsrede. Neben der Ausrufung des Zieles, die Mehrheit zu gewinnen, machte er deutlich, was von der CDU Hessen erwartet werde, nämlich „eine verschworene Gemeinschaft“ zu sein, in der man bereit sei, „persönliche Ambitionen der Sache und der Partei unterzuordnen“. Man brauche zudem eine „Öffentlichkeitsarbeit, die unsere hessische CDU ständig sichtbar und präsent“ mache. Man müsse „moderne politische Techniken“ beherrschen, wozu er insbesondere Sozialwissenschaften und Meinungsforschung zähle, die man stärker in Anspruch nehmen müsse. Es müsse sich in der hessischen Bevölkerung „die Überzeugung festsetzen, daß diese CDU eine Regierungsmannschaft anzubieten hat von tüchtigen und opferbereiten Politikern, die wissen, was sie wollen [...]“. Man müsse als Team zusammenwirken. Er schloss seine Ansprache mit den Worten „Und nun – ans Werk!“⁵³

Das Präsidium stellte sich schon bald nach Eltville als ein zu großes Gremium „für vernünftige Arbeit“ heraus.⁵⁴ Für die unmittelbaren Aufgaben wurde die Gruppe um Dregger, Schwarz-Schilling, Wagner, Wallmann und Kiep wich-

49 Niederschrift über den Landesparteitag am 2. Dezember 1967, in: ACDP 03-020-183/5. Die Satzungsdebatte muss überaus zäh vor sich gegangen sein, vgl. Am Rande des Parteitages, in: Rheingauer Bürgerfreund vom Dezember 1967. Vgl. auch Neitzke: CDU Hessen, S. 234–236; Weirich: Alfred Dregger, S. 67–78. Zu den Kompetenzen des Generalsekretärs der CDU vgl. Statut der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Beschlossen auf dem 15. Bundesparteitag in Braunschweig am 22. und 23. Mai 1967. Bonn o.D., S. 13.

50 Rundschreiben von Fay an die Kreisvorsitzenden der CDU [undatiert], in: ACDP 01-145-F20. Vermutlich dürften aber auch die oben genannten Vorbehalte von Schwarz-Schilling gegen diesen Titel eine Rolle gespielt haben.

51 Rede von Fay auf dem Landesparteitag am 2. Dezember 1967, in: ACDP 03-020-183/5.

52 Niederschrift über den Landesparteitag am 2. Dezember 1967, ebd.

53 Alfred Dregger: Auf neuen Wegen – CDU Hessen. Rede vom 2. Dezember 1967 in Eltville, ebd.

54 Tagebucheintrag von Kiep vom 9. Dezember 1967, in: ACDP 01-867-002/6.

tiger, der sogenannte „Fünfer-Kreis“.⁵⁵ Dieser Kreis stellte das Zentrum der Machtbalance innerhalb der hessischen CDU dar. Hier konnten strittige Fragen diskutiert und mögliche Animositäten angesprochen werden, bevor diese sich in der Parteiarbeit auswirken konnten. Der Erfolg von Dreggers Zielvorstellung hing also auch wesentlich vom Gelingen der Zusammenarbeit innerhalb dieses Kreises ab.

2. Der lange Vorwahlkampf 1968/69

Vor der Landtagswahl 1970 standen zunächst zwei andere Wahlen in Hessen auf dem Programm, die Kommunalwahl 1968 und die Bundestagswahl 1969. Von vornherein wurden diese Wahlen als Teile einer „Dreiphasenstrategie“ betrachtet, die dazu dienen sollte, ein einheitliches Konzept zu erarbeiten, die CDU „als einzige personelle und politische Alternative zur SPD in Hessen aufzubauen“ und somit die Landtagswahlen in den beiden vorhergehenden Wahlen vorzubereiten.⁵⁶ Dazu galt es zunächst grundlegende Personalentscheidungen zu treffen. Schwarz-Schilling wurde auf Vorschlag Dreggers zum „1. Stellvertreter“ bestellt und erhielt faktisch die Vollmachten eines Generalsekretärs. Wallmann wurde „2. Stellvertreter“ und erhielt die Zuständigkeit für die Personalpolitik der CDU Hessen.⁵⁷ Zum 1. April 1968 wurde zudem Landesgeschäftsführer Hans Henderkes durch Joachim W. Lehmann ersetzt.⁵⁸

2.1 Kommunalwahl 1968

Die Vorbereitung der Kommunalwahlen drängte im besonderen Maße. Bereits vor dem Parteitag hatte im September 1967 eine Sitzung dazu stattgefunden, an der neben Fay, Wagner und dem Leiter des Referats für politische Fragen in der

55 Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 21. September 1970, in: ACDP 01-347-189/2. Dieser Name wird im weiteren Verlauf dieses Beitrages so verwendet. Eine durchgehende Bezeichnung gab es wohl nicht. Wallmann soll ihn als „Freundeskreis“ bezeichnet haben, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 8. Mai 1970, in: ACDP 01-867-003/2. Bei Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 137, wird irrigerweise davon gesprochen, dass Dregger und seine fünf Stellvertreter „das Führungszentrum der Hessen-CDU“ gebildet hätten.

56 Vgl. die Anfang 1971 entstandene Zusammenfassung: Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, in: ACDP 01-347-208.

57 Beschlussprotokolle der Sitzung des Präsidiums und des Landesvorstandes am 9. Dezember 1967, in: ACDP 03-020-097/2. Erst nach der Neuwahl des Landesvorstandes Ende Januar 1970 wurde erstmals ausdrücklich davon gesprochen, dass Schwarz-Schilling „mit den Aufgaben eines Generalsekretärs betraut“ worden sei, vgl. Beschlussprotokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 31. Januar 1970, ebd.

58 Beschlussprotokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 2. Februar 1968, ebd. Lehmann war 32 Jahre alt, hatte Wirtschafts- und Politische Wissenschaften studiert und war in der internationalen Verwaltung eines Konzerns tätig gewesen, vgl. Personalien, in: Union in Deutschland vom 15. Februar 1968.

Landesgeschäftsstelle Herbert L. Piedboeuf⁵⁹ auch einige Kommunalpolitiker, unter ihnen Dregger, teilnahmen. Es wurde beschlossen, „das Herausstellen von geeigneten Persönlichkeiten der Partei“ in den Vordergrund zu rücken, sowie Wahlprogramme, Rednerdienste und eine Ausarbeitung zur Wahlkampfmethodik herzustellen, ohne dabei allzu konkret zu werden.⁶⁰ Auf dem Landesausschuss in Lich wurde die Bedeutung der Kommunalwahl für die CDU Hessen durch eine Rede des Landtagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der KPV Hessen Georg Lindner klar gemacht. Seine Aussage, dass „eine Partei, die den Anspruch erhebt, Volkspartei zu sein, auf eine bedeutende kommunale Repräsentation nicht verzichten“ könne,⁶¹ dürfte einer der Leitgedanken für das Vorhaben gewesen sein, die Mitglieder und Anhänger der CDU in Hessen auch im Hinblick auf 1970 zu aktivieren. Das Referat wurde als so bedeutsam eingeschätzt, dass man es in Form einer Borschüre veröffentlichte.⁶²

Dregger und Schwarz-Schilling sahen in der Kommunalwahl ebenfalls eine „Bewährungsprobe“ auf dem Weg zu den weiteren Wahlen.⁶³ So wurde unmittelbar nach dem Landesparteitag eine Kommission zur Vorbereitung der Kommunalwahl unter dem Vorsitz von Hans Wagner berufen, die vor allem aus Kommunalpolitikern bestand.⁶⁴ Neben Überlegungen zum Wahlprogramm und der Anleitung des Wahlkampfes, stand insbesondere die Frage im Mittelpunkt, wie man die Aufstellung von CDU-Listen in den Orts- und Kreisverbänden sicherstellen könne. Wagner empfahl, dass sich Mitglieder des Landesvorstandes selbst in bestimmten Fällen darum kümmern sollten.⁶⁵ Schwarz-Schilling, der sich Informationen zur Frage der Listenaufstellungen von den einzelnen Kreis-

59 Organisations- und Stellenplan des CDU-Landesverbandes Hessen vom 20. September 1967, in: ACDP Bestand Walter Wallmann 01-742-054/1. Vgl. auch Führer durch die Landesgeschäftsstelle (Kurzfassung) vom 30. Oktober 1968, in: ACDP 03-020-097/2.

60 Vermerk von Fay über die Sitzung Kommunalpolitik 1968 am 12. September 1967, in: ACDP 03-020-010/1.

61 Referat von Georg Lindner auf dem Landesausschuss am 23. September 1967 „Kommunalwahl 1968“, ebd. Die Diskussion, wie man der geringen Verankerung der CDU auf kommunaler Ebene begegnen könnte, begann bereits Anfang der 1960er Jahre, vgl. Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985, S. 55.

62 Georg Lindner: Kommunalpolitik 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

63 Rundschreiben von Dregger und Schwarz-Schilling zum Jahreswechsel 1967/68, in: ACDP 01-742-054/1.

64 Beschlussprotokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 9. Dezember 1967, in: ACDP 03-020-097/2. Weitere Mitglieder waren Georg Lindner, Rolf Lucas, Hans Meudt, Ernst Gerhardt und Helmut Münch.

65 Beschlussprotokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 2. Februar 1968, in: ACDP 03-020-097/2. Der Bericht Wagners ist in den vorliegenden Akten nicht auffindbar.

verbänden zukommen ließ,⁶⁶ übergab den Vorsitzenden der Bezirksverbände eine Übersicht von Gemeinden ohne CDU-Liste mit Angaben zur Einwohnerzahl und den CDU-Stimmenanteilen bei der jeweils letzten Bundestags- und Landtagswahl mit der ausdrücklichen Aufforderung, sich um eine Aufstellung von eigenen Listen in den entsprechenden Gemeinden zu bemühen.⁶⁷

Dregger und Schwarz-Schilling war klar, dass ein Kommunalwahlkampf nur in geringem Maße zentral geführt werden konnte.⁶⁸ Somit trugen auch Anforderungen für die Auswahl geeigneter Kandidaten oder die Erweiterung der Präsenz der CDU in Gemeinden, in denen man bislang nicht vertreten war, vornehmlich appellativen Charakter. Im Kern konnte man vor allem über zwei Wege Einfluss nehmen: über das Wahlprogramm und die Wahlkampforganisation. Am 4. Mai 1968 beschloss das Präsidium eine Wahlkampfkommission unter dem Vorsitz von Schwarz-Schilling einzurichten.⁶⁹ Im September versendete die Landesgeschäftsstelle jeweils 50 Exemplare eines „Rahmenprogramms“ an alle Kreisverbände mit der Bitte, diese „an alle Personen mit mehr als durchschnittlichem Interesse für unsere Arbeit“ zu verteilen.⁷⁰ Man hatte sich damit weit vom ursprünglichen, recht textlastigen Programmentwurf entfernt.⁷¹ Mit modernem Druckbild und aktuellem Bezug auf die Osterunruhen,⁷² stellte man die CDU als eine „junge und dynamische Partei“ dar und bemühte sich darum, anhand verschiedener kommunalpolitischer Faktoren wie Lebensbedingungen, Verwaltung oder Finanzen eine Dichotomie zwischen CDU und SPD zu konstruieren. Dazu wurde in jedem Abschnitt die vorgeblich schlechte Lage in Hessen kurz geschildert und dann mit den Fragestellungen „Was tut die SPD?“ und „Was will die CDU?“ ein Gegensatz hergestellt.⁷³ Damit war indirekt auch

66 Schreiben von Schwarz-Schilling an die Kreisvorsitzenden und Geschäftsführer vom 16. Januar 1968, sowie Schreiben von Piedboeuf an die Kreisvorsitzenden vom 3. Februar 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

67 Schreiben von Schwarz-Schilling an die Bezirksvorsitzenden vom 29. April 1968, ebd.

68 Rundschreiben von Dregger und Schwarz-Schilling zum Jahreswechsel 1967/68, in: ACDP 01-742-054/1.

69 Beschlussprotokoll der Präsidiumssitzung am 4. Mai 1968, in: ACDP 03-020-097/2. Weitere Mitglieder der Kommission waren Lindner, Lucas, Riesenhuber, Wagner und Wallmann. Von der Landesgeschäftsstelle nahmen außerdem Lehmann und Piedboeuf an den Sitzungen teil.

70 Rundschreiben von Lehmann an alle Kreisverbände vom 11. September 1968, in: ACDP 03-020-010/1. Vgl. auch Aktueller Dienst der CDU in Hessen Nr. 42 vom 16. September 1968, ebd.

71 Entwurf für ein Kommunalwahlprogramm der Hessischen CDU, ebd.

72 Die Unruhen waren nach dem Attentat auf Rudi Dutschke ausgebrochen und führten insbesondere in Frankfurt zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, vgl. dazu Claus Leggewie: „1968“ in Hessen. Regionale Ausprägungen einer weltweiten Protestbewegung, in: Berding/Eiler (Hg.): Hessen, S. 269–295, hier 287.

73 Sicher – Stabil. Die hessische CDU zur Kommunalwahl 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

ein Abschied vom relativ konzilianten Ton seitens der CDU unter Fay während der letzten Landtagswahl verbunden.⁷⁴

Bereits vor der Bildung der Wahlkampfkommission war die Einheitlichkeit der Werbemittel ein zentrales Thema in den Beratungen zur Kommunalwahl.⁷⁵ Gerade in Bezug auf die Plakatierung wurde die Notwendigkeit betont, deren Wirkung durch Einheitlichkeit zu erhöhen und die Bitte geäußert, auf Eigenproduktionen so weit wie möglich zu verzichten.⁷⁶ Die Plakate wurden in sechs Versionen herausgegeben, darunter ein Kandidaten- und ein Rahmenplakat. Sie zeichneten sich durch das gleiche rote CDU-Logo, das der einzige Farbakzent blieb, und eine einheitliche Schriftart aus. Auf drei der Plakate prangte der Slogan der Kampagne „Sicher – Stabil“.⁷⁷ Er dürfte eine Reaktion auf die Studentenbewegung und die damit verbundenen Unruhen gewesen sein, um verunsicherten Bürgern einen der „Markenkerne“ der CDU nochmals zu verdeutlichen.⁷⁸ Einheitlichkeit sollte auch im wichtigen Bereich der Zeitungsinsertionen vorherrschen.⁷⁹ Dies galt nicht nur für die wichtigsten hessischen Tageszeitungen, bei denen die von der Landesgeschäftsstelle geschalteten Anzeigen „in einem inneren Zusammenhang“ stehen sollten,⁸⁰ sondern auch in den Annoncen, die für die Lokalpresse bestimmt waren. Hierfür wurden Gestaltungsmuster, Hinweise zu Schriftart und Matern, also Formen zur Herstellung von Druckplatten, für Logo und Slogan versandt.⁸¹ Auch die Rednervermittlung wurde in der Landesgeschäftsstelle zentralisiert.⁸² In diesem Zusammenhang sollte ein Rednerkatalog erstellt werden, der auch zwischen den Wahlkämpfen seine Gültigkeit behalten sollte.⁸³ Außerdem wurde ein eigener Rednerdienst angeboten.⁸⁴

74 Neitzke: CDU Hessen, S. 219.

75 Protokolle über die Geschäftsführertagung am 5. April 1968 und die Konferenz mit Vertretern der Kreisverbände des Landesverbandes Hessen am 6. April 1968, in: ACDP 03-020-097/2.

76 Rundschreiben von Lehmann an die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer vom 20. Juni 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

77 Bestellliste für Plakate zur Kommunalwahl 1968, ebd.

78 Vgl. Mergel: Propaganda, S. 270–281.

79 Zu Bedeutung der Insertionen für den Wahlkampf Volker Hetterich: Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949–1998. Opladen 2000, S. 197f.; Mergel: Propaganda, S. 170–176.

80 Rundschreiben von Dregger an die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer vom 8. August 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

81 Schreiben von Piedboeuf an die Kreisvorsitzenden mit Mustern und Materndienst vom 26. August 1968, ebd. Vgl. auch die Druckvorlagen für Insertionen, in: ACDP 01-824-238/2.

82 Beschlussprotokoll der Präsidiumssitzung am 4. Mai 1968, in: ACDP 03-020-097/2.

83 Beschlussprotokoll der Landesvorstandssitzung am 14. September 1968, ebd.

84 Rednerdienst Nr. 1 der CDU Hessen: Der Bürger und seine Gemeinde, in: ACDP 03-020-010/1.

Aus dem einzigen überlieferten Protokoll des Wahlkampfausschusses über die Sitzung am 5. September 1968 geht zudem hervor, dass man sich dabei ausgiebig mit dem sogenannten Canvassing befasste, also mit der Direktansprache der Wähler durch den Kandidaten beziehungsweise sein Team auf der Straße, bei Hausbesuchen oder am Telefon.⁸⁵ Das Canvassing galt in den 1960er Jahren als eine überaus fortschrittliche Form des Wahlkampfes.⁸⁶ Hans Bachem aus Mainz, der von 1962 bis 1967 Referent in der Bundesgeschäftsstelle gewesen war,⁸⁷ stellte die Methode in einem ausführlichen Referat vor. Das Echo war zwar überaus positiv, man hielt es aber zeitlich für unrealistisch, das Canvassing noch im Rahmen der Kommunalwahl durchzuführen. Über den Einsatz von Canvassing im Rahmen der Landtagswahl sollte aber auf der nächsten Sitzung noch eingehender diskutiert werden. Es ist sehr erstaunlich, dass man sich erst zu einem so späten Zeitpunkt mit diesem Thema befasste. In Zeitplänen der Landesgeschäftsstelle für die Wahl war Canvassing schon Monate zuvor als ein Mittel der Öffentlichkeitsarbeit der Kreisverbände angeführt worden.⁸⁸ Zudem saß mit Kiep ein Mann im Landesvorstand, der diese Methode bereits erfolgreich im Bundestagswahlkampf 1965 eingesetzt hatte.⁸⁹ Offenbar waren die Unsicherheiten über den Aufwand und den bestmöglichen Einsatz des Canvassings auch in der Kommission selbst recht groß. Zudem waren zum Zeitpunkt der Sitzung bereits drei der vier Vorbereitungsseminare für den Wahlkampf gelaufen.⁹⁰

Das Ergebnis der Wahl am 20. Oktober konnte Dregger als ersten kleineren Erfolg verbuchen. Abgesehen von der NPD, die 1964 noch nicht kandidiert hatte, konnte die CDU als einzige Partei leichte Zugewinne verzeichnen, während SPD und FDP leicht verloren.⁹¹ Vor dem Landesausschuss betonte Dregger am 26. Oktober, dass es zwar kein Erdbeben sei, die Partei aber zu größeren Anstrengungen ermutige.⁹² Der Wahlkampf hatte aus Sicht des Landesverbandes das eigentliche Ziel, zu zeigen, wie leistungsfähig die Kreis- und Ortsverbände waren.

85 Zum Folgenden Protokoll über die Sitzung des Wahlkampfausschusses am 5. September 1968, ebd.

86 Hetterich: Von Adenauer zu Schröder, S. 214–215.

87 Zu Bachem vgl. Jens Thorsten Gnau: Von „integrierter Planung“ zum Politikmanagement? – Eine verwaltungswissenschaftliche Betrachtung zur Entwicklung politischer Planung, dargestellt anhand der Regierungsplanung in Rheinland-Pfalz von 1979 bis 1994 (Speyer; Univ. Diss.). Speyer 2015, S. 67 (Anm. 273), <https://dopus.uni-speyer.de/frontdoor/deliver/index/docId/927/file/GnauJens.pdf> (Abruf: 15. September 2023).

88 Entwurf eines Zeitplans für die Kommunalwahlen vom 30. Januar 1968 und Zeitplan (Rahmenplan) für Kreisverbände vom 4. April 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

89 Walther Leisler Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht. Erfahrungen eines Unabhängigen. Ein politisches Tagebuch. Berlin/Wien 1999, S. 25 f.

90 Rundschreiben von Dregger an die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer vom 8. August 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

91 Behr u. a.: Wahlatlas, S. 28–31.

92 Rede von Dregger auf dem Landesausschuss am 26. Oktober 1968, in: ACDP 03-020-128/1.

Entsprechend zog der Landesvorstand auf seiner Sitzung am gleichen Tag die Konsequenz, zwei Kommissionen zu gründen. Eine, die sich nun schon frühzeitig mit der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes befassen sollte und eine zur Analyse des Kommunalwahlergebnisses.⁹³ Letztere, die rasch die Bezeichnung „Strukturkommission“ erhielt, hatte unter dem Vorsitz von Schwarz-Schilling das Ziel, Analysen anzufertigen, daraus Schlussfolgerungen bezüglich Wählerverhalten und Parteistruktur zu ziehen, diese mit den Kreisvorständen zu diskutieren und schließlich Vorgaben für zukünftige Wahlen abzuleiten. Die Basis dafür war unter anderem ein an die Kreisverbände verschickter Fragebogen.⁹⁴ Darin wurden neben der Einschätzung der Gründe für das jeweilige Wahlergebnis und den im Wahlkampf zur Sprache gekommenen Themen auch Wahlkampfplanung und -durchführung sowie die weiteren Pläne zur Verbesserung und Erweiterung der Organisation des Kreisverbandes abgefragt.⁹⁵ Am Ende dieses Prozesses sollte für jeden Kreisverband eine Strukturanalyse vorliegen, die neben statistischen Daten und Wahlergebnissen auch Tendenzen und Hinweise zur Verbesserung der Parteiarbeit enthalten sollte.⁹⁶ Der noch zu behandelnde Wechsel im Referat für politische Fragen und die angelaufenen Wahlkampf vorbereitungen führten jedoch dazu, dass die Vorstellung der Ergebnisse auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben wurde.⁹⁷

2.2 Bundestagswahl 1969

Am Beginn der Wahlkampfplanungen der hessischen CDU stand eine Änderung im Personalbestand der Landesgeschäftsstelle, die nachhaltige Folgen nach sich ziehen sollte. Piedboeuf hatte sich offenbar aus freien Stücken entschieden, seinen Posten als Referent für politische Fragen aufzugeben, um Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Herrenmode zu werden.⁹⁸ Ihm folgte nach einer kurzen Einarbeitungszeit Peter Radunski nach. Radunski stammte aus Berlin und hatte dort an der Freien Universität (FU) Rechtswissenschaften, Germanistik, Romanistik und Politikwissenschaft studiert. 1967 wurde er der erste hauptamtliche Bundesgeschäftsführer des RCDS und war von 1967 bis 1969 stellver-

93 Beschlussprotokoll der Landesvorstandssitzung am 26. Oktober 1968, in: ACDP 03-020-097/2.

94 Vermerk zu vorbereitendem Material für die Strukturkommission vom 29. November 1968, in: ACDP 01-824-238/2. Weitere Mitglieder der Kommission waren Wallmann, Lindner und der aus Kassel stammende Landtagsabgeordnete Wilfried Böhm.

95 Fragebogen der Landesgeschäftsstelle vom 30. Oktober 1968, in: ACDP Bestand Kreisverband (KV) Frankfurt 02-045-254.

96 Protokoll der 2. Sitzung der Strukturkommission am 29. Januar 1969 und Entwurf der Disposition einer Strukturanalyse am Beispiel des Landkreises Darmstadt, in: ACDP 01-824-238/2.

97 Schreiben von Schwarz-Schilling an die Mitglieder der Strukturkommission vom 9. Juni 1969, ebd.

98 Erlebte Geschichten mit Herbert L. Piedboeuf (18. Mai 2003), <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/erlebtegeschichten/piedboeufherbert102.html> (Abruf: 15. September 2023).

tretender Leiter des Wissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung (WIKAS). Radunski, der Schwarz-Schilling durch eine Veröffentlichung in der Zeitschrift „Sonde“ aufgefallen war,⁹⁹ hatte sich während der Bundestagswahl 1965 dadurch einen Namen gemacht, dass er durch seine Wahlkampforganisation maßgeblich dazu beigetragen hatte, dass der chancenlose CDU-Kandidat Hans Derben im Wahlkreis Hannover-Land einen massiven Stimmzugewinn verzeichnen konnte.¹⁰⁰

Noch vor Beginn der Wahlkampfplanungen hatte Dregger intern verkündet, dass er die Spitzenkandidatur auf der Landesliste der CDU Hessen anstrebe. Am 14. Dezember 1968 betonte Dregger gegenüber Schwarz-Schilling, Kiep und wohl auch Wallmann, dass er Minister in Bonn werden könne und, falls dies nicht der Fall sein sollte, er sein Bundestagsmandat niederlegen und in Hessen bleiben wolle. Kieps Vorschlag, dass der Landesvorstand Dregger dazu auffordern solle, die Landesliste anzuführen, stimmte dieser zu, machte aber Einstimmigkeit zur Voraussetzung.¹⁰¹ Dieses Vorhaben warf zwei Probleme auf. Zum einen war vollkommen unklar, welche Auswirkungen eine Realisierung von Dreggers Ambitionen auf die Landtagswahl haben würde, zum anderen offenbarten sich erste Bruchlinien innerhalb des Fünfer-Kreises, zunächst zwischen Dregger und Kiep. Kiep betrachtete Dreggers Vorstellungen von einem Ministeramt in einer Bundesregierung von vorneherein skeptisch,¹⁰² wohl auch, weil er sich selbst erhofft haben mag, Spitzenkandidat in Hessen zu werden.¹⁰³ Die Charakterisierungen, die Kiep über Dregger in seinem Tagebuch notierte, wurden zunehmend unfreundlicher.¹⁰⁴ Hinzu kam, dass Dregger in Kiep die

99 Schwarz-Schilling: Motor, S. 111. Gemeint war wohl Peter Radunski: Protest im 4. Semester. Der politische Impuls der Studentenunruhen, in: Sonde 1/1968, S. 28–41. Vgl. auch ders.: Aus der politischen Kulisse. Mein Beruf zur Politik. Berlin/Kassel 2014/15, S. 72.

100 Radunski: Kulisse, S. 50–53.

101 Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Dezember 1968, in: ACDP 01-867-003/1. Kiep deutet an, dass Dregger seine Absichten bereits auf einer Präsidiumssitzung am gleichen Tage verkündete. Ein Protokoll dieser Sitzung lässt sich jedoch nicht auffinden.

102 Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Dezember 1968, ebd.: „[...] (m. E. nur denkbar bei absoluter CDU-Mehrheit und auch dann unwahrscheinlich) [...]“. Kiep gibt Aussagen von Berthold Martin wieder, wonach Dregger sich Hoffnungen auf das Verteidigungsministerium gemacht habe, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 10. Februar 1969, ebd. Gemäß Weirich: Alfred Dregger, S. 92 f., habe Dregger mit dem Innen- oder Wohnungsbauministerium gerechnet. Nach Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 165, sei er für das Innenministerium im Gespräch gewesen. Sie beziehen sich dabei auf eine Kurzbiografie Dreggers in den Akten des Ministeriums für Staatsicherheit der DDR von 1976, was aus quellenkritischer Sicht nicht unproblematisch ist. Vgl. auch Chance für Hessens CDU, in: Fuldaer Zeitung vom 8. Januar 1969.

103 Wer geht, wer bleibt, wer kommt, in: FAZ vom 10. Februar 1969.

104 Tagebucheinträge von Kiep vom 10. Februar und 4. März 1969, in: ACDP 01-867-003/1. Dregger besitze zwar glänzende Fähigkeiten, vor allem als Redner, habe aber „die Arbeit nicht erfunden“. Er sei „nicht entscheidungsfreudig, geht den unangenehmen Dingen aus dem Wege und scheut aber keine Mühe[,] wenn es um ihn geht!“ Auch Wallmann war bei

verantwortliche Person sah, die die Nachricht über seine Spitzenkandidatur an die Presse weitergegeben habe.¹⁰⁵ Kiep bestritt dies vehement.¹⁰⁶ Außerdem soll Dregger über die erfolglose Kandidatur Kieps in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Amt des Bundestagspräsidenten verstimmt gewesen sein, da sie nicht im Vorhinein abgestimmt worden war.¹⁰⁷

Am 8. Februar verabschiedete der Landesvorstand schließlich einstimmig die gewünschte Aufforderung an Dregger.¹⁰⁸ Dennoch wurde diese Angelegenheit innerparteilich kritisch betrachtet. Auch in der Wahlkommission stritt man darüber.¹⁰⁹ Dies führte sogar dazu, dass Kieps eigener Kreisverband Obertaunus auf dem Kreisparteitag am 22. Februar 1969 eine Resolution verabschiedete, die Dregger als Konsequenz aus der in Eltville festgelegten Konzeption dazu aufforderte, im Hinblick auf den Landtagswahlkampf auf die Kandidatur für den Bundestag zu verzichten.¹¹⁰ Joachim Lehmann mahnte eindringlich, dass auf dem Landesparteitag Ende März, der über die Landesliste zu entscheiden hatte, allzu starke Kontroversen bezüglich der Spitzenkandidatur verhindert werden müssten.¹¹¹ In der „Fuldaer Zeitung“, sozusagen Dreggers „Hausblatt“, erschien quasi als Reaktion auf die Kontroverse ein, in den Worten von Kiep, „geradezu erschreckender Zeitungskommentar“, in dem nicht nur die Spitzenkandidatur verteidigt wurde, sondern Dregger als „eine politische Potenz erster Kategorie“ bezeichnet wurde, für den nur das Amt eines Bundesministers in

Kiep zunehmend schlechter angesehen, da er nach Kieps Meinung Dregger aus eigensüchtigen Motiven zur Kandidatur für den Bundestag geraten habe, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 10. Februar 1969, ebd.

- 105 Tagebucheintrag von Kiep vom 18. Februar 1969, ebd. Die Spitzenkandidatur Dreggers wurde erstmals vermeldet bei Dieter Weirich: Dregger führt die CDU-Liste an, in: Deutsche Tagespost vom 28. Januar 1969. Weirich habe diese Nachricht aus „politisch gut unterrichteten Kreisen“ erhalten. Erst am 10./11. Februar drang die Mitteilung auch in den größeren Medien durch, vgl. Dregger führt Landesliste an, in: FNP vom 12. Februar 1969. Noch während des Wahlkampfes wurde Weirich Dreggers persönlicher Referent, vgl. Weirich: Alfred Dregger, S. 81 f.
- 106 Schreiben des Wahlkreisgeschäftsführers von Kiep in dessen Auftrag an die Mitglieder des Landesvorstandes vom 18. Februar 1969, in: ACDP 01-824-215/1.
- 107 Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Februar 1969, in: ACDP 01-867-003/1. Vgl. auch Hanns Jürgen Küsters: Kai-Uwe von Hassel. Minister und Präsident 1963–1997. Darmstadt 2023, S. 482–484.
- 108 Erklärung des Landesvorstandes zur Spitzenkandidatur Dreggers vom 8. Februar 1969, in: ACDP 01-347-197.
- 109 Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Februar 1969, in: ACDP 01-867-003/1. Im Protokoll der Sitzung ist dazu nichts vermerkt, vgl. Protokoll über die zweite Sitzung der Wahlkommission 69 am 14. Februar 1969, in: ACDP 01-824-215/1.
- 110 Entschließung des KV Obertaunus vom 22. Februar 1969, ebd.
- 111 Schreiben von Lehmann an Dregger, Schwarz-Schilling, Wallmann und Kiep vom 28. Februar 1969 und Vermerk von Karl Georg zu Reaktionen aus den Kreisverbänden zur Spitzenkandidatur Dreggers vom 27. Februar 1969, beide in: ACDP 01-347-197.

Frage komme. Dies sei die Konsequenz des Auftrages von Eltville.¹¹² Auf einer Tagung der Kreisvorsitzenden am 15. März erklärte Dregger nochmals ausdrücklich, dass sein Ansinnen keine Scheinkandidatur sei, sondern die Absicht habe, die hessische CDU auch mit Blick auf 1970 nach vorne zu bringen. Die bevorstehende Landtagswahl „ist der einzige Maßstab, an dem die Entscheidungen vor und nach der Bundestagswahl auszurichten sind“.¹¹³ Die Kreisvorsitzenden billigten schließlich mit großer Mehrheit Dreggers Kandidatur, womit der Konflikt entschärft war.¹¹⁴ Auf dem Landesparteitag am 29. März in Wiesbaden gab es daher nur wenige offene Einwände gegen Dregger. Dass er am Ende bei der Abstimmung über die Spitzenkandidatur nur 190 von 240 Stimmen erhielt, machte jedoch deutlich, dass längst nicht jedem Delegierten wohl bei der Sache war.¹¹⁵

Was die eigentliche Wahlkampfplanung der CDU Hessen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes anging, konnte man schon Ende 1968 absehen, dass die Bundesgeschäftsstelle einen kurzen und konzentrierten Wahlkampf führen wollte.¹¹⁶ Dies bestätigte sich während der ersten Sitzung der Wahlkommission 69 am 13. Januar 1969 unter dem Vorsitz von Kiep, in der neben diversen hessischen Bundestagsabgeordneten und Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle unter anderem auch van Hooven und Hans Wagner vertreten waren. Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske stellte die Wahlkampflinie der Bundespartei vor,¹¹⁷ die Kiep in seinem Tagebuch mit den wenig begeisterten Worten kommentierte: „Mehr oder weniger das alte Rezept: Union der breiten Masse, spät anfangen etc.“¹¹⁸ Explizite Kritik an diesem Konzept übte unmittelbar nach der Sitzung Karl Georg, als Referent der Landesgeschäftsstelle unter anderem für den Außendienst zuständig, der für eine Versammlungswelle im Rahmen eines ausgedehnten Vorwahlkampfes plädierte, wodurch insbesondere die Führungsmannschaft der CDU Hessen popularisiert werden sollte.¹¹⁹

Abgesehen von dem Einwand Georgs lag der Schwerpunkt der Vorbereitungen zunächst auf der Frage, wie man die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch

112 Dr. Dreggers politischer Auftrag, in: Fuldaer Zeitung vom 24. Februar 1969. Kiep betonte, dass Dregger selbst van Hooven auf diesen Artikel als Begründung für seine Kandidatur hingewiesen hatte und nahm an, dass er Dreggers „Billigung, wenn nicht mehr“ habe. Tagebucheintrag von Kiep vom 4. März 1969, in: ACDP 01-824-003/1.

113 Erklärung Dreggers vor den Kreisvorsitzenden der hessischen CDU am 15. März 1969, in: ACDP 01-347-197.

114 Tagebucheintrag von Kiep vom 15. März 1969, in: ACDP 01-867-003/1.

115 Beschlussprotokoll des Landesparteitages der CDU Hessen am 29. März 1969, in: ACDP 03-020-183/5. Vgl. auch Tagebucheintrag von Kiep vom 29. März 1969, in: ACDP 01-867-003/1.

116 Schreiben von Lehmann an Kiep vom 3. Dezember 1968, in: ACDP 01-347-197.

117 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 13. Januar 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

118 Tagebucheintrag von Kiep vom 13. Januar 1969, in: ACDP 01-867-003/1.

119 Vermerk von Karl Georg für die Wahlkampfkommission zum Bundestagswahlkampf vom 14. Januar 1969, in: ACDP 01-347-197.

die Kommunikation innerhalb der Partei verbessern könnte.¹²⁰ Erst der Einfluss Radunskis scheint eine Veränderung herbeigeführt zu haben. Im März 1969 trafen er und Piedboeuf mit Dregger zusammen, wobei erstmals über konkrete Konzeptionen für den Wahlkampf, insbesondere auch im Hinblick auf 1970, jenseits der technischen Angelegenheiten gesprochen wurde.¹²¹ Kernelement der besprochenen Fragen bildete die Überlegung, wie man Alfred Dregger als Spitzenkandidat für 1969 und Herausforderer Zinns für 1970 einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt machen konnte. Dafür sollte ein eigener Pressereferent eingestellt werden, was Radunski zugunsten seiner Aufgaben in der Wahlkampforganisation entlastet hätte. So sollte er ein „Konzept für ein modernes Hessen“ entwickeln, das den Namen des Landesvorsitzenden tragen und Grundlage für das Wahl- wie Regierungsprogramm für 1970 sein sollte. Es wurde erstmals festgelegt, dass der Landtagswahlkampf unter dem Motto „Alfred Dregger und seine Mannschaft“ geführt werden sollte, wobei die Mannschaft gegebenenfalls auch als Schattenkabinett fungieren konnte. Im Bundestagswahlkampf sollte hingegen die Verbindung des Spitzenkandidaten Dregger mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger herausgestellt werden. Weiterhin sollte Dregger von Mai bis Juli, nach entsprechender Vorbereitung der zu treffenden Aussagen vor Ort, alle sechs CDU-Bezirksverbände in Hessen besuchen, was „ein großer Erfolg“ zu sein hatte. Auch die Erstellung eines sechs Minuten langen Farbfilms über Dregger für die Wahlkämpfe wurde erwogen.¹²² Auf der Sitzung der Wahlkommission 69 wenige Tage später wurden die Ergebnisse der Fuldaer Besprechung gebilligt.¹²³ Insbesondere wurde auch hier hervorgehoben, dass sämtliche Vorbereitungen nicht nur im Hinblick auf die nächsten Wahlen betrachtet werden müssten, sondern Teil eines langfristigen Konzeptes seien.

Diese Vorstellung stand jedoch in einem gewissen Kontrast zu den auf einen kurzen Wahlkampf zielenden Maßnahmen der Bundespartei. Dies war auch Radunski bewusst, der dies entsprechend kritisierte. Er sprach intern von „einer riskanten Wahlkampfstrategie“ der Bonner Zentrale und davon, dass die massive Werbung von FDP und SPD in der CDU „mit großer Unruhe aufgenommen

120 Entwurf einer Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes im CDU-Landesverband Hessen von Piedboeuf vom 7. Januar 1969, ebd. Vgl. auch Aktionsprogramm zur Belegung der Pressearbeit im CDU-Landesverband Hessen von Weirich vom 11. Februar 1969, in: ACDP 01-347-190/1.

121 Zum Folgenden Vermerk zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1969 und des Landtagswahlkampfes 1970 vom 21. März 1969, in: ACDP 01-824-215/1. Namentlich genannt sind als Teilnehmer nur Piedboeuf und Radunski. Da der Vermerk aber in Fulda angefertigt wurde, muss Dregger dabeigewesen sein. Weitere Teilnehmer sind unbekannt, der Vermerk ging aber ebenfalls an Schwarz-Schilling, der daher vermutlich auch anwesend war.

122 Einige Ideen, etwa ein Plakat mit Dregger und Kiesinger oder die Erstellung eines Films über die CDU Hessen, wurden bereits auf einer Sitzung der Wahlkommission angesprochen, vgl. Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 14. Februar 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

123 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 28. März 1969, ebd.

worden“ sei.¹²⁴ Mittels der von Radunski vorbereiteten Bezirksreisen Dreggers von Mai bis Juli 1969 wollte man nun einen eigenen hessischen Akzent setzen, Dregger als Landesvorsitzenden wie Spitzenkandidaten einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen und den direkten Kontakt zur Bevölkerung suchen.¹²⁵ Dieser Linie blieb Radunski auch in dem von ihm erstellten Wahlkampfplan vom 7. Juli 1969 treu.¹²⁶ Dreggers Plakat mit der Aufschrift „Alfred Dregger/Unser 1. Mann in Hessen“ sollte in den Formaten DIN A0 und DIN A1 vom 8. September an fast 7.000 Stellen geklebt werden. Zusätzlich standen den Kreisverbänden noch weitere 10.000 Exemplare zur Verfügung.¹²⁷ Dreggers Bild sollte ebenfalls in Insertionen des Landesverbandes erscheinen und auch für die Hörfunkwerbung waren eigene Sendungen zu hessischen Themen geplant.¹²⁸ Letztere wurden aber mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer verstärkten Präsenz Kiesingers wieder gestrichen.¹²⁹ Einen Rednerdienst mit landespolitischen Argumenten konnte Radunski noch im Juli fertigstellen, in dem man sich nicht nur klar von SPD, FDP und NPD abgrenzte, sondern auch Alfred Dregger als verantwortliche Person dafür, dass „die CDU zu einer politischen Kraft mit neuem Schwung in Hessen geworden“ sei, in den Vordergrund stellte.¹³⁰ Als besonders positiv wurde der Einsatz von Lautsprecherwagen und speziellen Diskussionsteams gewertet.¹³¹

Damit waren die wesentlichen landespolitischen Akzente in einem Wahlkampf gesetzt, der ansonsten klar auf die Person des Bundeskanzlers ausgerichtet war.¹³² Das Ergebnis der Wahl am 28. September 1969, wonach die CDU auf Bundesebene 1,5 Prozent verloren hatte und die SPD erstmals über 40 Prozent der Wählerstimmen gekommen war, durften Dregger und Radunski aus

124 Referat von Radunski auf der Geschäftsführertagung in Oestrich am 30. Mai 1969, in: ACDP 01-347-197.

125 Konzept von Radunski für die Bezirksreisen des Landesvorsitzenden im Vorwahlkampf Mai/Juli 1969 vom 23. April 1969, in: ACDP 01-824-215/1. Ausdrücklich wies Radunski darauf hin, dass diese Reisen Aufschlüsse bezüglich weiterer Touren Dreggers in der Zukunft erbringen sollten. Vorbild dafür könnten die „Kreisbereisungen“ Zinns gewesen sein, die dieser bereits seit 1954 durchgeführt hatte, vgl. Mühlhausen: Hessen, S. 397.

126 Zum Folgenden Wahlkampfplan der CDU Hessen zur Bundestagswahl 1969 von Radunski vom 7. Juli 1969, in: ACDP 01-347-197.

127 ACDP Plakatarchiv 10-007-250.

128 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 9. Mai 1969, in: ACDP 01-824-215/1; Protokoll eines Gesprächs zu Wahlsendungen im Hörfunkprogramm des Hessischen Rundfunks für die Bundestagswahl am 23. April 1969, in: ACDP 01-347-197.

129 Vermerk von Radunski an Dregger, Schwarz-Schilling, Kiep, Wagner und Lehmann vom 22. August 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

130 Konzept für den Rednerdienst des Landesverbandes von Radunski vom 10. Juli 1969, in: ACDP 01-347-197; Rednerdienst des Referates für politische Fragen zur Bundestagswahl 1969 vom Juli 1969, in: ACDP 01-824-215/2.

131 Schreiben von Gallus an Schwarz-Schilling vom 23. Oktober 1969, in: ACDP 01-824-232/2.

132 Philipp Gassert: Kurt-Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006, S. 704.

der hessischen Perspektive heraus als eine Bestätigung ihrer Arbeit der vergangenen Monate auffassen. Obwohl der Zugewinn der CDU in Hessen mit 0,6 Prozent auf 38,4 Prozent im Vergleich zu den 48,2 Prozent der SPD (plus 2,5 Prozent) auf den ersten Blick wenig eindrucksvoll ausfiel,¹³³ konnte Radunski in seiner Kurzanalyse vom darauffolgenden Tag vier grundlegend positive Momente herausstellen: 1. Während SPD und FDP in Hessen weniger gewonnen beziehungsweise mehr verloren hatten als auf Bundesebene, war die CDU als einzige hessische Partei im Durchschnitt besser. 2. Die CDU Hessen hatte zuvor nur bei der Bundestagswahl 1957 besser abgeschnitten als 1969. 3. Abgesehen von Kiesingers Heimatverband Baden-Württemberg (plus 0,8 Prozent) war die CDU Hessen der einzige Landesverband, der einen Stimmenzuwachs verzeichnen konnte. 4. Der Stimmenanteil der CDU bewegte sich im Großen und Ganzen zwischen 35 und 40 Prozent, was Radunski auf die zunehmende Stabilisierung der CDU Hessen zurückführte.¹³⁴

Für Dregger stellte sich nun endgültig die Frage, ob er die Chance hatte, in Bonn ein Ministeramt zu übernehmen. Bereits am 22. September hatte er an Schwarz-Schilling, Wagner und Martin den Entwurf eines Briefes an Kiesinger geschickt, den er diesem wohl nach einer siegreichen Bundestagswahl übergeben wollte. Darin forderte er im Falle einer Regierungsbeteiligung der CDU unter anderem „ein wichtiges Ressort für ihren Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten, der bei der Landtagswahl 1970 dem hessischen Ministerpräsidenten als personelle Alternative gegenübergestellt werden soll“.¹³⁵ Walter Wallmann war parallel dazu darum bemüht gewesen, Dregger beim Fuldaer Energieversorger ÜWAG eine Stelle als Kaufmännischer Leiter zu verschaffen, um ihm einen „Verwaltungsapparat“ zu geben, der „für seine Wirksamkeit als Landesvorsitzender von besonderer Bedeutung“ sein würde.¹³⁶ Am Tage nach der Wahl brach Dregger mit Wallmann und Wagner nach Bonn auf, musste aber feststellen, dass die Weichen eindeutig in Richtung einer sozialliberalen Koalition gestellt worden waren.¹³⁷ Auf der Landesvorstandssitzung am 30. September bereitete Dregger dementsprechend nach Kieps Eindruck seinen „Rückzug

133 Wie in den Ländern gewählt wurde, in: FAZ vom 30. September 1969; Behr u. a.: Wahl-atlas, S. 107 f.

134 Thesen zum Wahlergebnis der CDU Hessen von Radunski vom 29. September 1969, in: ACDP Bestand CDU Bundespartei 07-001-5156.

135 Vermerk von Dregger an Schwarz-Schilling, Wagner und Martin vom 22. September 1969 mit Briefentwurf, in: ACDP 01-347-264. Weder in Dreggers oder Kiesingers Nachlass noch in den Beständen der Bundespartei findet sich ein Hinweis darauf, dass eine Endfassung dieses Briefes jemals Kiesinger übergeben worden ist.

136 Schreiben von Wallmann an „Heinrich“ vom 27. September 1969, in: ACDP 01-742-054/1. Dieses Vorhaben konnte nach der Landtagswahl 1970 in der Tat realisiert werden, vgl. Dregger tritt in Fulda zurück, in: FAZ vom 11. November 1970.

137 Daniel Hofmann: „Verdächtige Eile“. Der Weg zur Koalition aus SPD und F.D.P. nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 514–564, hier 521–526; Gassert: Kiesinger, S. 724. Weirich traf an diesem Tag

nach Hessen“ vor.¹³⁸ Zu diesem Zweck fertigte Radunski am 4. Oktober einen Vermerk für Dregger an, in dem er ihm Argumente an die Hand gab, warum er auf das Bundestagsmandat verzichten solle. Zum einen werde Dregger voraussichtlich keine herausgehobene Position in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erhalten und könne zum anderen nur dann an der Spitze der Führungsmannschaft der CDU Hessen in die Landtagswahl gehen, wenn er auf das Mandat verzichte, da er in Bonn nicht genügend sichtbar sein werde.¹³⁹

Nachdem Dregger sich am 10. Oktober in einem Gespräch mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl offenbar Rückendeckung eines Mitgliedes der obersten Führungsspitze der CDU-Bundespartei geholt hatte,¹⁴⁰ trat am 14. Oktober der Landesvorstand zusammen. Auf Grundlage der Argumentation des Radunski-Vermerkes wurde bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen der Beschluss gefasst, dass der Landesvorstand, im Einvernehmen mit dem auf der Sitzung ebenfalls anwesenden CDU-Generalsekretär Bruno Heck, Dregger empfahl, das Mandat nicht anzunehmen.¹⁴¹ So wie bei der Bitte des Landesvorstandes an Dregger, die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl zu übernehmen, konnte auch die Nichtannahme des Mandats auf diese Weise als kollektive Entscheidung der hessischen CDU-Landesführung dargestellt werden. Dregger, der seine Entscheidung zwei Tage später dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rainer Barzel mitteilte,¹⁴² wollte damit möglichen Vorwürfen entgegentreten, dass er dabei eigenmächtig gehandelt habe. In diesen Zusammenhang gehört auch ein Schreiben, das wohl an alle Mitglieder der CDU Hessen versandt wurde, in dem die Gründe für dieses Vorgehen nochmals dargelegt wurden, und das mit den Unterschriften von Schwarz-Schilling, Wallmann und Wagner versehen war.¹⁴³ Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die Kritik an Dreggers Vorgehen weiterhin im Raum schwebte und sich vor allem in Teilen der Jungen Union explizit äußerte.¹⁴⁴

in Bonn mit Dregger und Wallmann „auf zwei ernüchterte Politiker“, vgl. Weirich: Alfred Dregger, S. 93. Vgl. auch Dregger gegen große Koalition, in: Fuldaer Zeitung vom 30. September 1969.

138 Tagebucheintrag von Kiep vom 30. September 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

139 Vermerk von Radunski an Dregger vom 4. Oktober 1969, in: ACDP 01-347-197. Ein weiterer undatierter und nicht gekennzeichnete Vermerk kam zu demselben Schluss, vgl. Vermerk: Die CDU im Oktober 1969, in: ACDP 01-347-197.

140 Tagebucheintrag von Kiep vom 10. Oktober 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

141 Beschluss des Landesvorstandes auf seiner Sitzung am 14. Oktober 1969, in: ACDP 01-347-197; Protokoll der Landesvorstandssitzung am 14. Oktober 1969, in: ACDP 03-020-097/2. Vgl. auch Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Oktober 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

142 Schreiben von Dregger an Barzel vom 16. Oktober 1969, in: ACDP 01-347-197.

143 Schreiben von Schwarz-Schilling, Wallmann und Wagner vom 15. Oktober 1969, ebd.

144 Vgl. etwa Dregger nur „Lockvogel“, in: FR vom 23. Oktober 1969.

3 Zwischen Konflikten und Konzepten – Der Landtagswahlkampf 1970

3.1 Konflikte – Alfred Dregger und die Bildung der Führungsmannschaft

Gleichzeitig mit dem Abschluss des Bundestagswahlkampfes begann die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes 1970, wobei sich zwei Ausgangsbedingungen gegenüber dem Beginn des Jahres 1969 grundlegend geändert hatten. Zum einen hatte Georg August Zinn, der an den Folgen eines Schlaganfalls laborierte, am 27. August 1969 seinen Rücktritt als Ministerpräsident aus gesundheitlichen Gründen angekündigt. Als sein Nachfolger wurde am 3. Oktober der bisherige Finanzminister Albert Osswald vereidigt,¹⁴⁵ von dem allerdings kaum zu erwarten war, dass er in dem knappen Jahr bis zur Landtagswahl in die großen Fußstapfen des Landesvaters Zinn treten konnte. Dies war aus Sicht Dreggers eine Entwicklung, die durchaus zu seinen Gunsten verlief.

Die zweite Bedingung war für Dregger eher problematisch. Im Frühjahr hatte der hessische Landtag das „Gesetz über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat“ beschlossen, wonach ein Wahlbeamter mit dem Tag der Annahme der Wahl in den hessischen Landtag in den Ruhestand trete.¹⁴⁶ Da dieses Gesetz mit der kommenden Landtagswahl erstmals zur Anwendung kam, hätte Dregger nach seiner Wahl in den Landtag sein Amt als Oberbürgermeister von Fulda aufgeben müssen. In Anbetracht der Vorgänge um die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl stellte bereits auf der Landesvorstandssitzung am 14. Oktober Elisabeth Schwarzhaupt die Frage, was Dregger nach der Wahl 1970 in diesem Zusammenhang zu tun gedenke, worauf dieser sich aber nicht festlegen wollte.¹⁴⁷ Ähnliches antwortete er auf dem Landtag der Jungen Union Hessen Ende Oktober in Bad Hersfeld, wo diese Frage ebenfalls aufkam.¹⁴⁸

Ein Aspekt für die zögernde Haltung Dreggers dürfte unter anderem sein Vorhaben gewesen sein, sich auf dem kommenden CDU-Bundesparteitag im November 1969 in Mainz ins Präsidium der Partei wählen zu lassen. Der Beschluss von 14. Oktober beinhaltete bereits den entsprechenden Vorschlag.¹⁴⁹ Dass Kiep plante, für das Amt des Bundesschatzmeisters zu kandidieren, war in

145 Mühlhausen: Hessen, S. 409.

146 Peter Hübner: Unvereinbarkeit von Amt und Landtagsmandat. Die Regelungen in den Bundesländern (Stand: Juni 1969), in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 0 (1969), S. 41–46, hier 45; Mühlhausen: Hessen, S. 392; Theo Schiller: Der Hessische Landtag, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hg.): Landesparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen. 2. Aufl. Wiesbaden 2012, S. 293–326, hier 305.

147 Tagebucheintrag von Kiep zum 14. Oktober 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

148 Junge Union nimmt hessischen CDU-Vorsitzenden aufs Korn, in: Stuttgarter Nachrichten vom 30. Oktober 1969.

149 Beschluss des Landesvorstandes auf seiner Sitzung am 14. Oktober 1969, in: ACDP 01-347-197. Der entsprechende Abschnitt wurde bei vier Enthaltungen angenommen, vgl. Protokoll des Landesvorstandssitzung am 14. Oktober 1969, in: ACDP 03-020-097/2. Kiep hielt diesen Beschluss für falsch, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Oktober 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

gewisser Weise ein Stolperstein für Dreggers Vorhaben, da nicht davon auszugehen war, dass die Delegierten zwei Hessen in das Präsidium wählen würden. Entsprechend machte dieser deutlich, dass er nur die Kandidaturen von Wallmann und Schwarz-Schilling für den Bundesvorstand unterstützen wolle, was Kiep natürlich nicht gut aufnahm.¹⁵⁰ Doch auch zwischen Schwarz-Schilling und Dregger begann es zu kriseln. In einem Schreiben an Dregger vom 27. Oktober kritisierte Schwarz-Schilling dessen unklare Aussagen bezüglich seiner Zukunft als Oberbürgermeister und das Verhalten gegenüber Kiep. Zudem war er verärgert darüber, dass Dregger, obwohl Schwarz-Schilling auf die Weitergabe der Information über die Bildung einer Wahlkampfkommission für die Landtagswahl auf der Landesvorstandssitzung am 24. Oktober an die Presse keinen Wert gelegt habe, es unterlassen habe, den Vorsitzenden dieser Kommission, nämlich Schwarz-Schilling selbst, zu nennen.¹⁵¹ Der Bundestagswahlkampf und die Querelen um die Spitzenkandidatur Dreggers hatten offenbar ihre Spuren hinterlassen. Der Riss zeigte sich insbesondere zwischen Schwarz-Schilling und Kiep auf der einen sowie Dregger und Wallmann auf der anderen Seite. Dies sollte auch in der Folgezeit noch Auswirkungen haben.

Einstweilen traf sich der Fünfer-Kreis am 12. November zu einer fast siebenstündigen Besprechung in Wiesbaden, in der insbesondere der Brief von Schwarz-Schilling Thema war. Am Ende einigte man sich nach Aussage Kieps zumindest darauf, dass Dregger Kiep dann als Bundesschatzmeister vorschlagen werde, wenn er selbst bei der Wahl ins Präsidium unterliege. Bezüglich des Oberbürgermeisterpostens könne sich Dregger erst im Mai 1970 äußern.¹⁵² Offenbar wollte er erst nach der offiziellen Aufstellung der Landesliste eine Festlegung treffen, um nicht als Oberbürgermeister „auf Abruf“ dazustehen.¹⁵³

Auf dem Parteitag gingen die Auseinandersetzungen jedoch weiter. Dregger hielt sich nicht an die Abmachung und forderte einen Verzicht Kieps auf eine Kandidatur, was dieser jedoch ablehnte. In der Folge kam es unter den hessischen Parteitagsteilnehmern dann zu scharfen Auseinandersetzungen.¹⁵⁴ Bei den Wahlen zum Bundesvorstand am 18. November verzichtete Kiep „schwe-

150 Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Oktober 1969, ebd.

151 Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 27. Oktober 1969, in: ACDP 01-347-189/2. Zur Wahlkampfkommission Protokoll der Landesvorstandssitzung am 24. Oktober 1969, in: ACDP 03-020-097/2. Weitere Mitglieder waren Wallmann, Wagner, Kiep, Ruth Beckmann, Wilfried Böhm, Jochen Lengemann, Georg Lindner, Rolf Lucas, Gottfried Milde, Heinz Riesenhuber, Adolf Roth und Karl-Heinrich Trageser. Außerdem nahmen seitens der Landesgeschäftsstelle Joachim Lehmann, Otto Gallus, Karl Georg, Alexander Niemetz, Peter Radunski, der als Geschäftsführer der Kommission fungierte, und Dieter Weirich teil. Vgl. auch das recht vage Antwortschreiben Dreggers vom 28. Oktober, in: ACDP 01-347-189/2.

152 Tagebucheintrag von Kiep vom 12. November 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

153 So hatte er sich auf dem JU-Landestag geäußert, vgl. Junge Union nimmt hessischen CDU-Vorsitzenden aufs Korn, in: Stuttgarter Nachrichten vom 30. Oktober 1969.

154 Tagebucheinträge von Kiep vom 16. und 17. November 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

ren Herzens“ auf eine Kandidatur, nachdem in Folge des tragischen Unfalltodes der Tochter des bisherigen Bundesschatzmeisters Kurt Schmücker am Abend des 16. November ein Stimmungsumschwung eingetreten war und dieser in Abwesenheit kandidierte.¹⁵⁵ Bei den Wahlen zum Präsidium konnte Dregger sich nicht durchsetzen, kam aber, ebenso wie Schwarz-Schilling, in den erweiterten Bundesvorstand.¹⁵⁶ Wallmann hatte auf eine Kandidatur verzichtet. Nach dieser Niederlage für den hessischen Landesverband, und um die Friktionen im Hinblick auf die Landtagswahl nicht größer werden zu lassen, kam es bei einem gemeinsamen Abendessen des Fünfer-Kreises am 16. Dezember schließlich zu einer Versöhnung zwischen Kiep und Dregger.¹⁵⁷ Dies dürfte auch im Hinblick auf den Ende Januar 1970 stattfindenden Landesparteitag in Gießen geschehen sein, auf dem die Führungsmannschaft mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde.¹⁵⁸

Dennoch blieb Dreggers Führungsanspruch nicht unumstritten. Deutlich wurde dies auf der Sitzung der hessischen Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 16. Februar. Zur allgemeinen Überraschung versuchte der Landesgruppenvorsitzende Berthold Martin im Zusammenspiel mit Lothar Haase eine Resolution durchzubringen, die sich gegen Dregger richtete und Wagner als neuen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl empfahl. Dies gelang ihnen jedoch nicht, unter anderem wohl auch, weil Kiep sich deutlich dagegen aussprach, da dies aus seiner Sicht die Chancen der CDU bei der Wahl erheblich beeinträchtigt hätte.¹⁵⁹ Die Folge dieser Aktion war, dass Martin bereits am nächsten Tag Kiep die Führung der Landesgruppe antrug, was mit der formellen Wahl am 4. Mai 1970 auch vollzogen wurde.¹⁶⁰ Die Hintergründe dieser Aktion bleiben mangels Quellen im Dunkeln. Zu vermuten ist zumindest, dass sie nicht ohne Kenntnis Wagners durchgeführt worden war, der die internen Auseinandersetzungen im Fünfer-Kreis hautnah miterleben konnte. Damit war jedoch klar, dass Dreggers Führungsanspruch auch im Hinblick auf die Landtagswahl unbestritten blieb.

Zentral war einstweilen die Frage, wie die Führungsmannschaft für die Landtagswahl aufgestellt werden sollte. Bereits während des Bundestagswahlkampfes wurden in der Presse Spekulationen über ein „Schattenkabinett“ laut.¹⁶¹ Gerade dieser Begriff sollte vermieden werden, um flexibel reagieren zu kön-

155 Tagebucheintrag von Kiep vom 18. November 1969, ebd.

156 17. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Bonn 1969, S. 165 und 187.

157 Tagebucheintrag von Kiep vom 16. Dezember 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

158 Beschlussprotokoll des Landesparteitages am 31. Januar 1970, in: ACDP 03-020-183/5.

159 Tagebucheintrag von Kiep vom 16. Februar 1970, in: ACDP 01-867-003/2.

160 Tagebucheinträge von Kiep vom 17. Februar und 4. Mai 1970, ebd.

161 CDU Hessen: Mit Babysittern und junger Mannschaft voran, in: FR vom 26. Juli 1969. Vgl. auch Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 29. Juli 1969 und Schreiben von Dregger an Schwarz-Schilling vom 1. August 1969, beide in: ACDP 01-347-189/2.

nen. In seinem ersten Wahlkampfkonzept vom Oktober 1969 betonte Radunski daher ausdrücklich bezüglich des Fünfer-Kreises: „Ein Regierungsteam, kein Schattenkabinett. Männer, die in allen Ressorts zu Hause sind.“¹⁶² Am 14. Januar 1970 beschloss das Präsidium die Empfehlung, „für die Führung des Wahlkampfes und eine etwaige Regierungsbeteiligung eine Führungsmannschaft zu bilden, die nicht nur aus Landtagskandidaten bestehen soll“ und ebenso wie die Landesliste einem Landesparteitag zur Entscheidung vorgelegt werden solle.¹⁶³ Dieser Beschluss war recht breit interpretierbar. So konnte sowohl der Fünfer-Kreis gemeint sein, jedoch auch eine erweiterte Führungsmannschaft. Die Sache war vorerst offensichtlich noch unentschieden, so dass auch Lehmann auf einer Landesgeschäftsführerkonferenz im Februar noch die Frage stellen konnte, ob man besser mit einem Mann oder mit einer Mannschaft in den Landtagswahlkampf gehen solle, wobei sowohl Heck als auch Kraske den Mannschaftsgedanken favorisierten.¹⁶⁴ Auf der Sitzung der Wahlkommission am 14. März wurde das Thema ausführlicher erörtert. Drei verschiedene Ansätze für die Führungsmannschaft wurden diskutiert. Der Fünfer-Kreis, der Fünfer-Kreis erweitert um Otto Zink und eine Gruppe von elf Personen, wobei neben dem Fünfer-Kreis sechs Personen hinzukommen sollten, die verschiedene gesellschaftliche Gruppen (Landwirtschaft, Arbeitnehmer, Jugend, Mittelstand, Frauen und Vertriebene) repräsentieren sollten. Die Führungsmannschaft sollte die Partei repräsentieren und die Regierungsfähigkeit der CDU unter Beweis stellen, jedoch ausdrücklich nicht als Schattenkabinett fungieren. Die Entscheidung darüber sollte der Landesvorstand auf seiner Sitzung am 8. Mai treffen.¹⁶⁵

In jedem Fall war klar, dass nicht alle Mitglieder der Führungsmannschaft auf die Landesliste gehen würden. Kiep sah seine Zukunft in der Bundespolitik und Wallmann war erst im Februar zum Oberbürgermeister von Marburg gewählt worden.¹⁶⁶ Als die Wahl jedoch angefochten wurde, kam es zu Querelen zwischen Dregger und Kiep, weil ersterer nun den Wunsch äußerte, dass alle Mitglieder der Führungsmannschaft auf die Liste sollten, da Wallmanns politische

162 Konzept zur Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl 1970 von Radunski vom 22. Oktober 1969, in: ACDP 01-824-232/2. Vgl. auch Überlegungen zur Wahlkampfplanung 1970 von Radunski vom 10. November 1969, in: ACDP 07-001-6041.

163 Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 16. Januar 1970, in: ACDP 03-020-097/2. Dieser Beschluss wurde vom Landesvorstand einige Tage später bestätigt, vgl. Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 24. Januar 1970, ebd.

164 Protokoll Landesgeschäftsführerkonferenz am 23./24. Februar 1970, in: ACDP 07-001-5156.

165 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 14. März 1970, in: ACDP 01-347-206. Die bei Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 146 f. suggerierte Kritik Dreggers am Mannschaftskonzept ist anhand der vorliegenden Quellen nicht nachvollziehbar.

166 Marburgs junger OB, in: Rheinischer Merkur vom 6. März 1970.

Zukunft plötzlich in Frage stand. Kiep lehnte dies vehement ab.¹⁶⁷ Am 6. Mai traf sich die sogenannte Elfer-Kommission, die den Vorschlag für die Landesliste zu erarbeiten hatte. Hier erklärte Dregger erstmals verbindlich, dass er sich für Wiesbaden und gegen Fulda entscheiden würde, sofern dies von der wenige Tage später stattfindenden Kreisvorsitzendenkonferenz gewünscht werden sollte. Außerdem gab er seinen Versuch auf, sämtliche Mitglieder der Führungsmannschaft auf der Landesliste zu platzieren. Die hierbei neben den Mitgliedern des Fünfer-Kreises genannten Kandidaten für die Mannschaft waren Westernacher, Zink, Riesenhuber sowie die Landtagsabgeordnete Erna Maria Geier.¹⁶⁸ Am 8. Mai kam es in Fulda zu einer Art Generalaussprache des Fünfer-Kreises. Gemäß der Tagebucheinträge Kieps versuchte Dregger eine Art Garantie bezüglich des Landesvorsitzes „für die Siebziger Jahre“ zu erhalten, was aber selbst von Wallmann nicht akzeptiert wurde. Im Anschluss gaben die Anwesenden ihre politischen Absichten für die nächsten Jahre bekannt. Wallmann und Schwarz-Schilling spielten mit dem Gedanken, 1973 zur Bundestagswahl anzutreten, während Kiep die Erwartung äußerte, dabei die Spitzenkandidatur zu erhalten und auf dem Bundesparteitag 1971 einen erneuten Anlauf für das Amt des Bundesschatzmeisters zu unternehmen. Dregger stellte die Frage nach dem Vorsitz der Landtagsfraktion, was Wagner „mit Betroffenheit“ registrierte.¹⁶⁹ Es ist anzunehmen, dass dies Dreggers Revanche für die gescheiterte Aktion von Berthold Martin war, die Wagners Position innerhalb des Kreises offenbar massiv geschwächt hatte.

Auf der Landesvorstandssitzung am selben Abend wurde die besprochene Konzeption der Führungsmannschaft mit den genannten Namen bestätigt. Ein von Dregger gewünschter Beschluss des Landesvorstandes, ihn zu beauftragen, die CDU Hessen in den Wahlkampf zu führen, möglicherweise in Anlehnung an den entsprechenden Beschluss bezüglich der Spitzenkandidatur zur Bundes-

167 Tagebucheintrag von Kiep vom 5. Mai 1970, in: ACDP 01-867-003/2. Wallmann verlor bei einer erneuten Abstimmung in der Marburger Stadtverordnetenversammlung am 2. Juni 1970 gegen den SPD-Kandidaten, vgl. Überraschender SPD-Sieg bei Marburger Oberbürgermeisterwahl, in: dpa vom 2. Juni 1970. Die Grundidee, sämtliche Mitglieder des Fünfer-Kreises auf der Landesliste zu platzieren, war aber schon einige Monate zuvor erdacht und seitens Dregger zumindest gegenüber Wallmann kommuniziert worden, vgl. Gedanken zur Personalisierung des Landtagswahlkampfes vom 3. November 1969, in: ACDP 01-347-206.

168 Handschriftliches Protokoll der Sitzung der Elfer-Kommission am 6. Mai 1970, in: ACDP 03-020-017/1; Tagebucheintrag von Kiep vom 6. Mai 1970, in: ACDP 01-867-003/2. Zu Geier vgl. Lengemann: Hessen-Parlament, S. 260; Weirich: Alfred Dregger, S. 97 f. Ob Dregger mit der Berufung von Geier Kritik ob des Fehlens einer Frau vermeiden wollte, wie sie Heinrich Köppler in Nordrhein-Westfalen bei seiner Führungsmannschaft entgegenschlug, muss offenbleiben, vgl. Stefan Marx: Heinrich Köppler (1925–1980). Politik aus christlicher Verantwortung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 51). Düsseldorf 2006, S. 186.

169 Tagebucheintrag von Kiep vom 8. Mai 1970, in: ACDP 01-867-003/2.

tagswahl 1969, kam in dieser Form nicht zustande. Stattdessen wurde Dreggers Bereitschaft, „zum Jahresende sein Oberbürgermeisteramt aufzugeben und als Oppositionsführer in den Landtag zu gehen“, lediglich begrüßt. Außerdem wurde er aufgefordert, „die hessische CDU in die 70er Jahre zu führen“.¹⁷⁰ Auch die Kreisvorsitzendenkonferenz am folgenden Tag begrüßte Dreggers Entschluss, nach Wiesbaden zu gehen.¹⁷¹ Auf dem zweiten Landesparteitag des Jahres am 30. Mai 1970 in Fulda wurde schließlich nicht nur die Landesliste mit Dregger an der Spitze sowie Wagner, Schwarz-Schilling und Wallmann auf den folgenden Plätzen verabschiedet, sondern auch die Führungsmannschaft erstmals präsentiert und per Akklamation bestätigt. Anstelle von Westernacher, der noch im gleichen Jahr Präsident des Hessischen Bauernverbandes werden sollte, war aber in der Zwischenzeit der weithin noch unbekannte Richard Bayha als Repräsentant des ländlichen Raumes nominiert worden.¹⁷² Damit war das Personal der CDU Hessen im Hinblick auf die Landtagswahl endgültig aufgestellt worden. Am 9. Juni wurde die Führungsmannschaft im Rahmen einer Pressekonferenz auch der Öffentlichkeit vorgestellt, die Auseinandersetzungen innerhalb des Fünfer-Kreises blieben davon jedoch unberührt. So prophezeite Kiep noch am Tag der Pressekonferenz nach einer weiteren Auseinandersetzung mit Dregger: „Wir werden noch viel Ärger haben!“¹⁷³

3.2 Konzepte – Das „Gesellenstück“ des Peter Radunski

3.2.1 Wahlkampforganisation I – Die ersten Planungen

Radunski bezeichnete den Landtagswahlkampf von 1970 rückblickend als sein „Gesellenstück“, das ihn zu einem der bedeutendsten Wahlkämpfer seiner Zeit machte.¹⁷⁴ Im Zusammenspiel mit Schwarz-Schilling war er es, der diesem Wahlkampf seinen Stempel aufdrücken sollte. Um sich dieser Aufgabe völlig widmen zu können, wurde, wie in der Besprechung im März 1969 festgelegt, zu seiner Entlastung mit Alexander Niemetz ein Pressereferent eingestellt. Niemetz stammte aus der Schweiz und hatte, wie Radunski, an der FU Berlin Politikwissenschaften studiert. Nachdem er für verschiedene Schweizer Zeitungen gearbeitet hatte, kam er im Oktober 1969 auf Empfehlung von Radunski zur CDU Hessen.¹⁷⁵

170 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 8. Mai 1970, in: ACDP 03-020-124; Tagebucheintrag von Kiep vom 8. Mai 1970, in: ACDP 01-867-003/2.

171 Tagebucheintrag von Kiep vom 9. Mai 1970, ebd.

172 Beschlussprotokoll des Landesparteitages am 30. Mai 1970 in Fulda, in: ACDP 03-020-183/5. Zu Bayha vgl. Weirich: Alfred Dregger, S. 99.

173 Tagebucheintrag von Kiep vom 9. Juni 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

174 Radunski: Kulisse, S. 74.

175 Eintrag „Niemetz, Alexander“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, <http://www.munzinger.de/document/00000020684> (Abruf: 10. November 2023).

Radunski selbst legte am 22. Oktober 1969 ein erstes Konzept für den Landtagswahlkampf vor.¹⁷⁶ Darin betonte er ausdrücklich, dass die CDU zurzeit keine unmittelbare Chance habe, neue Regierungspartei zu werden. Der Wahlkampf selbst habe daher drei Ziele: die absolute Mehrheit der SPD brechen, die CDU als einzige Alternative zur SPD im Bewusstsein der Bevölkerung verankern und schließlich CDU-Wähler als Mitglieder gewinnen. Als „optimales Ergebnis“ visierte er das Landtagswahlergebnis der CDU von 1958 an, nämlich 32 Prozent. Dazu müsse man sich als „Partei der politischen Mitte“ vor allem auf ehemalige CDU- und FDP-Wähler konzentrieren und einen regional- sowie schichtenspezifischen Wahlkampf führen. Die Zeit von Oktober 1969 bis Februar 1970 reservierte er für die Festlegung des politischen Konzeptes für die Landtagswahl. Zwischen März und August 1970 setzte er den Vorwahlkampf an, in dem neben der Mitgliederwerbung und diversen Veranstaltungen sowie Wahlkampfeschulungen auch publikationstechnisch umfangreiche Unterstützung für die Wahlkämpfer vor Ort erfolgen sollte. Der Hauptwahlkampf von September bis zum Wahltag sollte schließlich von diversen Wahlveranstaltungen sowie verschiedenen Werbemaßnahmen geprägt sein. Der zu bildenden Wahlkommission unter Schwarz-Schilling wies er vier Aufgaben zu: Analyse der politischen Situation in Hessen, das politische Konzept, den Organisationsplan und die Wahlkampfüberwachung. Außerdem sollten Unterkommissionen gebildet werden. Auch legte er erste Ideen zum Ablauf vor. So dachte er an Tagungen und Kongresse zu politischen Themen wie Städtebau, Lage der älteren Mitbürger, Hochschulen, Föderalismus – in diesem Fall möglicherweise zusammen mit anderen CDU-Landesverbänden – oder kommunale Selbstverwaltung. Außerdem sollten öffentliche Hearings und Arbeitskreissitzungen stattfinden und das Programm schließlich auf einem CDU-Wahlkongress verabschiedet werden. Insbesondere die Tagungen und Kongresse waren für Radunski von höchster Bedeutung, waren diese doch seitens der Presse, vor allem aber des Fernsehens, kaum zu ignorieren und brachten so der CDU dringend benötigte Sendezeit, vor allem wenn sie in zeitlicher Nähe zur Behandlung von entsprechenden Gesetzesvorlagen im Landtag stattfanden.¹⁷⁷ Radunski hatte damit frühzeitig eine ausführliche Vorplanung des Wahlkampfes vorgelegt. Der Partei wurde eine erreichbare Zielmarke gegeben, der Wahlkampf im Kontrast zur vorhergehenden Bundestagswahl einer längerfristigen Planung unterzogen und die Arbeit der Wahlkommission mittels Arbeitsaufteilung professionalisiert.

Im November 1969 legte Radunski dann für die erste Sitzung der Wahlkommission 70 einen weiteren Vermerk zur Wahlkampfführung vor, in dem er

176 Konzept zur Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl 1970 von Radunski vom 22. Oktober 1969, in: ACDP 01-824-232/2.

177 Vorschläge zur Durchführung von Tagungen und Kongressen von Radunski vom 7. November 1969, in: ACDP 01-347-206.

nochmals seine grundlegenden konzeptionellen Überlegungen aus dem Vermerk vom Oktober darstellte.¹⁷⁸ Gerade der Gedanke der Differenzierung fiel in der Wahlkommission auf fruchtbaren Boden. So wurde bereits auf der ersten Sitzung Südhessen als ein regionaler Schwerpunkt ausgemacht und als spezifische Zielgruppen jüngere und ältere Menschen, Familien und Großstadtbewohner genannt. Das Wahlprogramm selbst sollte weniger generalisierend, sondern eher konkret auf bestimmte Themenkomplexe abgestellt sein. Bezüglich der Tagungen und Kongresse wurde den Ansichten Radunskis vollumfänglich beigepflichtet. Außerdem wurden seitens der Kommission drei Unterkommissionen für die Bereiche „Politische Themen“, „Öffentlichkeitsarbeit und Werbung“ und „Organisation“ festgelegt und einige Ideen für mögliche Broschüren aufgeworfen.¹⁷⁹

Die Unterkommission Themen empfahl unter der Leitung von Wagner auf ihrer ersten Sitzung, insgesamt fünf Broschüren herauszugeben. Geplant waren eigene Hefte zu den Zielgruppen Familien, Großstädter, Jugend, Alte und eine Broschüre zur allgemeinen Ansprache, die sich unter anderem mit den Themen Verwaltung und innere Sicherheit befassen sollte. Ausdrücklich wurde gefordert, dass die Broschüren „graphisch ansprechend und spielerisch sein [sollten], so daß es Spaß macht, sie zu lesen“. Schwarz-Schilling ergänzte diese Passage zusätzlich mit dem handschriftlichen Kommentar „gut bebildert!“. Außerdem sollten Kongresse zu den Themen Föderalismus, Alten-Probleme, Großstadt und Mitbestimmung im Schulwesen, eine öffentliche Klausurtagung zur Zukunft der CDU und Tagungen zu aktuellen Themen aus dem Landtag abgehalten werden. Die Vereinigungen der Partei sollten bei der Gestaltung der Kongresse besonders einbezogen werden.¹⁸⁰

Im Dezember 1969 erstellte Radunski einen vertraulichen Vermerk zum Wahlkampfkonzept, in dem er seine bisherigen Darlegungen präziserte, erstmals mit ausdrücklichem Bezug auf das durch eine Analyse des WEMA-Instituts herausgestellte sogenannte strategische Potenzial, auf das im weiteren Verlauf der Untersuchung noch eingegangen wird. Seiner Ansicht nach sollte der Wahlkampf auf die Zielgruppen CDU-Wähler, strategisches Potenzial und Nichtwähler abgestellt werden, wobei er wiederum klar davor warnte, die Stammwähler zu verunsichern. Daher galt im Bereich der regionalen Differenzierung:

178 Überlegungen zur Wahlkampfführung 1970 vom 16. November 1969, in: ACDP 07-001-6041.

179 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 10. November 1969, in: ACDP 03-020-017/1. Die Broschüren sollten die Themen Bildungspolitik, Gesundheit und Soziales, moderne Verwaltung, Großstadt, Familie und öffentliche Sicherheit behandeln. Vgl. auch die entsprechenden Überlegungen von Radunski, in: Material zum politischen Konzept des Wahlkampfes: politisches Verhalten in Hessen vom 11. Dezember 1969, ebd.

180 Ergebnisdarstellung der Sitzung der Unterkommission Themen vom 8. Dezember 1969, in: ACDP 01-824-231/2.

Je weiter südlich, desto stärker war der Wahlkampf auf das strategische Potenzial abzustellen. Radunski betonte außerdem, dass die CDU, um zur alleinigen Alternative zur SPD in Hessen zu werden, im Wahlkampf drei Leitbildern folgen müsse: als Partei der integrierenden Mitte für kontinuierliche Reformen, als Partei der Initiativen und Ideen in der Landespolitik sowie als konstruktive und angriffsfreudige Opposition im Bund.¹⁸¹

Beide Linien, die inhaltliche wie die konzeptionelle, wurden auf der Sitzung der Wahlkommission am 16. Dezember zusammengeführt.¹⁸² Ein Kernergebnis war, dass die angedachten Zielgruppenbroschüren jeweils in der Form einer Illustrierten erscheinen sollten und somit die inhaltlichen Aussagen „in lockerer und ansprechend gestalteter Form“, wofür auch Werbefachleute herangezogen werden sollten, dem jeweiligen Personenkreis vermittelt werden konnten. So ließ sich Schwarz-Schillings Hinweis auf eine entsprechende Bebilderung der Veröffentlichungen am besten realisieren. Für Personen mit einem entsprechenden Informationsvorsprung sollte es zudem Sachthemenbroschüren zu den Bereichen „Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Hessen“, „Schul- und Ausbildungswesen“ und „Hochschulreform“ geben. Außerdem sollte es Rednerdienste für CDU-Mitglieder geben, die öffentliche Auftritte absolvierten. Die geplanten Kongresse und Tagungen sollten, wie von der Unterkommission vorgeschlagen, realisiert werden, nur der Kongress zu den Problemen älterer Menschen wurde nicht mehr weiterverfolgt. Bei der Ausarbeitung des Wahlprogramms, das auf einem eigenen Landesparteitag im September 1970 verabschiedet werden sollte, war auch ausdrücklich die Beteiligung der Kreisverbände gewünscht.

Ende 1969 hatte die Wahlkommission somit eine Struktur für den Wahlkampf geschaffen, mit der es möglich sein sollte, sowohl die klassischen CDU-Anhänger als auch das strategische Potenzial anzusprechen. Gerade das Mittel der Illustrierten bot sich dafür an, konnte es doch mit seinem visuell ansprechenden Format exemplarisch die Modernität der CDU Hessen aufzeigen. Entsprechend beschränkte sich die Unterkommission Themen im Folgenden auch darauf, vor allem die inhaltlichen Leitlinien für die Veröffentlichungen und die Terminfestsetzungen für die Tagungen und Kongresse auszuarbeiten, und schlug nur noch graduelle Änderungen an dem Konzept vor.¹⁸³

181 Material zum politischen Konzept des Wahlkampfes: politisches Verhalten in Hessen von Radunski vom 11. Dezember 1969, in: ACDP 03-020-017/1. Vgl. auch das undatierte „Wahlkonzept der CDU Hessen“, in: ACDP 01-824-077/2.

182 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 16. Dezember 1969, in: ACDP 03-020-017/1.

183 So sollte als „Gegenstück“ zur Illustrierten „leben in der Stadt“ die vor allem für Nord- und Mittelhessen konzipierte Ausgabe „leben auf dem Lande“ erscheinen, vgl. Ergebnisprotokoll der Sitzung der Unterkommission Themen am 14. Januar 1970, in: ACDP 03-020-017/1.

3.2.2 Mitgliederwerbung

Ein zentrales Element in Radunskis Planungen war die Etablierung einer strukturierten Mitgliederwerbung im Zusammenhang mit der Landtagswahl. Nur durch eine genügend große Anzahl an Mitgliedern war die CDU seiner Ansicht nach in der Lage, nicht nur die finanziellen, technischen und personellen Herausforderungen zukünftiger Wahlkämpfe zu meistern, sondern auch die politischen Positionen der CDU innerparteilich lebhaft zu diskutieren und glaubhaft nach außen zu vertreten.¹⁸⁴ Bereits zur Bundestagswahl 1969 gab es entsprechende Planungen, ohne dass diese erkennbare Auswirkungen gezeigt hätten.¹⁸⁵ Auch die Bundespartei bewertete das Ergebnis ihrer Bemühungen in der Mitgliederwerbung als mangelhaft.¹⁸⁶ Daher erstellte Radunski am 14. Oktober 1969 ein Konzept, wonach „[n]eue Methoden der Parteiarbeit und Mitgliederwerbung [...] Hand in Hand gehen“ müssten: „Mitgliederwerbung ist Parteireform, Parteireform führt zu Mitgliederwerbung.“ Der Durchführung der Werbung sollten Schulungen der verantwortlichen Personen in den Kreisverbänden und die Erstellung von Hilfsmitteln seitens des Landesverbandes vorausgehen. Je Kreisverband sollten bis zu acht Wochen der Vorwahlkampfzeit für die Mitgliederwerbung aufgewandt werden. Den Hauptwahlkampf selbst sah Radunski unter der Prämisse „Wahlkampf als Mitgliederwerbung“.¹⁸⁷

Die Wahlkommission stimmte auf ihrer ersten Sitzung der dargelegten Bedeutung der Mitgliederwerbung für die Wahlkampfführung zu und beschloss, nicht nur ein Rundschreiben herauszugeben, das konkrete Hinweise auf Methoden und Techniken der Neumitgliederwerbung enthalten sollte, sondern auch eine Broschüre zu erstellen.¹⁸⁸ Im Vorfeld der zweiten Sitzung fertigte Radunski einen kurzen Leitfaden an, der den Kreisverbänden eine konkrete Anleitung für eine möglichst erfolgreiche Mitgliederwerbung an die Hand geben sollte.¹⁸⁹ Die Kommission empfahl auf Grundlage von Radunskis Handreichungen eine Mitgliederwerbeaktion der Kreisverbände in Zusammenarbeit mit dem

184 Konzept zur Mitgliederwerbung von Radunski vom 14. Oktober 1969, in: ACDP 07-001-5141. Auch Karl Georg war dieser Ansicht, vgl. Vermerk von Georg vom Oktober 1969: „Wahlkampf 1969 – Fehler, Mängel, Bedenken“, in: ACDP 01-347-197.

185 Schreiben von Lehmann an Kiep vom 3. Dezember 1968, in: ACDP 01-347-197; Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 28. März 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

186 Zusammenfassender Bericht über die Nachuntersuchung zur Bundestagswahl 1969, in: ACDP 07-001-5141.

187 Konzept zur Mitgliederwerbung von Radunski vom 14. Oktober 1969, ebd. Für die Durchführung der Mitgliederwerbung bezog sich Radunski auf einen von der Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Leitfaden, vgl. ACDP 07-001-130. Siehe auch Konzept zur Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl 1970 von Radunski vom 22. Oktober 1969, in: ACDP 01-824-232/2; Thesen zur neuen Lage der CDU von Radunski vom 24. November 1969, in: ACDP 01-347-206.

188 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 10. November 1969, in: ACDP 03-020-017/1.

189 Praxis der Mitgliederwerbung von Radunski am 10. Dezember 1969, ebd.

Landesverband für die Vorwahlkampfzeit,¹⁹⁰ was der Landesvorstand im Januar bestätigte.¹⁹¹ Die Broschüre, die von Radunski und Niemetz herausgegeben wurde, trug den Titel „Mitgliederwerbung. Konzept und Praxis“ und beruhte im Wesentlichen auf einer überarbeiteten Fassung des Papiers vom 14. Oktober und des Vermerks für die zweite Sitzung der Wahlkommission.¹⁹²

In diesem Zusammenhang wurde auch die nach der Kommunalwahl eingesetzte Strukturkommission reaktiviert, als deren Ziel Radunski bereits im Juni 1969 eine Mitgliederwerbeaktion anvisiert hatte.¹⁹³ Diese Marschrichtung wurde auf einer weiteren Sitzung der Kommission nochmals bestätigt.¹⁹⁴ Auf neun Regionalkonferenzen wurden den Kreisverbänden dann die Ergebnisse der Fragebogenaktion vorgestellt und nähere Informationen zur Mitgliederwerbeaktion gegeben.¹⁹⁵

Mit einem Rundschreiben Radunskis vom 25. März 1970 wurde die Aktion offiziell in Angriff genommen.¹⁹⁶ Parallel dazu wurden seitens des Landesverbandes Faltprospekte versandt, die die Mitgliederwerbung unterstützen sollten.¹⁹⁷ Die Resultate dieser Maßnahmen fielen offenbar zur Zufriedenheit der Beteiligten aus, konnte man doch schon Ende April 1970 einen Zuwachs von rund 1.000 Mitgliedern gegenüber dem Stand von Ende 1969 feststellen.¹⁹⁸ Am Ende des ersten Halbjahres 1970 stand schließlich ein stärkerer Anstieg des Mitgliederstandes als je zuvor in den vergangenen zehn Jahren.¹⁹⁹ Entsprechend sollte auch in der Hauptwahlkampfzeit eine Aktion zur Rekrutierung neuer Mitglieder erfolgen, die unter dem Motto „Jedes Mitglied wirbt ein Mitglied“ stand.²⁰⁰ Die Wahlkommission beschloss auf ihrer Sitzung am 4. Juni 1970 die Durchführung dieser Aktion für August oder September. Sie sollte mit einem Anschreiben der Führungsmannschaft an alle Mitglieder starten, dem auch

190 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 16. Dezember 1969, ebd.

191 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 24. Januar 1970, in: ACDP 03-020-097/2.

192 Broschüre „Mitgliederwerbung. Konzept und Praxis“ von Radunski und Niemetz, in: ACDP 03-020-092/1. Vgl. auch undatiertes Konzept zur Mitgliederwerbung von Radunski und Niemetz, in: ACDP 03-020-017/1.

193 Vermerk von Radunski für Schwarz-Schilling vom 19. Juni 1969, in: ACDP 01-824-238/2.

194 Einladung zur Sitzung der Strukturkommission am 29. Januar 1970 sowie undatiertes Vermerk von Radunski für Schwarz-Schilling zur Sitzungsleitung, ebd.

195 Rundschreiben von Schwarz-Schilling an die Teilnehmer der Regionalkonferenzen vom Februar 1970, ebd. Vgl. auch Einladung zur Regionalkonferenz in Bad Nauheim am 19. März 1970, ebd.

196 Rundschreiben von Radunski an die Kreisgeschäftsführer vom 25. März 1970, in: ACDP 03-020-096/2.

197 Prospekt „Die CDU braucht Sie!“, in: ACDP 03-020-124.

198 Übersicht zur Entwicklung des Mitgliederstandes der CDU Hessen, in: ACDP 01-824-231/1. 1969 hatte die CDU Hessen 23.452 Mitglieder, am 30. April 1970 bereits 24.454.

199 Rundschreiben von Schwarz-Schilling an alle Kreis- und Ortsvorsitzenden sowie Geschäftsführer vom 10. Juli 1970, in: ACDP 02-045-254.

200 Grundlinien des Werbekonzepts für die Landtagswahl 1970 von Niemetz und Radunski vom 2. Juni 1970, in: ACDP 03-020-017/1.

Anschreiben zur Mitgliederwerbung beigelegt waren, die jedes Mitglied an Personen aus seinem Bekanntenkreis weiterleiten konnte.²⁰¹ Dieses Vorgehen stieß jedoch nicht auf einhellige Zustimmung. Die Unterkommission Organisation, von der ursprünglich die Idee eines Rundschreibens kam, das einen an Bekannte weitergebbaren Appell der Führungsmannschaft zur Mitarbeit beinhalten sollte,²⁰² riet ausdrücklich von der geplanten Aktion ab.²⁰³ Tatsächlich schloss sich die Wahlkommission dem an und beschränkte die Briefaktion auf eine „Aufforderung zum Engagement im Wahlkampf“, dem fünf weitere Schreiben dieser Art beigelegt werden sollten.²⁰⁴ Radunski und Niemetz konnten sich also mit ihren Vorstellungen nicht durchgängig gegen innerparteiliche Widerstände durchsetzen.

Schwarz-Schilling bemerkte aber offenbar schon frühzeitig, dass es anderer Motivation bedurfte, um eine Mitgliederwerbeaktion parallel zum Wahlkampf zu organisieren. Ohne darüber mit der Wahlkommission Rücksprache zu halten, organisierte er ein Preisausschreiben, an dem sowohl die Kreisverbände als auch die Mitglieder teilnehmen konnten.²⁰⁵ Bei einem Zuwachs von mehr als 50 Mitgliedern gewann der Kreisverband, der die höchste prozentuale Steigerung vorweisen konnte, einen VW Käfer 1300 Limousine und der zweitbeste erhielt einen Kopierer („Elektrisches Abzugsggerät“). Warb ein CDU-Angehöriger ein Neumitglied, erhielt er dafür ein Los. Ende des Jahres sollten dann aus allen Losen unter notarieller Aufsicht zehn Gewinner gezogen werden, wobei der Hauptpreis ein Farbfernsehgerät war.²⁰⁶ Mit diesen attraktiven materiellen Anreizen war die Kritik an der Werbeaktion weitgehend verstummt, wenn auch einige Kreisverbände sich nur zögerlich oder gar nicht beteiligten. Insgesamt verlief die Aktion überaus erfolgreich. Bereits im September konnte der Landesverband das 25.000. CDU-Mitglied in Hessen begrüßen, eine Marke,

201 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 4. Juni 1970, ebd.

202 Protokoll der Sitzung der Unterkommission Organisation am 4. Mai 1970, in: ACDP 01-347-206.

203 Protokoll der Sitzung der Unterkommission Organisation am 8. Juli 1970, in: ACDP 01-824-231/2.

204 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 15. Juli 1970, in: ACDP 03-020-124. Es ist fraglich, ob die Briefaktion überhaupt durchgeführt wurde. In den vorliegenden Akten findet sich kein Schreiben dieser Art und in einer Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen durch Radunski von Anfang September 1970 verläutet ebenfalls nichts mehr darüber, vgl. Vermerk zum Stand der Wahlkampf vorbereitungen von Radunski an Schwarz-Schilling vom 2. September 1970, in: ACDP 01-824-077/2.

205 Die Grundidee eines parteiinternen Preisausschreibens zur Mitgliederwerbung war schon in der Wahlkommission 69 beraten worden, es sollte aber erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden, vgl. Protokolle der Sitzungen der Wahlkommission 69 am 14. Februar 1969 und am 28. März 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

206 Rundschreiben von Schwarz-Schilling an alle Kreis- und Ortsvorsitzenden sowie Geschäftsführer vom 10. Juli 1970, in: ACDP 02-045-254.

die ursprünglich erst für das Jahresende anvisiert worden war.²⁰⁷ Man war offenbar so zufrieden, dass das Preisausschreiben kurz vor Weihnachten 1970 bis Ende März 1971 verlängert wurde.²⁰⁸ Radunskis und Schwarz-Schillings Vorhaben einer Verbindung von Wahlkampfaktivität und Mitgliederwerbung hatte sich somit voll ausgezahlt.

3.2.3 Das strategische Potential

Richtete sich die Mitgliederwerbung vor allem auf die Aktivierung der Parteimitglieder für den Wahlkampf, stellte sich parallel jedoch auch die Frage, wen man überhaupt als zukünftige Wähler und vielleicht auch als potenzielle Neumitglieder gewinnen konnte. Ganz konkret war damit auch die Überlegung zur Einbeziehung demoskopischer Untersuchungen in die Wahlkampf vorbereitungen verbunden, die Radunski bereits während seiner Zeit beim WIKAS ausführlich studieren konnte.²⁰⁹ Erstmals scheint diese Überlegung bei der Besprechung am 21. März 1969 in Fulda aufgekommen zu sein.²¹⁰ Das Frankfurter DIVO-Institut sollte zur Kontrolle der Öffentlichkeitsarbeit der CDU Hessen im Zuge der Bundestags- und Landtagswahl beauftragt werden, sieben Umfragen zwischen April 1969 und November 1970 durchzuführen, in denen die Resonanz Dreggers und anderer Personen aus der hessischen Landespolitik festgestellt werden sollte. Bedeutsamer für die weitere Entwicklung sollte jedoch ein Angebot des WEMA-Instituts für empirische Sozialforschung aus Köln sein, das Rolf H. Kasteleiner, Geschäftsführer der Sonnenschein GmbH, vermittelt hatte.²¹¹ Das Angebot umfasste eine „kybernetisch gesteuerte“ Wahlkampfstrategie für den Bundestagswahlkampf in Hessen, für Dregger persönlich und für den Landtagswahlkampf.²¹² In der Besprechung wurde zwar in Frage gestellt, ob es

207 Wahlkampfrundschreiben Nr. 18 vom 6. Oktober 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

208 Rundschreiben von Schwarz-Schilling an alle Kreis- und Ortsvorsitzenden sowie Geschäftsführer vom 21. Dezember 1970, in: ACDP 03-020-099/2. Eine Übersicht der Steigerung der Mitgliederzahlen im Rahmen der Aktion zum 28. Februar 1971 weist für die meisten Kreisverbände gegenüber Juni 1970 zweistellige prozentuale Anstiege aus, in: ACDP 03-020-096/2.

209 Radunski: Kulisse, S. 71 f. Zur Arbeit der WIKAS vgl. Frank Bösch: Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren. Die Professionalisierung der Politikberatung im Wahlkampf (1949–1972), in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive (Schriftenreihe der Hochschule Speyer 168). Berlin 2004, S. 309–327, hier 322; Anja Kruke: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 149). Berlin 2007, S. 127–140.

210 Vermerk zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1969 und des Landtagswahlkampfes 1970 vom 21. März 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

211 Schreiben von Kasteleiner an Dregger vom 25. Februar 1969, ebd.

212 Schreiben von Diether Hassert an Kasteleiner vom 24. Februar 1969, ebd. Das Angebot von WEMA war ein zeittypischer Ausdruck der „Verwissenschaftlichung der Politik“ um 1970, vgl. Bösch: Werbefirmen, S. 324.

sinnvoll sei, diese Arbeit noch vor der Bundestagswahl durchführen zu lassen, aber Radunski wurde beauftragt, mit WEMA Kontakt aufzunehmen. Offenbar auf seine Empfehlung hin wurde auf der Sitzung der Wahlkommission 69 am 28. März 1969 beschlossen, ein Angebot von WEMA über „eine Motiv- und Wertanalyse über die CDU in Hessen, über die politischen Wünsche und Ziele der Bevölkerung sowie eine operative Anleitung für unsere Politik und Werbung“ anzunehmen. Dies umfasste eine Repräsentativbefragung, eine spätere Kontrollbefragung und die Vorlage einer operativen Anleitung für die CDU Hessen. Radunski wurde die Verantwortung für das Projekt übertragen.²¹³ Dieses Vorhaben war eindeutig nicht auf die Bundestagswahl hin ausgerichtet, sondern sollte dabei helfen, die Landtagswahlen langfristig vorzubereiten.

Auf der Sitzung der Wahlkommission am 14. März 1970 stellte der Leiter des WEMA-Instituts, Horst Schmelzer, die Ergebnisse der Studie offiziell vor.²¹⁴ Es handelte sich dabei um eine Analyse zum politischen Bewusstsein und Wahlverhalten in Hessen, die feststellen sollte, welches die zentralen politischen Themen waren, welcher Partei man deren Realisierung zutraute, wie bekannt die politischen Persönlichkeiten Hessens waren, wie Dregger im Vergleich zu Osswald abschnitt und vor allem, wie das sogenannte „strategische Potential“ für die CDU Hessen aussah.²¹⁵ Letzteres setzte sich aus Personen zusammen, die entweder bislang CDU gewählt hatten, sich allerdings von ihr abzuwenden drohten, oder Wählern, die zwar eine relativ große Nähe zur CDU besaßen, dieser aber bislang ihre Stimme versagt hatten. Strukturell handelte es sich vor allem um Männer im Alter von 21 bis 25 und 36 bis 45 Jahren, die der oberen Mittelschicht und der Oberschicht angehörten und im Rhein-Main-Gebiet wohnhaft waren. Diese Personen verlangten von der CDU vor allem „eine fortschrittliche, klare und glaubwürdige Politik, aktive Mitarbeit in der Landespolitik und profilierte Persönlichkeiten“ und bevorzugten die Herausstellung eines Teams von fünf bis neun Personen. Dieses strategische Potential, das etwa drei bis sechs

213 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 28. März 1969, in: ACDP 01-824-215/1. Auf dieser Sitzung wurde auch der Auftrag für das DIVO-Institut beschlossen.

214 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 14. März 1970, in: ACDP 01-347-206. Kiep berichtet in seinem Tagebuch von einem „ausgezeichnete[n] Bericht der WEMA“ und erwähnt dabei auch ausdrücklich das strategische Potential, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 14. März 1970, in: ACDP 01-867-003/2. Schwarz-Schilling und Radunski lagen die Ergebnisse der Umfrage von 1969 aber spätestens im Dezember 1969 bereits vor, vgl. Material zum politischen Konzept des Wahlkampfes: politisches Verhalten in Hessen von Radunski vom 11. Dezember 1969, in: ACDP 03-020-017/1.

215 Hierzu und zum Folgenden Zusammenfassung der WEMA-Analyse der Bewusstseinsstruktur der hessischen Bevölkerung, in: ACDP 01-347-208. Die Zusammenfassung könnte möglicherweise zusammen mit einem Bericht über den hessischen Landtagswahlkampf für eine Sitzung in Baden-Württemberg am 16. Februar 1971 entstanden sein, vgl. Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, ebd. Sie bezieht sich auf folgende Studie des WEMA-Instituts: Politisches Bewusstsein und Wahlverhalten in Hessen – Eine wahlsoziologische Untersuchung – Teil I und Teil II vom Oktober 1969, in: ACDP Pressearchiv 69 91 01 sowie 69 91 02.

Prozent der Wählerschaft umfasste,²¹⁶ hatte für die Wahlkampfführung zentrale Bedeutung. Man wollte sich explizit den neuen aufstrebenden Schichten aus dem Dienstleistungs- und Finanzsektor in der Region um Frankfurt am Main öffnen und plante dementsprechend, das Erscheinungsbild der CDU Hessen daraufhin abzustimmen. Gleichzeitig musste vermieden werden, die bisherigen Stammwähler zu verunsichern oder gar zu verlieren.²¹⁷ Dennoch war es notwendig, dieses Risiko einzugehen, denn wenn man mittel- und langfristig mit der SPD Hessen auf Augenhöhe agieren wollte, galt es unbedingt, neue Wählerschichten zu gewinnen, insbesondere in den bevölkerungsreichen Gegenden im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen.

WEMA war auch anlässlich anderer Landtagswahlen des Jahres 1970 für die CDU tätig.²¹⁸ Für den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen hatte man bereits für 250.000 DM eine Analyse angefertigt, die auch Angaben zu einem strategischen Potential enthielt, allerdings als ungeeignet eingestuft wurde.²¹⁹ Die CDU Hessen machte WEMA klare Vorgaben dafür, was man erwartete. Auf einer Konferenz im Jahr 1972, auf der in Vorbereitung für die nächste Bundestagswahl die Landtagswahlkämpfe seit 1970 besprochen wurden, erklärte Radunski, dass „wir in der Partei selbst die Entscheidungen getroffen, die Strategie erarbeitet und den Agenturen vorgegeben haben, was von ihnen erwartet wird“. Entsprechend wurde auch die WEMA-Studie während der Durchführung mit Fragestellungen begleitet.²²⁰

Dabei war WEMA zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr unumstritten in der Partei. Neben Zweifeln an der Zuverlässigkeit der Untersuchungen kam im Frühjahr 1970 heraus, dass WEMA Umfragezahlen und dazugehörige Texte für unterschiedliche Aufträge von WIKAS und der CDU in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland mehrfach verwendet hatte, was zum Ende der Zusammenarbeit zwischen dem Institut und der Bundesgeschäftsstelle führte.²²¹ Radunski stellte dennoch rückblickend fest, „keine schlechten Erfahrungen mit WEMA

216 Grundlinien des Werbekonzepts für die Landtagswahl 1970 von Niemetz und Radunski vom 2. Juni 1970, in: ACDP 03-020-017/1.

217 Zusammenfassung der WEMA-Analyse der Bewusstseinsstruktur der hessischen Bevölkerung, in: ACDP 01-347-208.

218 Schreiben von Günter Meyer an Gerhard Elschner vom 6. März 1972, in: ACDP 07-001-6084.

219 Synopse der Antworten auf einen Fragebogen zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71 vom April 1972, ebd. Das strategische Potential für Nordrhein-Westfalen ähnelte zwar dem für Hessen, war jedoch nicht deckungsgleich, vgl. Zielgruppen im strategischen Potential der CDU, in: ACDP Bestand Landesverband Westfalen-Lippe 03-002-329/2.

220 Wortprotokoll des Seminars zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71/72 in Bonn-Bad Godesberg am 27. März 1972, in: ACDP 07-001-6084. Der klare Primat der Parteimitarbeiter gegenüber den Agenturen und Demoskopieinstituten war in dieser Zeit durchaus üblich, vgl. Mergel: Propaganda, S. 103 f.

221 Vgl. Kruke: Demoskopie, S. 136.

gemacht“ zu haben.²²² Dies zeigt sich auch daran, dass WEMA noch zwei weitere größere Ausarbeitungen für den Landtagswahlkampf der CDU Hessen vornehmen konnte, nämlich eine „Thematisch-Programmierte Argumentationskette“, die eine Kommunikationsstrategie mit Bezug auf das strategische Potenzial entwarf, sowie einen Media-Optimierungsplan zum Einsatz von Wahlwerbe-mitteln.²²³ Hinzu kamen zwei Thesenpapiere zur Programmatik und zur Konzeption des Wahlkampfes.²²⁴ Dies alles stellte WEMA dem Landesverband für einen „Vorzugspreis“ von 125.000 DM zur Verfügung.²²⁵

3.2.4 Wahlkampforganisation II – Planungen bis zum Sommer 1970

Im weiteren Verlauf ging es vor allem um die Frage, wie die politischen Vorstellungen der CDU dargestellt werden sollten und wie die Werbelinie des Landesverbandes aussehen sollte. Inhaltliche Kernaussage sollte sein, dass mit dem Führungsteam „die neue, schwungvolle CDU konstruktiv und ideenreich am Fortschritt in Hessen aktiv mitwirken“ wolle.²²⁶ Diese Aussage war deutlich auf die Gewinnung des strategischen Potenzials ausgerichtet.²²⁷ Die CDU sollte sich als „Partei der politischen Mitte, der politischen Vernunft“ mit konstruktiven Initiativen in der Landespolitik und als echte Alternative zur SPD darstellen, wobei auch schärfere Polemik gegenüber SPD und FDP durchaus gewünscht war, vor allem in Nordhessen, während im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen eine eher moderate Linie verfolgt werden sollte. Allerdings sollte gegenüber der FDP eine „generelle Bereitschaft zur Zusammenarbeit“ wiederholt bekundet werden.

Am 11. März 1970 erstellte Radunski dann einen Rahmenplan, der unter anderem auch den Aspekt „Werbung“ umfasste. Die Plakatierung sollte 20 Tage vor dem Wahltag beginnen. Für die Insertionen waren insgesamt fünf Wochen mit zwölf Anstößen vorgesehen, wobei in den ersten vier Wochen je zwei und in der letzten Woche vier Anstöße erfolgen sollten. Bei der Fernsehwerbung sollten drei bis fünf, bei der Hörfunkwerbung acht Sendungen zu je fünf Minuten

222 Wortprotokoll des Seminars zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71/72 in Bonn-Bad Godesberg am 27. März 1972, in: ACDP 07-001-6084.

223 Thematisch-Programmierte Argumentationskette für den Landtagswahlkampf der CDU in Hessen vom Juli 1970, in: ACDP 01-824-231/2 sowie Media-Optimierungsplan für den Landtagswahlkampf der CDU Hessen vom Juli 1970, in: ACDP 01-347-208.

224 Landtagswahlkampf 1970 der CDU Hessen – Anforderungen an ein politisches Programm, in: ACDP 01-347-207; Leitlinien für eine Konzeption (Landtagswahlkampf), in: ACDP 01-824-232/2.

225 Antworten des Landesverbandes Hessen auf einen Fragebogen zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71 vom April 1972, in: ACDP 07-001-6041.

226 Hierzu und zum Folgenden Grundlinien des politischen Konzepts für die Landtagswahl 1970 in Stichworten von Radunski vom 13. März 1970, in: ACDP 07-001-6041.

227 Vgl. die Aussagen zu den Forderungen des strategischen Potenzials an die CDU, in: Zusammenfassung der WEMA-Analyse der Bewusstseinsstruktur der hessischen Bevölkerung, in: ACDP 01-347-208.

in den letzten drei bis vier Wochen laufen. Außerdem sollten die im Bundestagswahlkampf bewährten Lautsprecherwagen und Diskussionsteams wieder eingesetzt werden.²²⁸

Diese Ideen wurden der Wahlkommission am 14. März 1970 direkt nach dem Bericht von WEMA vorgelegt. Bei der Vorstellung des Rahmenplans wies Schwarz-Schilling nochmals auf die Bedeutung inhaltlicher und technischer Schulungen für die Kandidaten hin. Der Plan selbst wurde gebilligt und die Unterkommissionen mit der Einleitung der darin beschriebenen Maßnahmen beauftragt.²²⁹

Am 2. Juni 1970 legten Niemetz und Radunski dann ein grundlegendes Werbekonzept vor.²³⁰ Wiederum wurde von vorneherein klar gemacht, dass sämtliche Maßnahmen auf das strategische Potential ausgerichtet zu sein hätten. Dazu zählte auch die Beschränkung auf einen Slogan, der das Personalangebot der CDU Hessen mit den Ideen zur hessischen Landespolitik verknüpfen sollte. Als Arbeitsgrundlage diente: „Mit neuen Männern in Hessen voran“.²³¹ Die Darstellung der Führungsmannschaft basierte auf den Grundsätzen, die der Landesvorstand am 8. Mai beschlossen hatte, nämlich dass dies kein Schattenkabinett sei und sich aus sachpolitischen Sprechern zu verschiedenen Themen zusammensetze. Sie sollten auf Pressekonferenzen und mehreren Großveranstaltungen auftreten. Werblich sollten sie gemeinsam oder einzeln in sämtlichen vom Landesverband geplanten medialen Maßnahmen und Veröffentlichungen erscheinen. Für die Plakatierung war eine regionale Differenzierung der Mitglieder des Teams angedacht, je nach Herkunft. Auf Großflächen sollten sie hin-

228 Rahmenplan der Maßnahmen für Werbung und Organisation des Landesverbandes von Radunski vom 11. März 1970, in: ACDP 03-020-017/1. Vgl. auch Vorschläge für den Einsatz von Diskussionsteams zur Landtagswahl in Hessen 1970 von Klaus-Peter Hildebrandt vom 15. Oktober 1969, in: ACDP 01-824-232/2.

229 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 14. März 1970, in: ACDP 01-347-206.

230 Zum Folgenden Grundlinien des Werbekonzepts für die Landtagswahl 1970 von Niemetz und Radunski vom 2. Juni 1970, in: ACDP 03-020-017/1. Das Konzept könnte der Anlass für einen Brief Schwarz-Schillings an Dregger vom gleichen Tag gewesen sein, in dem er forderte, dass Präsidium und Führungsmannschaft im Laufe des Juni zusammentreten sollten, um „die politische Konzeption unseres Landtagswahlkampfes festzulegen“. Vgl. Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 2. Juni 1970, in: ACDP 01-347-189/2.

231 Auffallend ist eine gewisse Nähe zu einem Slogan der CDU im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 1970: „Die neuen / Männer. / Mit Köppler. Entschlossen zu handeln.“, vgl. ACDP Plakataarchiv 10-009-608. Vgl. dazu Marx: Heinrich Köppler, S. 185 f. Frühere Entwürfe für einen Personalslogan waren ebenfalls schon klar auf die Verbindung von Teamgedanken und Modernität hin orientiert: „Mit neuen Männern voran in Hessen“, „Neue Männer schaffen das moderne Hessen“ oder „Tüchtige Männer bauen unsere Zukunft“. Bei den ursprünglich geplanten Sachthemenlogos war ebenfalls die Zukunftsfähigkeit Hessen das zentrale Thema: „Besser leben in Hessen – gleiche Chancen für alle“ oder „Jedem Menschen eine lebenswerte Zukunft“. Vgl. Grundlinien des politischen Konzepts für die Landtagswahl 1970 in Stichworten von Radunski vom 13. März 1970, in: ACDP 07-001-6041.

gegen zusammen dargestellt werden. Stilistisch war geplant, die Plakate farbig zu gestalten und Aktivfotos der betreffenden Politiker zu verwenden. Außerdem sollte das CDU-Logo „dynamisiert“ werden, etwa wie bei den Plakaten zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen durch einen grünen Pfeil. Für die Insertionen war eine einheitliche Gestaltung im „neuen CDU-Stil“ vorgesehen, die aus zehn Einschaltungen, nach einem festen Terminplan auf fünf Wochen verteilt, bestanden und eine klare, jeweils in sich geschlossene Argumentationsabfolge besaßen. Auch hierfür sollten Aktivfotos verwendet werden. Die Hörfunkwerbung verteilte sich auf acht Sendungen zu je fünf Minuten und für die Fernsehspots waren Drei-Minuten-Sendungen geplant.

Diese Ausarbeitung von Niemetz und Radunski war wiederum Grundlage für die weiteren Entscheidungen der Wahlkommission am 4. Juni.²³² Bemerkenswerterweise wurde noch kein Slogan beschlossen, sondern nur eine Basisaussage: „Mit Alfred Dregger und der Mannschaft wird die neue, schwingvolle CDU konstruktiv und ideenreich am Fortschritt in Hessen energisch mitwirken.“ Bezüglich des Slogans wurde nur festgelegt, dass der Name Alfred Dreggers darin enthalten sein sollte. Ansonsten orientierte man sich in großen Teilen mit nur wenigen Ergänzungen am vorgelegten Konzept, etwa was die Grundsätze zur Darstellung und die sachpolitische Aufteilung der Führungsmannschaft und ihre gemeinsamen Auftritte anging.²³³ Außerdem konnten auf dieser Sitzung die einzelnen Agenturen ihre geplanten Maßnahmen vorstellen. Die Agentur Peter Nolden plante neben einer Spendenaktion bei bestimmten Zielgruppen eine Los-Aktion mit zehn Hostessen. Die Werbeagentur Hegemann aus Düsseldorf wurde mit der Durchführung der Plakatierung beauftragt. Mit der Gestaltung der Plakate durch Hegemann war man aber offenbar nicht zufrieden, da die Firma neue Entwürfe präsentieren und zusätzlich die Agentur Troost aus Düsseldorf angefragt werden sollte.²³⁴ Als Plakattypen wurden ein Dregger- und ein Mannschaftsplakat, ein Kandidaten-Rahmenplakat, ein Versammlungsankündigungsplakat und ein Stimmzettelplakat festgelegt. Die Agentur Alwo aus Frankfurt übernahm die Gestaltung der nun von zehn auf zwölf Anstöße erhöhten Insertionen, wobei als Format eine Viertelseite festgelegt wurde. Die Werbefilme sollten durch die Hamburger Knop-Filmgesellschaft hergestellt werden, die auch

232 Zum Folgenden Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 4. Juni 1970, in: ACDP 03-020-017/1.

233 Die endgültige Aufteilung sah wie folgt aus: Dregger: strukturelles und politisches Ungleichgewicht in Hessen; Wagner: Länderneugliederung, Haushalt, Finanzen; Kiep: Wirtschaft; Schwarz-Schilling: Bildung und Hochschulen; Wallmann: Recht und Verfassung; Geier/Zink: Soziales, Gesundheitsfragen, Altenfragen, Kindergärten, vorschulische Ausbildung; Zink: Sozialpolitik; Bayha: Landwirtschaft; Riesenhuber: Jugend, Umwelt, Technik.

234 Troost kannte man vom nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf her und hatte einen guten Eindruck gewonnen, vgl. Wortprotokoll des Seminars zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71/72 in Bonn-Bad Godesberg am 27. März 1972, in: ACDP 07-001-6084.

eine Fernschulung anbot, für die Rundfunksendungen wurde hingegen ein gewisser Bertram Otto beauftragt. Zentral war hier aber wiederum die Rolle von WEMA, deren Argumentationskette maßgeblich für die inhaltliche Gestaltung der Insertionen sein sollte und an deren Media-Optimierungsplan anhand verschiedener Budget-Alternativen von 850.000 DM bis hin zu 1,5 Millionen DM, sich unter anderem der Umfang der Plakatierung ausrichten sollte. An ihren Vorgaben, die, wie bereits oben festgestellt, eng mit den Vorstellungen der CDU Hessen abgestimmt waren, hing also ein Großteil der Werbekonzeption für den Wahlkampf. Für das Wahlprogramm stellte die Wahlkommission einen konkreten Zeitplan auf. Dregger war zusammen mit Adolf Roth dafür zuständig, auf Grundlage von Beiträgen der einzelnen Mitglieder der Führungsmannschaft einen Entwurf zu verfassen, der nach Beratung in den Kreisverbänden auf einem Parteitag am 19. September verabschiedet werden sollte.

Am 24. Juni fand dann in Bonn eine Besprechung von Schwarz-Schilling, Georg, Niemetz und Radunski mit Bruno Heck, dem neuen Bundesgeschäftsführer Rüdiger Göb und weiteren Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle statt, wobei deren Beiträge für den hessischen Landtagswahlkampf festgelegt wurden. Neben Redner- und Informationsdiensten sollten kurze Ausarbeitungen zu bundespolitischen Grundlagen für die geplanten Illustrierten, Flugblätter und Wandzeitungen zur Verfügung gestellt werden, deren konzeptionelle Gestaltung aber in den Händen des Landesverbandes lag.²³⁵ Am 3. Juli erstellte Radunski dann einen Vermerk für die nächste Sitzung des Landesvorstandes am 11. Juli. Er fasste darin nochmals die Ergebnisse des Werbekonzeptes, der letzten Sitzung der Wahlkommission und der Besprechung in Bonn zusammen. Für die politische Argumentation der Wahlkämpfer sollte es diverse Redner- und Informationsdienste der Bundes- und Landespartei in einer Auflage von jeweils bis zu 1.000 Stück geben. Für den Wahlkampf selbst waren die genannten drei Broschüren mit den Titeln „besser leben in Hessen“, „besser lernen in Hessen“ und „besser studieren in Hessen“, jeweils mit dem Untertitel „mit Alfred Dregger und seiner Mannschaft voran“, in einer Auflage von je 30.000 Stück geplant. Die Illustrierten beziehungsweise Prospekte für Frauen, Großstädter, Landbewohner, Alte, Jugend (ergänzt durch ein Poster) und die allgemeine Ansprache sollten Anfang Oktober erscheinen und nach Bedarf verteilt werden. Außerdem sollten noch drei Flugblätter der Bundespartei zu nicht eingehaltenen Wahlversprechen der SPD (Auflage 100.000 Stück), zur Wirtschaftspolitik (Auflage 200.000 Stück) und zur Deutschland- und Außenpolitik (Auflage 100.000

235 Vermerk von Radunski für Göb vom 2. Juli 1970, in: ACDP 07-001-6083. Bei der Besprechung wurde auch die personelle Unterstützung der CDU Hessen durch einen persönlichen Referenten für Dregger und durch hauptamtliche Mitarbeiter aus anderen Landesverbänden beraten. Vgl. auch Protokoll der Besprechung in Bonn am 24. Juni 1970. Ergebnisprotokoll zu organisatorischen Fragen von Karl Georg vom 25. Juni 1970, in: ACDP 01-347-206.

Stück), eine Wahlkampfnummer der CDU-Zeitschrift „Hessenkurier“, Briefe an die Zielgruppen der Landwirte, Mittelständler und Vertriebenen sowie das Wahlprogramm herausgegeben werden.²³⁶ Der Landesvorstand billigte das Konzept mit nur wenigen Änderungen und Ergänzungen, wovon die wichtigste wohl die Aufnahme von Werbung für die erstmals in Hessen mögliche Briefwahl in den Maßnahmenplan war.²³⁷

Anfang Juli lag schließlich der Media-Optimierungsplan von WEMA vor.²³⁸ Darin wurde mit Bezug auf das strategische Potenzial und die darin vertretenen Werte und Erwartungen die Frage behandelt, welchen Medien eine besondere Glaubwürdigkeit zukam und was dies für die Reichweite der Werbemittel bedeutete. Zwar wurden Fernsehsendungen besonders hoch bewertet, aufgrund der geringen Sendezeit sah man aber vor allem die Insertionen als wichtig an, wobei zwischen den überregionalen und regionalen Zeitungen im Rhein-Main-Gebiet und Südhessen und den regionalen und lokalen Zeitungen in Mittel- und Nordhessen differenziert werden sollte. In dieser Region sollte vor allem eine persönliche Ansprache der Wähler vorgenommen werden. Außerdem plädierte WEMA für eine Jugendkampagne, begleitende PR-Maßnahmen wie eine Losaktion und Lautsprecherwagen mit Hostessen. Als finanzieller Rahmen wurden 1,5 Millionen DM zugrunde gelegt. Außerdem lagen der Ausarbeitung ein Einsatzplan der Medien, ein Terminplan und eine Liste der für die Insertionen vorgesehenen Tageszeitungen in Hessen bei.

Im Hinblick auf die letzte Sitzung der Wahlkommission vor dem Sommer, auf der die endgültigen konzeptionellen Entscheidungen zu treffen waren, erstellte Radunski daher mit Hilfe des Media-Optimierungsplans einen weiteren Vermerk, in dem er die bisherigen Ergebnisse zur politischen Argumentation zusammenstellte und weitere Vorschläge unterbreitete.²³⁹ Zusätzlich zu den geplanten Veröffentlichungen, zu denen das vom Landesvorstand gewünschte Briefwahl-Flugblatt in einer Auflage von 500.000 Stück trat, sollte eine eigene Wahlkampfillustrierte in einer Auflage von 600.000 Stück erscheinen, wobei die allgemeine Verteilung unter einem Kostenvorbehalt stehen sollte. Bezüglich der für September und Oktober geplanten Kongresse schlug er die Themen Jugend, Bildungspolitik, Raumordnung und Kommunalpolitik vor. Außerdem sollte es zusätzlich eine Frauen- und eine Jugendkampagne geben. Für Jungwähler, die bei dieser Wahl von erheblicher Bedeutung waren, denn erst im März

236 Vermerk für die Mitglieder des Landesvorstandes von Radunski vom 3. Juli 1970, in: ACDP 03-020-130/5.

237 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes vom 11. Juli 1970, in: ACDP 03-020-124.

238 Media-Optimierungsplan für den Landtagswahlkampf der CDU Hessen vom Juli 1970, in: ACDP 01-347-208.

239 Zum Folgenden Alle Maßnahmen zur politischen Argumentation im Landtagswahlkampf 1970 von Radunski vom 13. Juli 1970, in: ACDP 01-347-206.

1970 war das aktive Wahlalter in Hessen auf 18 Jahre herabgesetzt worden,²⁴⁰ waren neben einem eigenen Zielgruppenbrief Dreggers sechs bis sieben Musikveranstaltungen vorgesehen. Dort sollte der Moderator der „ZDF-Hitparade“, Dieter Thomas Heck, etwa fünf „Spitzenstars der derzeitigen Schlager-Hitliste“ präsentieren und dazwischen kurze Gespräche mit Landtagskandidaten und Mitgliedern der Führungsmannschaft einbauen.²⁴¹ Bei den Veranstaltungen, für die gezielt bei jungen Leuten geworben werden sollte, war auch die Verteilung des Prospekts „moderne Jugend“ vorgesehen. Schließlich war angedacht, in den letzten 14 Tagen vor der Wahl ein intensives Telefon-Canvassing zu betreiben.²⁴²

Die Sitzung der Wahlkommission am 15. Juli stand ebenfalls stark unter dem Eindruck des Media-Optimierungsplans, noch verstärkt durch die Teilnahme eines Vertreters des WEMA-Instituts.²⁴³ Zunächst musste aber über die Vergabe der Plakatgestaltung entschieden werden. Neben der Agentur Hegemann hatten sich auch die Agenturen Garbotz²⁴⁴ und Alwo eingefunden, um Plakatentwürfe und einen Slogan zu präsentieren. Die Agentur Troost war nicht mehr berücksichtigt worden.²⁴⁵ Den Zuschlag bekam schließlich die Agentur Alwo für ein Großflächenplakat mit der Spitzenmannschaft, ein Spitzenkandidatenplakat für Dregger, bei dem aber auch Ideen der Agentur Garbotz einbezogen werden sollten, ein Versammlungsankündigungsplakat und ein Kandidaten-Rahmenplakat. Die Erstellung eines Stimmzettelpaketes übernahm der Landesverband selbst. Verbunden damit war auch die Entscheidung über den Slogan für die Großflächenplakate: „Wir kommen – Alfred Dregger und seine Mannschaft“, vermutlich eine Idee der Agentur Alwo.²⁴⁶ Ansonsten erfuhr Radunskis Vorlage

240 Klaus Lange: Verfassungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen des Wahlrechts in Hessen, in: Heidenreich/Schacht (Hg.): Hessen. Wahlen und Politik, S. 81–111, hier 88.

241 Zu Hecks politischem Engagement für die CDU vgl. Peter Lenz: Dieter Thomas Heck. Die Biografie. Hamburg 2011, S. 155–166.

242 Dieser Gedanke wurde offenbar nicht weiterverfolgt. Im Oktober kam nochmals ein entsprechender Vorschlag aus Baden-Württemberg, der aber zeitlich nicht mehr umsetzbar war, vgl. Beschlussprotokoll der Präsidiumssitzung am 22. Oktober 1970, in: ACDP 03-020-124.

243 Zum Folgenden Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 15. Juli 1970, ebd.

244 Die Schreibweise ist unsicher. Im Protokoll selbst wird der Agenturleiter auch „Garboth“ geschrieben. In einem vorbereitenden Vermerk nannte Niemetz ihn „Garbertz“, vgl. Vermerk von Niemetz an Schwarz-Schilling vom 14. Juli 1970, in: ACDP 01-824-077/2.

245 Für die vorbereitende Sitzung der Unterkommission Werbung im Juni war Troost noch neben Hegemann und Alwo vorgesehen, vgl. Einladung zur Sitzung der Unterkommission Werbung am 18. Juni 1970, in: ACDP 01-824-231/2. Nach Aussage von Radunski wollte die Agentur nur teilnehmen, wenn man ihr auch die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für den Wahlkampf übertrug, was vom Landesverband abgelehnt wurde, vgl. Wortprotokoll des Seminars zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71/72 in Bonn-Bad Godesberg am 27. März 1972, in: ACDP 07-001-6084.

246 Im Protokoll wurde der Slogan mit einer Minuskel am Anfang geschrieben, vermutlich in Anlehnung an die ebenfalls mit Minuskeln beginnenden Broschüren- und Prospekttitel. Dregger vermerkte handschriftlich auf einer Liste mit Slogan-Vorschlägen der Agentur Hegemann den schließlich beschlossenen Slogan aber mit einem großen „W“, vgl. Slogan-

noch diverse Änderungen, vor allem im terminlichen, aber zum Teil auch im konzeptionellen Bereich. So wurden die geplanten Prospekte auf nur noch drei zusammengestrichen: „moderne Familie“, „leben in der Stadt“ und „moderne Jugend“, letzteres in Form eines Posters. Hinter diesen Änderungen steckten möglicherweise Kostenüberlegungen, da die geplante Auflage der Prospekte mit 400.000 bis 500.000 nicht gering war. Die Auflage des Wahlprogramms, die Radunski mit 800.000 Stück eingeplant hatte, wurde auf 500.000 Exemplare herabgesenkt. Dafür wurde die Zahl der vergleichsweise günstiger herzustellenden Flugblätter deutlich aufgestockt. Aus den ursprünglich geplanten vier Kongressen wurden nun zwei. Neben einem bereits feststehenden Kongress der Sozialausschüsse sollte es nur noch einen kommunalpolitischen Kongress und einen JU-Kongress „CDU und Jugend“ geben, der anlässlich des JU-Landestages am 5. und 6. September in Limburg stattfinden sollte. Für die Frauenkampagne legte man sich auf das Format eines „politischen Fünf-Uhr-Tees“ fest und die Jugendkampagne wurde im Grunde unverändert angenommen.²⁴⁷ Von den geplanten sechs Veranstaltungen mit Heck sollte die erste ebenfalls in Verbindung mit dem JU-Landestag stattfinden. Die im Media-Optimierungskonzept vorgesehene Differenzierung der Insertionen wurde zugunsten einer gleichmäßigen Berücksichtigung aller Zeitungen in Hessen bei den geplanten zwölf Anstößen abgelehnt, möglicherweise, weil man eine allzu offensichtliche Bevorzugung des südhessischen Raumes vermeiden wollte. Die Losaktion und die Bustour mit den Hostessen sollten wie geplant stattfinden.

Damit war der Rahmen für den beginnenden Wahlkampf abgesteckt. Von den ersten konzeptionellen Überlegungen im Herbst 1969 bis hierhin konnten Schwarz-Schilling und Radunski eine bemerkenswerte Kontinuität ihrer grundsätzlichen Überlegungen bewahren. Dazu gehörten insbesondere der landespolitische Fokus sowie die Differenzierung nach Zielgruppen mit einem besonderen Schwerpunkt auf Jugend, Frauen und Großstädter. Gerade die große Masse der Jungwähler konnte man nicht ignorieren und plante daher nun mit einer starken Varianz an Veranstaltungen und Aktionen, um gerade sie für die CDU Hessen zu begeistern. Dabei halfen auch die analytischen Zuarbeiten von WEMA und die Fokussierung auf das strategische Potenzial, wodurch man den Wahlkampf einerseits regional mit einem Schwerpunkt auf das Rhein-Main-Gebiet und Südhessen, andererseits aber auch alterstechnisch differenzieren wollte. Gerade das Vorgehen im Bereich der Insertion zeigt jedoch, dass man sich nicht völlig den Vorstellungen von WEMA unterwerfen wollte, sondern das

Vorschläge der Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH, in: ACDP 01-347-206. Auch wenn die Verwendung der Minuskel vielleicht ursprünglich als verbindendes Element in den Plakaten, Prospekten und Broschüren gedacht war, blieb man am Ende bei der Standardschreibweise.

247 Zur Planung des „Fünf-Uhr-Tees“ vgl. Merkblatt zum 5-Uhr-Tee – Wahlveranstaltung für Frauen von Ruth Beckmann, in: ACDP 03-020-061/2.

letzte Wort beim Landesverband lag. Auch die Verteilung der Verantwortung auf verschiedene Agenturen ist unter diesem Gesichtspunkt zu sehen.

3.3 Der Hauptwahlkampf

3.3.1 Konzepte und Realitäten

Anfang September setzte Radunski Schwarz-Schilling vor der Sitzung der Wahlkommission über die während des Sommers erfolgten Vorarbeiten in Kenntnis.²⁴⁸ Der Slogan, der vor allem für das Großflächenplakat verwendet wurde, war noch um einen Nachsatz ergänzt worden und lautete nun: „Wir kommen CDU – Alfred Dregger und seine Mannschaft – damit unser Land besser regiert wird.“ Auf dem Dregger-Plakat sollte er lauten: „Wir kommen CDU – Alfred Dregger – damit unser Land besser regiert wird“, während die Ankündigungs- und Kandidatenplakate „Wir kommen CDU“, den jeweiligen Namen und die Veranstaltungankündigung beziehungsweise einen eigenen Slogan tragen sollten. „Wir kommen“ wurde so zum verbindenden Element des Wahlkampfes, das auch klar die von vornherein intendierte Kampfansage an die SPD und ihre absolute Mehrheit beinhaltete.²⁴⁹ Die zwölf Anzeigen waren auf die Führungsmannschaft aufgeteilt worden, wobei Dregger für die erste und die letzten drei und die restlichen Mitglieder für jeweils einen Text zu ihrem entsprechenden Sachgebiet verantwortlich zeichneten. Auch für die vier Fernsehfilme lag eine Konzeption vor, da inzwischen die Termine und die Länge (drei Minuten) endgültig bekannt waren. Zu Beginn und am Ende sollten sie auf die Führungsmannschaft hinweisen, während im Mittelteil drei Sprecher der Führungsmannschaft zu Wort kommen sollten. Im letzten Film, der am 5. November ausgestrahlt werden sollte, sollte Dregger den Mittelteil allein bestreiten. Für den Hörfunk hatte man acht Sendungen zu gestalten, die erst Anfang Oktober hergestellt werden sollten, um auf aktuelle Ereignisse reagieren zu können. Der Rednerdienst des Landesverbandes war fertiggestellt und im Versandvorgang²⁵⁰ und auch zwei der drei Broschüren, nämlich „besser leben in Hessen“ und „besser studieren in Hessen“ lagen schon vor. Hinzu kam eine weitere Broschüre: „Leitsätze der CDU in Hessen zur Deutschland- und Außenpolitik“, die im Hinblick auf die fortwährenden Diskussionen zur Ostpolitik der Bundesregierung und die

248 Zum Folgenden Vermerk zum Stand der Wahlkampf vorbereitungen von Radunski an Schwarz-Schilling vom 2. September 1970, in: ACDP 01-824-077/2.

249 Gemäß dem Vermerk sollte das Stimmzettelplakat möglicherweise nur den Slogan „So wählen Sie richtig“ tragen, in der ausgelieferten Fassung war aber auch hier „Wir kommen CDU“ eingefügt worden, vgl. ACDP Plakatarchiv 10-007-300. Im Vermerk begannen im Übrigen sämtliche Plakatslogans noch mit einer Minuskel.

250 CDU-Landesverband Hessen: Rednerdienst zur Landtagswahl in Hessen 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1970²⁵¹ herausgegeben worden war. Mitte September sollte dann auch noch „besser lernen in Hessen“ erscheinen.²⁵² Die Auflage war gegenüber der Konzeption Radunkis vom Juli auf 70.000 beziehungsweise 80.000 Exemplar gesteigert worden. Auch die übrigen Veröffentlichungen waren in Vorbereitung. Für die sechs Musikveranstaltungen waren Räume mit einer durchschnittlichen Kapazität von über 1.000 Plätzen angemietet worden. Für die Losaktion waren die Gewinne festgelegt worden, Hauptpreis war eine Reise für zwei Personen zu den Olympischen Spielen 1972 nach München, weiterhin gab es einen Farbfernseher und Buchpreise. Auch die zentralen Veranstaltungen mit der Führungsmannschaft und die Termine der hessischen Landesredner waren vorbereitet.

Am 4. September traf sich die Wahlkommission zu ihrer letzten Sitzung.²⁵³ Alwo legte Entwürfe für die Gestaltung der Inserate vor, die aber, abgesehen von den Dregger-Anzeigen, abgelehnt und zur Überarbeitung zurückverwiesen wurden. Inhaltlich wurde gefordert, dass sich die Anzeigen neben positiven, wiederkehrenden Aussagen vor allem auch stärker mit der Bundespolitik befassen sollten. Dies war neben der Broschüre zu den Leitsätzen zur Deutschland- und Außenpolitik eine weitere Abkehr vom Prinzip der landespolitischen Orientierung. Bezüglich der Plakate setzte sich die Kritik an der Arbeit von Alwo fort. Das vorgelegte Layout des Großflächenplakats wurde nicht gebilligt, es war offenbar zu dunkel und die dargestellten Personen sahen in der Bewegung anscheinend recht unnatürlich aus. Die übrigen Plakate wurden jedoch angenommen, darunter auch das Dregger-Plakat, auf dem er wie der Star eines Kinofilms mit angeschnittenem Gesicht und sehr betonten blauen Augen dargestellt wurde.²⁵⁴

Bei den Prospekten ergaben sich die tiefgreifendsten Änderungen. Von den drei geplanten Zielgruppenprospekten blieb nur noch dasjenige für die Jugend übrig. Die bereits vorliegenden Texte für die beiden anderen mit Bezug auf Frauen und Großstädter sollten in ihren Grundzügen in die nun auf einen Umfang von 16 Seiten festgelegte Wahlillustrierte integriert werden, deren Auflage bei Bedarf erhöht werden sollte. Die Gründe für diesen Schritt dürften erneut in Kostenersparnissen zu suchen sein. Angesichts der erhöhten Auflage der Broschüren, zu denen eine weitere, ursprünglich gar nicht vorgesehene Ausgabe getreten war, und der Herausgabe der Wahlillustrierten, von der man sich offenbar eine Wirkung versprach, scheinen die beiden Zielgruppenprospekte ver-

251 Vgl. dazu Andreas Grau: *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47). Düsseldorf 2005, S. 108–132.

252 „besser leben in Hessen“, „besser studieren in Hessen“, „besser lernen in Hessen“ und „Leitsätze der CDU in Hessen zur Deutschland- und Außenpolitik“, in: ACDP 03-020-173.

253 Zum Folgenden Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 4. September 1970, in: ACDP 03-020-124.

254 Spitzenkandidatenplakat Alfred Dregger, in: ACDP Plakatarchiv 10-007-302.



ACDP Plakatarchiv 10-007-302.

zichtbar gewesen zu sein, obwohl doch gerade diese Idee einen Schwerpunkt der bisherigen Planungen darstellte. Der Landesvorstand billigte diese Beschlüsse auf seiner Sitzung in Camberg am 5. September, in der er sich auch mit dem Entwurf des Wahlprogramms erstmals auseinandersetzte.²⁵⁵ Am gleichen Tag fand dort auch die Kandidatenschulung statt, deren Programm die Wahlkommission bereits auf ihrer Sitzung im Juli erarbeitet hatte. Hier wurden die Landtagskandidaten nicht nur mit den Methoden des Canvassings, den technischen Gerätschaften und den Werbemaßnahmen des Landesverbandes vertraut gemacht, sondern auch in der politischen Argumentation gegenüber den Wählern geschult.²⁵⁶ Abends fand im Rahmen des Landestages der JU in Limburg die erste Beatveranstaltung mit etwa 1.500 Jugendlichen statt, die trotz einer Bombendrohung offenbar auf positive Resonanz stieß.²⁵⁷

Am 12. September kam die Führungsriege des Landesverbandes in Gelnhausen zusammen, um die Änderungen beim Großflächenplakat und bei den

255 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 5. September 1970, in: ACDP 03-020-124.

256 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 15. Juli 1970, ebd. Vgl. auch Wortprotokoll des Seminars zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71/72 in Bonn-Bad Godesberg am 27. März 1972, in: ACDP 07-001-6084.

257 Tagebucheintrag von Kiep vom 5. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3. Vgl. auch Es war wirklich Bomben-Stimmung, in: Hessische Allgemeine vom 8. September 1970; Bombendrohung auf Landestag, in: Deutsche Tagespost vom 11./12. September 1970.

Insertionen zu beraten.²⁵⁸ Ein Protokoll dieser Sitzung ist nicht überliefert, aber es ist anzunehmen, dass die Ergebnisse dieses Treffens für den Wahlkampf Anwendung gefunden haben. Das wichtigste Ergebnis dürfte daher die Genehmigung des „Django-Plakats“ gewesen sein. Unter der Überschrift „Wir kommen“ waren vor dem Hintergrund eines Himmels mit der Andeutung einer aufgehenden Sonne die Mitglieder der Führungsmannschaft in schreitender Bewegung, angeordnet in einer Keilform mit Dregger an der Spitze in deutlicher Untersicht dargestellt. Darunter stand der Satz: „Alfred Dregger und seine Mannschaft CDU“.²⁵⁹ Die Wirkung des Plakats war ungewöhnlich dynamisch, der Keil deutete in Verbindung mit der Dominanz andeutenden Kameraperspektive und dem Slogan Angriffsbereitschaft an und die beginnende Morgenröte versprach eine bessere Zukunft. Gerade die provokative Keilform der Mannschaft mit Dregger an der Spitze wurde zum bestimmenden Bild des gesamten Wahlkampfes.²⁶⁰ Den Titel „Django-Plakat“ in Anlehnung an einen Italo-Western von 1966 erhielt es durch einen Artikel im „Spiegel“, wonach Dregger „auf vierfarbigen Monster-Plakaten [...] ein bißchen wie ein Dressman, ein bißchen wie Django posiert“.²⁶¹ Dieses Image wurde noch durch eine auf das Plakat bezogene Aussage des hessischen SPD-Wirtschaftsministers Rudi Arndt befördert: „Wer so daherkommt, der schießt auch.“²⁶² Die Martialität und Modernität der Darstellung, die auf politischen Plakaten dieser Zeit ihresgleichen suchte, in Verbindung mit den gehässig gemeinten Kommentaren von Teilen der Presse und des politischen Gegners beförderten die Bekanntheit und die Reichweite des „Django-Plakates“ enorm. Das Layout der zentralen Insertionen wurde in der Weise angeglichen, dass nun nur noch das Konterfei Dreggers zu sehen war,

258 Tagebucheintrag von Kiep vom 12. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3: „Gelnhausen. Dregger, Schwarz-Schilling und Stab besprechen Plakatentwurf und Text der Insertionen.“

259 ACDP Plakatarchiv 10-007-301.

260 Gruppenbilder in dieser Form erschienen in der Programmbroschüre, der Wahlillustrierten sowie auf dem Titelbild der Wahlkampfausgabe des Hessen Kuriers, vgl. Frankfurter Programm der hessischen CDU für die Landtagswahl 1970, in: ACDP 03-020-173, Wahlillustrierte „Gesucht wird ...“, in: ACDP 03-020-061/2 sowie Hessenkurier Nr. 9 vom September 1970. Die Landesverbände Schleswig-Holstein und Bremen versuchten in den Landtagswahlkämpfen 1971 das Motiv ebenfalls zu nutzen, vgl. ACDP Plakatarchiv 10-012-301 sowie 10-005-350.

261 Schön, schön, in: Der Spiegel vom 18. Oktober 1970. Dieter Buhl: Ist Hessen noch ein freies Land?, in: Die Zeit vom 30. Oktober 1970, assoziierte das Plakat mit dem Western „High Noon“ beziehungsweise „Zwölf Uhr mittags“ von 1952, vgl. auch Heptner: Ziel, S. 59 f. Radunski: Kulisse, S. 73, sah eher Anleihen bei dem Gangsterfilm „Sieben gegen Chicago“ von 1964. Vgl. auch Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, in: ACDP 01-347-208. Zu den popkulturellen Hintergründen vgl. Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 147–151.

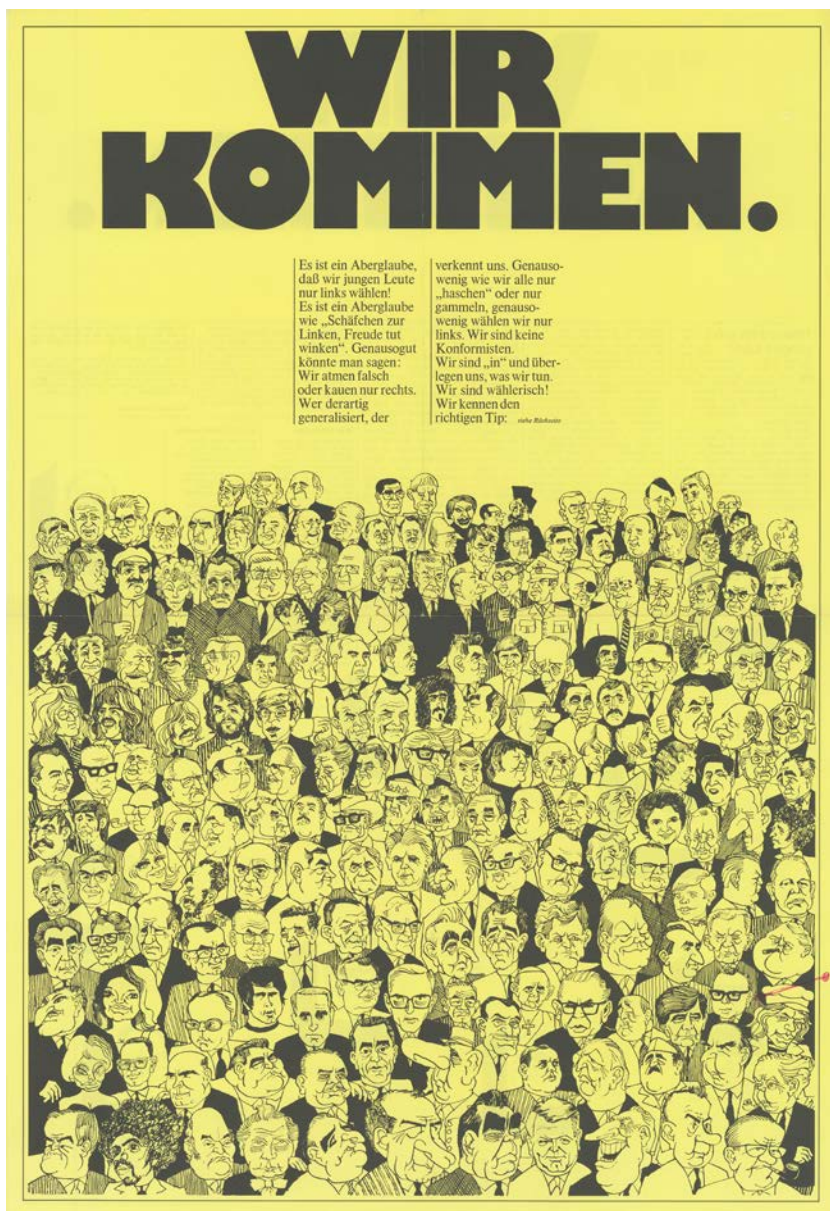
262 Kämpfer mit Ehrgeiz, in: Die Welt vom 10. November 1970. Dregger soll, auf dieses Zitat angesprochen, gesagt haben: „Ich will das nicht dementieren.“, vgl. Weirich: Alfred Dregger, S. 97. Vgl. auch Hetrodts: Nachwuchs, S. 60; Alfred Dregger: „Wir kommen“, in: Petra Roth/Ernst Gerhardt/Bernhard Mihm (Hg.): Bewahren und Erneuern. Walter Wallmann zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1997, S. 50–60, hier 54.

die Idee der Darstellung der Führungsmannschaft also aufgegeben, der Spitzenkandidat immer klarer herausgestellt wurde.²⁶³



„Django-Plakat“, ACDP Plakatarchiv 10-007-301.

²⁶³ Vorlagen für Insertionen, in: ACDP 07-001-7636. Vgl. auch Übersichten zur Schaltung der Insertionen, in: ACDP 03-020-061/2. Für Kleininsertionen wurden Einschubmatern verschickt, vgl. Wahlkampfgrundschreiben 14 vom 22. September 1970, ebd.



Jugendposter, ACDP Plakatarchiv 10-007-303-1.

Die 14-seitige Wahlillustrierte war trotz der vergleichsweise kurzen Vorbereitungszeit von der Aufmachung her ein sehr innovatives Wahlkampfelement. Auf dem farbigen Titelbild sah man Dregger in Untersicht von hinten, eine Straße hinaufgehend. Damit war das Foto eine Art Gegenpart zum „Django-Plakat“. Das Bild umgab Dregger mit einer mystischen Aura die in Verbindung mit dem Titel: „Gesucht wird ...“ noch verstärkt wurde. Die Illustrierte bot diverse reich bebilderte Texte im Artikelformat, die sich zunächst kritisch mit der Politik der SPD auseinandersetzten und nach dem Bild der Führungsmannschaft in Keilform in der Mitte die landespolitischen Kernaussagen des Frankfurter Programms darstellte. Bemerkenswert ist, dass an keiner Stelle der Illustrierten das CDU-Logo oder der Slogan „Wir kommen“ zu sehen war. Sie sollte also auch ausdrücklich unpolitische Wähler ansprechen.²⁶⁴ Ähnlich war es beim Jugendposter, auch dieses war auf den ersten Blick nicht als CDU-Veröffentlichung zu erkennen, enthielt aber zumindest den Wahlslogan. Auf gelbem Hintergrund wurden auf der Vorderseite viele prominente Köpfe in Form einer Karikatur zeichnerisch dargestellt, was Assoziationen zum berühmten Cover des Beatles-Albums „Sgt. Pepper’s Lonely Hearts Club Band“ von 1967 wecken sollte. Auf der Rückseite waren die Köpfe von Dregger und der Führungsmannschaft ebenfalls in gezeichneter Form zu sehen und mit kurzen Texten überschrieben, die klar auf ein junges Publikum hin ausgerichtet waren.²⁶⁵ Deutlicher mit der CDU zu assoziieren waren Flugblätter der Bundespartei, die mit dem hessischen Wahlslogan versehen worden waren.²⁶⁶ Hinzu kamen noch ein allgemeines Wähleranschreiben,²⁶⁷ ein Zielgruppenbrief an Jungwähler,²⁶⁸ ein Rundschreiben der CDU-Frauenvereinigung Hessen an weibliche Wählerinnen²⁶⁹ sowie ein Rundschreiben der Union der Vertriebenen (UdV).²⁷⁰ Wesentliche Teile dieses Materials, insbesondere die Insertionen, die Wahlillustrierte und das Jugendposter, scheinen von Radunski vorbereitet worden zu sein, während Niemetz unter

264 Wahlillustrierte „Gesucht wird ...“, in: ACDP 03-020-061/2. Die Unsichtbarkeit der CDU wurde neben der etwas zu intellektuellen Aufmachung ausdrücklich als Kritikpunkt aus den Kreisverbänden vermerkt, vgl. Zwischenbericht Landtagswahl 1970 von Lehmann an Dregger, Schwarz-Schilling, Wagner, Wallmann und Kiep vom 22. Oktober 1970, in: ACDP 01-347-206.

265 Jugendposter, in: ACDP 03-020-061/2. Dregger selbst fand das Jugendposter besser gelungen als die Wahlillustrierte, da es kürzer und knapper sei, vgl. Schreiben von Dregger an Radunski vom 14. September 1970, in: ACDP 01-347-185/1.

266 Flugblätter zu SPD-Wahlversprechen, Inflation sowie Außen- und Deutschlandpolitik, in: ACDP 03-020-061/2. Hier nahm Dregger einige Änderungen an den Entwürfen vor, vgl. Schreiben von Dregger an Radunski vom 21. September 1970, in: ACDP 01-347-185/1.

267 Wähleranschreiben von Dregger, in: ACDP 03-020-061/2.

268 Jungwählerbrief von Dregger, in: ACDP 01-347-208.

269 Wählerinnenrundschreiben von Beatrix Riesenhuber vom Oktober 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

270 Rundschreiben von Hermann Götz vom Oktober 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

anderem für die Wahlfilme zuständig war.²⁷¹ Von den Aktionen während des Wahlkampfes brachten neben den Musikveranstaltungen vor allem die ganz in Rot gekleideten Hostessen größere Aufmerksamkeit. Von den Kleinwerbmitteln soll ein rotes Staubtuch mit dem Schriftzug „Frischer Hessenputz“ gut gelaufen sein.²⁷² Insgesamt scheinen die Werbemittel gut angekommen zu sein, wobei insbesondere die große Vielfalt und die frühzeitige Anlieferung gelobt wurden, ein Hinweis darauf, dass dies bei früheren Wahlkämpfen nicht unbedingt der Fall gewesen war.²⁷³

Am 19. September wurde dann auch die inhaltliche Gestaltung des Wahlkampfes endgültig festgelegt. An diesem Tag fand in Frankfurt der dritte Landesparteitag der CDU Hessen im Jahr 1970 statt. Nach einer Rede Dreggers unter der Überschrift „Liberale Erneuerung in Hessen“, in der er vor allem enttäuschte FDP-Wähler versuchte davon zu überzeugen, ihr Kreuz dieses Mal bei der CDU zu setzen,²⁷⁴ wurde der Entwurf des „Frankfurter Programms“ beraten und beschlossen.²⁷⁵ Darin wurden nach einer Präambel, in der „ein besseres politisches Gleichgewicht“ in Hessen nach 25 Jahren SPD-Regierung eingefordert und sowohl auf das junge Durchschnittsalter der „Dregger-Mannschaft“ mit 43 Jahren als auch auf den Begriff „liberale Erneuerung“ verwiesen wurde, „25 Schritte in die Zukunft Hessens“ skizziert. Dabei ging man zunächst auf die Bereiche Schule und Hochschule²⁷⁶ sowie die Frage der Lebensbedingungen in Hessen (Innere Sicherheit, Wohnen, Gesundheit und Soziales) ein. Damit spiegelte man das Schema der drei erschienenen Broschüren im Programm wider. Das finale Kapitel unter der Überschrift „Das neue Hessen“ stellte die geplanten Vorhaben in den Bereichen Wirtschaft, Raumordnung, Finanzen,

271 Vgl. die diversen Entwürfe und Vermerke von Radunski und Niemetz sowie die Drehbuchentwürfe für die Filme, in: ACDP 01-347-185/1.

272 Rote Hostessen werben für die CDU, in: FAZ vom 17. Oktober 1970; Mit Äpfeln und Schirmen nach Wählern geangelt, in: FR vom 7. November 1970. Die Losaktion wird sonst nicht explizit erwähnt, scheint aber stattgefunden zu haben, vgl. Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, in: ACDP 01-347-208.

273 Zwischenbericht Landtagswahl 1970 von Lehmann an Dregger, Schwarz-Schilling, Wagner, Wallmann und Kiep vom 22. Oktober 1970, in: ACDP 01-347-206.

274 Alfred Dregger: Liberale Erneuerung in Hessen. Rede zum Programm der hessischen CDU auf dem Frankfurter Parteitag am 19. September 1970, in: Das Frankfurter Programm der CDU, in: ACDP 03-020-173. Ausdrücklich soll sich diese Rede an nationalliberal gesinnte Schichten gerichtet haben, vgl. Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, in: ACDP 01-347-208. Vgl. auch Wolf: Neubeginn, S. 68.

275 Frankfurter Programm der hessischen CDU für die Landtagswahl 1970, in: Das Frankfurter Programm der CDU, in: ACDP 03-020-173.

276 Zur Schul- und Hochschulpolitik in Hessen um 1970 vgl. Christoph Führ: Schulpolitik in Hessen 1945–1994, in: Bernd Heidenreich/Konrad Schacht: Hessen. Gesellschaft und Politik (Schriften zur politischen Landeskunde Hessens 2). Stuttgart/Berlin/Köln 1995, S. 157–177, hier 163–172; Notker Hammerstein: Zur Geschichte der hessischen Hochschulen nach 1945, in: Berding/Eiler (Hg.): Hessen, S. 325–344, hier 332–340; Mühlhausen: Hessen, S. 456–460.

Arbeit, Landwirtschaft und Länderneugliederung – unterstützt wurde die Schaffung eines neuen Bundeslandes im Südwesten zur Herstellung der Einheit der Wirtschaftsräume Rhein-Main und Rhein-Neckar – vor. Den Abschluss bildete ein Kurzkapitel zur Außen- und Deutschlandpolitik, ein weiteres Zugeständnis an die allmähliche bundespolitische Überlagerung des beginnenden Hauptwahlkampfes.²⁷⁷

Die größte Resonanz fanden aber weder die Rede Dreggers noch das Programm, sondern das einleitende Referat Wallmanns, das anschließend auch in Form einer Broschüre veröffentlicht wurde. Er setzte sich darin mit der „intellektuelle[n] Verunsicherung [...], die Teile unserer Bürger erfaßt hat“ auseinander und warnte vor der „Unterwerfung unter sozialistische Denksysteme“ und dem darauf beruhenden Zeitgeist. Insbesondere die SPD überzog er mit scharfer Kritik: „Die Auseinandersetzung mit der SPD ist gegenwärtig keine Auseinandersetzung zwischen demokratischen Parteien üblicher Art. Die Auseinandersetzung mit der SPD ist heute **weithin** [Fettschreibung im Original, O. S.] eine Auseinandersetzung mit dem Sozialismus marxistischer Prägung.“²⁷⁸ Kiep sprach in seinem Tagebuch von einer „abendländische[n] Rede“ Wallmanns, die „ein Schlag ins Gesicht unserer Bemühungen[,] hier im Rhein-Main-Gebiet die schwankenden SPD-Wähler zu gewinnen“ gewesen sei.²⁷⁹ Während sich Dregger und die anwesende Basis zufrieden zeigten, war das Echo in der Presse auf die Rede größtenteils negativ. Von einem „harten Rechtsdrall“ und „Polarisierung“ war die Rede.²⁸⁰ Was Kiep besonders aufstieß, war die Tatsache, dass Wallmann bei einer Vorbesprechung einige Tage zuvor, auf der er eigentlich seine Rede vortragen sollte, nicht anwesend und somit niemand über den Inhalt im Vorfeld informiert worden war.²⁸¹ Es ist anzunehmen, dass dieser ganze Vorgang mit Billigung Dreggers geschehen ist, der gemeinsam mit Wallmann offenbar die Sorge hatte, dass das moderne und ungewohnte Erscheinungsbild der CDU konservative Wähler abschrecken könnte.²⁸²

Neben Kiep war auch Schwarz-Schilling überaus erbost über den Vorgang und nahm dies zum Anlass, in einem Brief deutliche Worte der Kritik gegenüber Dregger zu formulieren. Seiner Ansicht nach habe der Fünfer-Kreis die

277 Dieses Kapitel wurde erst auf dem Parteitag in das Programm eingefügt, vgl. Beschlussprotokoll des Landesparteitags der CDU Hessen am 19. September 1970, in: ACDP 03-020-183/5.

278 CDU – eine Standortbestimmung, in: ACDP 03-020-173.

279 Tagebucheintrag von Kiep vom 19. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

280 Hessens CDU mit hartem Rechtsdrall, in: SZ vom 21. September 1970; Polarisierung in Hessen, in: FNP vom 21. September 1970; Aus dem Abseits, in: Wiesbadener Kurier vom 21. September 1970; : Gralshüter, in: Wiesbadener Tageblatt vom 21. September 1970.

281 Tagebucheintrag von Kiep vom 17. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

282 Ausdrücklich sprach Wallmann in seiner Rede davon, dass die CDU „**auch** [Fettschreibung im Original, O. S.] eine konservative Partei“ sei, vgl. CDU – eine Standortbestimmung, in: ACDP 03-020-173.

Bewährungsprobe „im täglichen Alltagsgeschäft der Politik“ nicht bestanden. Kontroverse Fragen würden nicht ausdiskutiert und entschieden, während Angelegenheiten, die die fünf Personen unmittelbar berührten, „an anderer Stelle aufgegriffen und im Sinne Ihrer [d. h. Dreggers, O. S.] Auffassung interpretiert“ würden. Außerdem trete er viel zu selten zusammen und habe sich „zu einem Ausspracheverein über vergangene Ereignisse entwickelt“. Schließlich fehle es nicht an Versuchen von Mitgliedern des Fünfer-Kreises, „die politische Machtkonstellation, auf der dieser Kreis beruht, zu unterminieren und entsprechend zu verändern“. Schwarz-Schilling zog daraus den Schluss, dass der Kreis „nicht mehr aktionsfähig ist und seine Existenzberechtigung als politisches Führungsteam verloren hat“. Diese Aufgabe solle in Zukunft vom Präsidium wahrgenommen werden, was auch die Auffassung von Wagner und Kiep sei. Meinungsverschiedenheiten sollten künftig „von Angesicht zu Angesicht ausgetragen und beseitigt werden“, momentan sei jedoch die Geschlossenheit der Führungsspitze „für Eingeweihte, Nahestehende und auch bereits weitere Kreise mehr und mehr zu einer Farce geworden“.²⁸³ Dregger versah den Brief mit umfangreichen Randbemerkungen, in denen er Schwarz-Schillings Auffassungen entsprechend kommentierte. So sah er etwa den Begriff „Machtkonstellation“ weniger als Vokabel für eine Führungsmannschaft, sondern eher für den politischen Gegner, und empfand die Feststellung Schwarz-Schillings, dass der Fünfer-Kreis keine Existenzberechtigung mehr habe, als „Feststellung ‚ex cathedra““. Am 27. September fand in Fulda ein klärendes Gespräch statt, das bis drei Uhr in der Nacht dauerte. Kiep beschrieb die Aussprache als „offen und verletzend“ – Schwarz-Schilling sei über das Gespräch noch ein paar Tage später entsetzt gewesen –, wobei aus seiner und Schwarz-Schillings Sicht insbesondere Wallmann eine ganz schlechte Figur machte, während Dregger „offen und teilweise überzeugend“ redete. Bezüglich des Gesprächsinhaltes sagte er nur, dass es um den „Stil Dreggers und Intrige Wallmanns“ ging.²⁸⁴ Dregger hatte sich auf dem Schreiben von Schwarz-Schilling ein paar Notizen zu Themen gemacht, die er vielleicht im Rahmen des Gesprächs behandeln wollte, darunter die Rede Wallmanns und Illoyalitäten von Radunski und Niemetz.²⁸⁵ Wie die Unterredung genau ablief, entzieht sich unserer Kenntnis, aber Kiep resümierte zumindest: „Ein neuer Anfang wird beschlossen!“²⁸⁶

283 Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 21. September 1970, in: ACDP 01-347-189/2.

284 Tagebucheinträge von Kiep vom 27. September und 30. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

285 Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 21. September 1970, in: ACDP 01-347-189/2. In welchem Sinne sich Radunski und Niemetz aus Dreggers Sicht heraus illoyal verhalten hatten, muss offenbleiben.

286 Tagebucheintrag von Kiep vom 27. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

3.3.2 Der Mende-Übertritt und die Folgen

Auf der Präsidiumssitzung am 3. Oktober wurden weitere Feinabstimmungen in der Wahlkampfführung vorgenommen. Insbesondere sollten im weiteren Verlauf die Krankenhausversorgung und die Preis- und Wirtschaftspolitik besonders herausgestellt – wofür Radunski einen Kurzrednerdienst erstellen sollte –, und die Devise „Wir kämpfen um die Mehrheit in diesem Lande“ in der Öffentlichkeit verfolgt werden.²⁸⁷ Obwohl weiterhin auf landespolitische Themen wie Bildung und innere Sicherheit gesetzt wurde,²⁸⁸ zeigte sich auch hier die zunehmende Tendenz in Richtung Bundespolitik, wenn die Versprechen der Bundesregierung mit der Realität verglichen und die Bedenken der CDU in der Ostpolitik vor allem rechts von der SPD stehenden Wählern vermittelt werden sollten. Außerdem wurden auf der Sitzung noch die Pressekonferenzen der Führungsmannschaft und die Wahlsondernummer des „Hessenkurier“ geplant.²⁸⁹

Der 8. Oktober muss als der Tag angesehen werden, an dem das Gleichgewicht endgültig stärker in Richtung der Bundespolitik kippte. An diesem Tag wurde bekannt, dass Erich Mende, von 1960 bis 1968 Bundesvorsitzender der FDP, zur CDU übertreten würde, nachdem er im Konflikt über die Ostpolitik der Bundesregierung aus seiner Partei und der Bundestagsfraktion ausgetreten war. Eine wichtige Rolle dabei spielten Dregger und Wallmann, die Mende am Abend des 3. Oktober in dessen Haus in Bonn-Bad Godesberg davon überzeugen konnten, Mitglied in Wallmanns Kreisverband Marburg zu werden.²⁹⁰ Diese Verhandlungen waren ohne Kenntnis der Führungsgremien der CDU Hessen oder des Fünfer-Kreises erfolgt und auch das Ergebnis blieb vorerst unter Verschluss, bis Mende am 8. Oktober den Fraktionsvorsitzenden Barzel um Aufnahme in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bat.²⁹¹ Kiep musste erst mit Dregger telefonieren, um sich die umlaufenden Gerüchte bestätigen zu lassen.²⁹² Schwarz-Schilling selbst hat gemäß seiner Darstellung am 8. Oktober nur die allgemeine Frage Dreggers positiv beantwortet, was er davon halte, wenn Mende zur CDU übertreten würde und vom Übertritt selbst erst über den

287 Rückblickend beurteilte man die Versuche, den Anspruch der CDU auf einen Kampf um die hessische Landesregierung glaubhaft zu machen, als an „Hochstapelei“ grenzend, vgl. Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, in: ACDP 01-347-208.

288 Gemäß einem 1971 verfassten Bericht blieb der Anteil der Landespolitik in den Wahlkampfaußagen der CDU Hessen immer über 50 Prozent, ebd.

289 Beschlussprotokoll der Präsidiumssitzung am 3. Oktober 1970, in: ACDP 03-020-124. Auf der Sitzung gab es erneut eine scharfe Kontroverse zwischen Dregger, Schwarz-Schilling und Kiep, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 3. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

290 Erich Mende: Von Wende zu Wende 1962–1982. München/Berlin 1986, S. 339–341. Die Aussage von Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 189f., dass dieses Gespräch „nicht in konspirativer Umgebung“ stattgefunden habe, verkennt völlig die faktisch konspirativen Umstände.

291 Grau: Gegen den Strom, S. 133.

292 Tagebucheintrag von Kiep vom 8. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

Rundfunk gehört.²⁹³ Am folgenden Tag war eine Pressekonferenz von ihm und Erna Maria Geier zur Schulpolitik angesetzt, bei der aber schnell der Mende-Übertritt das beherrschende Thema war. Auf den Hinweis von Journalisten, dass er ja wohl wissen würde, dass es schon früher Gespräche der CDU Hessen mit Mende gegeben habe, erklärte Schwarz-Schilling, dass er erst aus dem Rundfunk davon erfahren habe, was dann so verstanden wurde, dass er von dem Übertritt selbst überrascht gewesen sei. Als er am 13. Oktober bei einer weiteren Pressekonferenz zur Vorstellung der Wahlplakate mit einer Meldung des „Spiegel“ konfrontiert wurde, dass er selbst zusammen mit Dregger die Gespräche mit Mende geführt habe,²⁹⁴ dementierte er dies und begrüßte Mendes Übertritt ausdrücklich.²⁹⁵ Der Frage eines Journalisten, ob es nicht einen „groben Akt der Illoyalität“ darstelle, dass Schwarz-Schilling als erster Stellvertreter und Generalsekretär nicht eingeweiht gewesen sei, versuchte er auszuweichen, indem er auf die große Anspannung durch den Wahlkampf und die plötzlichen Entwicklungen im Bundestag verwies. Als am folgenden Tag ein Artikel in der „Welt“ erschien, wonach Schwarz-Schilling „öffentlich seine Vorbehalte“ geäußert habe und die Aussage wiederholt wurde, dass er vom Übertritt durch den Rundfunk überrascht worden sei,²⁹⁶ schlug Dregger eine gemeinsame Erklärung vor, um diese Missverständnisse auszuräumen. Darin wurde festgestellt, dass es keine Zugeständnisse für Mendes politische Zukunft gegeben habe. Ein Gespräch mit Mende habe auf dessen Initiative hin am 3. Oktober stattgefunden, wobei Dregger weder gegenüber Schwarz-Schilling noch im Text der Erklärung darauf hinwies, dass Wallmann daran beteiligt war. Dregger stellte die Angelegenheit dann so dar, dass er wegen der Kürze der Zeit nur noch die Zustimmungen von Wallmann und Schwarz-Schilling hätte einholen können. Pressemitteilungen, dass diese von Mendes Übertritt durch Rundfunkmeldungen überrascht worden seien, seien unrichtig.²⁹⁷ Da Schwarz-Schilling der Auffassung war, dass dieser letzte Aspekt den Sachverhalt verkürzt und unrichtig wiedergebe, zog er seine Unterschrift unter das Rundschreiben zurück, weil Dregger auf diesem Satz beharrte. Nachdem bereits am folgenden Tag Meldungen über die Kontroverse zwischen dem Landesvorsitzenden und seinem Generalsekretär in der Presse zu lesen waren,²⁹⁸ kam es auf einer Besprechung von Führungsmannschaft und

293 Hierzu und zum Folgenden Schreiben von Schwarz-Schilling an die Mitglieder der Führungsmannschaft und des Präsidiums vom 19. Oktober 1970 mit Anlage, in: ACDP 03-020-124.

294 Alle ohnmächtig, in: Der Spiegel vom 11. Oktober 1970.

295 Vgl. auch Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion vom 13. Oktober 1970, in: ACDP 01-347-189/2.

296 Vorbehalte gegen Mende in der hessischen CDU, in: Die Welt vom 14. Oktober 1970. Vgl. auch CDU über Mende zerstritten?, in: FNP vom 14. Oktober 1970.

297 Rundschreiben von Dregger zum Übertritt Mendes zur hessischen CDU vom 14. Oktober 1970, in: ACDP 01-347-189/1.

298 Nach Dreggers Anruf sah der Vize wieder klar, in: FR vom 15. Oktober 1970.

Präsidium am 16. Oktober zu einer scharfen Kontroverse zwischen Dregger und Schwarz-Schilling,²⁹⁹ vermutlich ausgelöst durch das erstmalige Eingeständnis Dreggers, dass Wallmann bei der Besprechung mit Mende am 3. Oktober anwesend gewesen war. Am Abend musste Schwarz-Schilling dann im Fernsehen die Aussage Dreggers auf einer Pressekonferenz vernehmen, dass seine Äußerungen, er habe erst über den Rundfunk vom Übertritt Mendes erfahren, falsch seien. Dregger betonte ausdrücklich, er habe dem nichts hinzuzufügen.

Auf dem Wahlkongress am 17. Oktober in Wiesbaden, der offiziell die heiße Wahlkampfphase eröffnete, wurde nach Reden von Dregger, der in seinem Beitrag nicht nur um frühere Wähler der SPD und FDP warb, sondern ausdrücklich auch ehemaligen NPD-Wählern „das Recht auf politischen Irrtum“ zugestand,³⁰⁰ und Kiesinger die Führungsmannschaft vorgestellt.³⁰¹ Die bestehenden Dissonanzen blieben angesichts der Bedeutung der Landtagswahl außen vor. Am 19. Oktober verschickte Schwarz-Schilling dann als Reaktion auf das Rundschreiben vom 14. Oktober einen Rundbrief an die Mitglieder der Führungsmannschaft mit einer Anlage, in der er die Abläufe seit dem 8. Oktober aus seiner Sicht heraus darstellte. Er kritisierte vor allem, dass der Vorgang um Mende ihm gegenüber zu keinem Zeitpunkt kommuniziert worden sei. Eine solche Situation sei für ihn als ersten Stellvertreter des Landesvorsitzenden und Generalsekretär unzumutbar. Besonders enttäuschend sei jedoch gewesen, dass Dregger „die Meinungsverschiedenheiten nur durch eine Desavouierung meiner Person in seinem Sinne vor der Öffentlichkeit“ habe aufklären können. Er erklärte weiterhin, dass die Geschlossenheit der Partei eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sei und setzte seine Hoffnung auf eine „ausgewogenere Stellungnahme“ des Präsidiums auf dessen nächster Sitzung, womit zukünftig die Loyalität der Führungsspitze wiederhergestellt werden könne.³⁰²

Diese Sitzung fand am 22. Oktober statt. Obwohl das Protokoll keinen Beschluss zu der Thematik ausweist,³⁰³ waren natürlich der Mende-Übertritt und dessen Folgen das Hauptthema.³⁰⁴ Vor der nächsten Präsidiumssitzung am 29. Oktober sah Dregger sich dazu genötigt, sich zu erklären. Am 28. Oktober verfasste er ein Rundschreiben an den gleichen Adressatenkreis wie das Schreiben

299 Tagebucheintrag von Kiep vom 16. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-033/3.

300 Rede von Alfred Dregger auf dem Wahlkongress am 17. Oktober 1970, in: ACDP Pressearchiv PA-P1-1058.

301 Dregger: Der hessischen CDU ist jedermann willkommen, in: SZ vom 19. Oktober 1970. Vgl. auch Tagebucheintrag von Kiep vom 17. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

302 Schreiben von Schwarz-Schilling an die Mitglieder der Führungsmannschaft und des Präsidiums vom 19. Oktober 1970 mit Anlage, in: ACDP 03-020-124.

303 Beschlussprotokoll der Sitzung des Präsidiums mit der Führungsmannschaft am 22. Oktober 1970, ebd.

304 Tagebucheintrag von Kiep vom 22. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-033/3.

von Schwarz-Schilling.³⁰⁵ Er betonte, dass Mende bei dem Treffen am 3. Oktober volle Vertraulichkeit zugesagt worden sei und die raschen Entwicklungen in Bonn zu einer kurzfristigen telefonischen Anfrage Mendes geführt hätten, ob er erklären könne, dass er die Absicht habe, der hessischen CDU beizutreten. Daraufhin habe Dregger Schwarz-Schilling und Wallmann angerufen und diese unterrichtet, woraufhin sich beide damit voll einverstanden erklärt hätten. Bevor Dregger am 9. Oktober vor der Landespressekonferenz selbst zu Mendes Übertritt Stellung beziehen konnte, fand die Pressekonferenz von Schwarz-Schilling und Geier statt. Dreggers Ansicht nach wäre es „sicherlich zweckmäßig“ gewesen, wenn Schwarz-Schilling bei den Fragen der Journalisten auf die spätere Stellungnahme des Landesvorsitzenden verwiesen hätte. Schwarz-Schillings Äußerungen, „daß er von der ganzen Sache nichts wisse“, hätten bei der Presse den Eindruck erweckt, die hessische CDU-Spitze sei uneinig und Dregger hätte Entscheidungen am Generalsekretär vorbei getroffen. Die Aussagen Schwarz-Schillings wären zudem als Desavouierung des Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten empfunden worden. Bezüglich des Rundschreibens habe Schwarz-Schilling dem Text zunächst seine Zustimmung erteilt. Dregger habe dann am folgenden Tag, während er in Stuttgart weilte, die Mitteilung erhalten, dass Schwarz-Schilling der Erklärung nur zustimmen wolle, wenn Dregger dazu bereit sei, „die Mitteilung zu streichen, aus der hervorgeht, daß ich seinerzeit in Übereinstimmung mit Dr. Schwarz-Schilling gehandelt habe“. Das Schreiben sei dann nur mit seiner Unterschrift rausgegangen. Abschließend mahnte auch Dregger Loyalität an: „Vor der Öffentlichkeit sollte niemand Erklärungen auf Kosten der anderen abgeben [...]“, was Schwarz-Schilling auf der Pressekonferenz getan habe und wie es nach internen Sitzungen von Präsidium und Vorstand bereits mehrfach geschehen sei.³⁰⁶ Niemals habe Schwarz-Schilling versucht, Meinungsverschiedenheiten unter vier Augen zu bereinigen. Dregger hoffe, „daß sich das im Interesse der Sache ändern wird“. Auch wolle er das Gespräch mit Schwarz-Schilling in dieser Angelegenheit suchen.

Bei der Präsidiumssitzung am folgenden Tag war Dregger nach Ansicht Kieps dann aber „fast kleinlaut wegen Mende“,³⁰⁷ obwohl dies nicht so recht zu seinen schriftlichen Darlegungen passen will. In jedem Fall begannen sich in der Partei die Zweifel zu mehren, dass Mende tatsächlich den Stimmenzuwachs

305 Zum Folgenden Schreiben von Dregger an die Mitglieder der Führungsmannschaft und des Präsidiums vom 28. Oktober 1970, in: ACDP 03-020-124.

306 Diese Aussage bezog sich auf Vorwürfe von Schwarz-Schilling bezüglich der Ablösung von Landesgeschäftsführer Lehmann, der zum 1. Januar 1971 durch den Dregger näher stehenden Manfred Kanther ersetzt werden sollte, vgl. Beschlussprotokoll der Landesvorstandssitzung am 3. September 1970, ebd. Dregger sprach darin unter anderem von nicht weiter benannten Erklärungen Lehmanns vor dem Landesvorstand, „die nicht nur für mich, sondern auch für die ganze Führungsspitze eine Desavouierung bedeuteten“.

307 Tagebucheintrag von Kiep vom 29. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-033/3.

bringen würde, den sich Dregger von ihm erhoffte.³⁰⁸ Früh gab es auch Stimmen, die davor warnten, dass der Übertritt eher einen Solidarisierungseffekt mit der FDP auslösen könnte.³⁰⁹ Dennoch blieb die Geschlossenheit nach außen im Hinblick auf die Landtagswahl bemerkenswerterweise im Großen und Ganzen erhalten, auch wenn sich die interne Atmosphäre zunehmend vergiftete. Im Kern drehte sich alles um die Frage, ob Schwarz-Schilling am 8. Oktober umfassend von Dregger informiert worden war oder nicht. Betrachtet man zum Vergleich Dreggers und Wallmanns Verhalten im Vorfeld des Frankfurter Parteitages, so drängt sich die Vermutung auf, dass Schwarz-Schillings Darstellung hier eher zu trauen ist. In jedem Fall war ein Bruch eingetreten, was sich insbesondere an den Einschätzungen Kieps zu Dregger zeigt. Dessen Benehmen werde „immer autoritärer, seine Hybris kennt keine Grenzen!“³¹⁰ Dreggers einziges Interesse seien der Sturz der Bundesregierung durch ein Ausscheiden der FDP aus dem hessischen Landtag und ein Ministerposten in Bonn.³¹¹ Außerdem seien die Journalisten viel zu höflich ihm gegenüber.³¹²

Der Wahlkampf selbst scheint im Wesentlichen im geplanten Rahmen verlaufen zu sein. Man war allerdings unzufrieden mit der Darstellung der CDU im Fernsehen des Hessischen Rundfunks, dem man vorwarf, SPD und Landesregierung nicht als Einheit anzusehen und damit der SPD zusätzliche Sendezeit zu geben. Auch eine 13. Insertion wurde kurzfristig noch genehmigt.³¹³ Die Presse betrachtete den modernen Wahlkampf der CDU durchaus positiv, insbesondere Methoden wie Canvassing, den Einsatz von Hostessen oder die Musikveranstaltungen, zumal der Wahlkampf der SPD nicht gut ankam³¹⁴ Es wurde aber auch konstatiert, dass die „Serie von Hammerschlägen aus der Unionsschmiede“ gegen SPD und FDP und die Überlagerung der Landes- durch die Bundespolitik zwar zunächst Wirkung zeigten, diese sich aber abschwächte, je näher der Wahltermin kam.³¹⁵ Radunski bereitete in einem Vermerk die Interpretation verschiedener Szenarien vor. Erwartet wurde ein Ergebnis, von mindestens 32 Prozent. Einen „Anhaltspunkt für die landespolitische Attraktivi-

308 Mende ist für uns kein Reißer, in: NRZ vom 23. Oktober 1970; Ungeliebter Verräter, in: Die Zeit vom 23. Oktober 1970.

309 So der frühere FDP-Bundestagsabgeordnete Hans-Werner Staratzke gegenüber Kiep, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 10. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-033/3.

310 Tagebucheintrag von Kiep vom 22. Oktober 1970, ebd.

311 Tagebucheintrag von Kiep vom 26. Oktober 1970, ebd.

312 Tagebucheintrag von Kiep vom 29. Oktober 1970, ebd.

313 Beschlussprotokolle der Präsidiumssitzungen am 22. und 29. Oktober 1970, in: ACDP 03-020-124. Zum Verhältnis Dreggers zum Hessischen Rundfunk vgl. Weirich: Alfred Dregger, S. 100 f.

314 Canvassing oder: Grabenkampf in Hessens Hinterhöfen, in: FNP vom 3. November 1970; Mit Äpfeln und Schirmen nach Wählern geangelt, in: FR vom 7. November 1970; Unsicherheit in der SPD über hessischen Wahlkampf, in: FAZ vom 7. November 1970; Werbung mit Luft – Posen an der Urne, in: SZ vom 9. November 1970.

315 Vielleicht wird es lauter Sieger geben, in: FR vom 7. November 1970.

tät der Partei“ sah er darin, wie nah die CDU dem hessischen Ergebnis bei der vergangenen Bundestagswahl kommen würde. Auch die Verringerung des Abstandes zur SPD war für ihn ein entscheidender Maßstab dafür, dass die CDU in Hessen zu einer „Regierungspartei im Wartestand“ geworden sei. Würde die CDU über zehn Prozent hinzugewinnen, wäre dies außerdem einer der höchsten Stimmengewinne einer Partei im Nachkriegsdeutschland überhaupt.³¹⁶

Am 8. November war der Tag der Wahl gekommen.³¹⁷ Die CDU gewann 13,3 Prozentpunkte gegenüber 1966 hinzu und kam auf insgesamt 39,7 Prozent. Zudem konnte sie die Zahl ihrer Direktmandate von vier auf 17 steigern. Die SPD verlor 5,1 Prozentpunkte und erreichte 45,9 Prozent. Sie konnte damit ihre Spitzenposition verteidigen, die absolute Mehrheit war jedoch verloren. Die FDP verlor nur leicht und kam auf 10,1 Prozent, während die NPD mit 3,0 Prozent den Wiedereinzug in den Landtag klar verfehlte.³¹⁸ In ihren ersten Reaktionen zeigten sich die Mitglieder der Führungsspitze mit dem Abschneiden der CDU sehr zufrieden, allein das gute Abschneiden der FDP war so nicht erwartet worden.³¹⁹ Da die FDP sich bereits im Juli für eine Koalition mit der SPD im Falle des Verlustes der absoluten Mehrheit entschieden hatte,³²⁰ war klar, dass die CDU keine Chance haben würde, an die Regierung zu kommen. Ob der Übertritt Mendes am Ende stabilisierend auf die FDP gewirkt und somit eine CDU-Regierung in Hessen schon 1970 vereitelt hat, kann nicht abschließend beantwortet werden. Dennoch waren aus Sicht von Radunski zwei wesentliche Ziele erreicht worden. Die CDU war endgültig zur politischen Alternative zur SPD geworden und die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten konnte gebrochen werden. Er kam zu dem Schluss, dass der Einfluss der Bundespolitik, den er für die Schlussphase des Wahlkampfes bei etwa 50 Prozent ansetzen wollte, sich positiv für die hessische CDU ausgewirkt hatte, obwohl er konstatieren musste, dass das Ergebnis der FDP ebenfalls auf bundespolitischen Grundlagen beruhte, nämlich dem Wunsch eines Großteils ihrer hauptsächlich von der SPD gekommenen Wähler, die Koalition in Bonn zu erhalten. Insgesamt interpretierte Radunski das Ergebnis so, dass der Stimmenzuwachs der CDU durch ehemalige Wähler aller übrigen Parteien, besonders aber der FDP, zustande kam. Auch in den Gebieten, in denen die CDU große Schwächen zeigte, konnte sie sich erheblich verbessern, so dass es nur noch zwei Wahlkreise gab, in denen die Partei unter 30 Prozent

316 Vermerk zur möglichen Interpretation des Wahlergebnisses in Hessen von Radunski an die Mitglieder des Präsidiums und der Führungsmannschaft vom 21. Oktober 1970, in: ACDP 07-001-6042.

317 Diese Wahl war auch deshalb eine Besonderheit, weil in Kassel erstmals eine Wahlprojektion angewandt wurde, vgl. Werbung mit Luft – Posen an der Urne, in: SZ vom 9. November 1970.

318 Behr u. a.: Wahlatlas, S. 72.

319 Stimmen zur Wahl, in: FR vom 9. November 1970.

320 Hessen FDP legt sich auf SPD fest, in: FNP vom 20. Juli 1970.

lag.³²¹ Eine Analyse des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (Infas) belegte, dass die CDU vor allem ihre Stimmengewinne aus der Bundestagswahl konsolidieren konnte, während die FDP neue Wähler von der SPD, vor allem in den Großstädten, gewinnen konnte.³²² Wahlanalysten kamen zu dem Ergebnis, dass die CDU ihre Stimmen vor allem von nationalliberal orientierten FDP-Wählern, den Restbeständen von BHE und NPD sowie „aus Kreisen flexibler sozialdemokratischer Grenzwähler“ bezog, nicht aber die Kernwählerschaft der SPD angreifen konnte, und ihre Gewinne in den kreisfreien Städten und im Rhein-Main-Gebiet geringer waren als im Landesdurchschnitt.³²³ Betrachtet man nur die jungen Wähler unter 30, so wurde festgestellt, dass die Stimmengewinne der CDU in dieser Altersgruppe gegenüber der letzten Landtagswahl nur gering waren, sie gegenüber der Bundestagswahl sogar leichte Verluste hinnehmen musste.³²⁴ Das Konzept des strategischen Potentials schien also nicht gegriffen zu haben. Ob dies ohne den bundespolitischen Einschlag, die Rede Wallmanns und die Hinwendung Dreggers zu ehemaligen NPD-Wählern anders gewesen wäre, ist zumindest zweifelhaft. Für Kiep lag damit die Aufgabe für die weitere Zukunft darin, die Stimmen der „SPD-Randwähler“ zu gewinnen, „notfalls in Opposition zu Dregger und Wallmann!“³²⁵

Schwarz-Schilling bezog sich in seinem Abschlussbericht, den er bei einer Pressekonferenz am 1. Dezember vorstellte,³²⁶ positiv auf die WEMA-Studie und das Konzept des strategischen Potenzials. Sie stellte nach seinen Darlegungen die „empirische[n] Grundlagen für die Wahlkampfstrategie und das darauf aufbauende Werbekonzept“.³²⁷ In dem Bericht, der ausdrücklich eine Linie von Eltville über die Wahlen von 1968 und 1969 zog und den Plan der Schaffung eines spezifisch landespolitischen Bewusstseins herausstellte, wurden die Wahl-

321 Zur Landtagswahl 1970 in Hessen von Radunski vom 9. November 1970, in: ACDP 07-001-6042.

322 SPD verlor in den Großstädten, in: Bonner Rundschau vom 10. November 1970; Die Stimmzettel unter dem Röntgenschild, in: Wiesbadener Kurier vom 10. November 1970; Infas-Wahlanalyse: FDP gewann neue Wähler auf Kosten der SPD, in: WAZ vom 11. November 1970. Vgl. auch die Ausführungen des Leiters des WIKAS Werner Kaltefleiter, in: Protokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 9. November 1970, in: Günter Buchstab/Denise Lindsay (Hg.): Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009, S. 321–324.

323 Behr u. a.: Wahlatlas, S. 76.

324 F. Kaiser: Das Verhalten männlicher und weiblicher Wähler verschiedener Altersgruppen bei der Landtagswahl 1970. Ergebnisse einer repräsentativen Auszählung, in: Staat und Wirtschaft in Hessen 26 (1971), S. 6–9, hier 8.

325 Tagebucheintrag von Kiep vom 8. November 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

326 Zum Folgenden vgl. Abschlussbericht zur Wahlkampfführung vom 1. Dezember 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

327 Auf die Bedeutung der Studie weist auch eine Zusammenfassung der WEMA-Analyse hin, die wohl im Zusammenhang mit einer Vorstellung des Wahlkampfkonzeptes in Baden-Württemberg im Februar 1971 steht, vgl. ACDP 01-347-208.

kampfphasen vorgestellt und die wichtigsten Zahlen vermittelt. So gab es 13 Anstöße über Insertionen in 52 verschiedenen Titeln, auf 170 Veranstaltungen traten Mitglieder der Führungsmannschaft auf und Bundes- sowie Landesredner bestritten insgesamt über 700 Veranstaltungen.³²⁸ Außerdem fanden von Januar bis November 1970 69 Pressekonferenzen und Pressegespräche statt. Alles in allem gelangen der hessischen CDU 9,5 Millionen Werbeanstöße, also etwa drei Anstöße pro Wählerstimme. Die Kosten für den Wahlkampf beliefen sich auf 1,5 Millionen DM, die aber komplett durch Spenden refinanziert werden konnten, was so offenbar nicht erwartet worden war.³²⁹ Eine Aufstellung der Veröffentlichungen im Wahlkampf zeigt erneut, dass hier eine wahre Materialschlacht geliefert worden war. Besonders gut lief die Wahlillustrierte mit einer Auflage von 1,2 Millionen Exemplaren. Von den Flugblättern der Bundespartei wurden immerhin zwei in einer Anzahl von über 500.000 Stück gedruckt und das Frankfurter Programm sowie das Jugendposter erreichten jeweils eine Auflage von über 300.000.³³⁰

4. Fazit

Am 8. November 1970 endete ein Wahlkampf, der fast drei Jahre zuvor in Eltville begonnen hatte. Dregger war mit dem Versprechen gewählt worden, die Mehrheit in Hessen zu erringen. 1970 konnte dieses Ziel noch nicht erreicht werden, erst vier Jahre später gelang es der CDU erstmals, die SPD in Hessen zu überholen. Dennoch blieb ihr der Einzug in die Wiesbadener Staatskanzlei noch bis 1987 versagt. Obwohl Dregger von 1982 bis 1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, liegt in gewisser Weise eine Tragik darin, dass es ihm trotz vier Anläufen nicht gelang, die SPD in Hessen aus der Regierung zu verdrängen und ihm zudem auch das erhoffte Amt eines Bundesministers versagt blieb.³³¹ Seine bleibende Leistung war, dass er mit der Zusage von Eltville einen Stein ins Rollen gebracht hatte, der dazu führen sollte, dass die CDU 1974 erstmals stärkste Partei in Hessen wurde, 1987 erstmals den Ministerpräsidenten stellte und mittlerweile seit 1999 ununterbrochen in Hessen an der Regierung ist. In diesem Prozess spielte die Landtagswahl 1970 eine besondere Rolle.

328 Allein Kiesinger bestritt 80 Veranstaltungen in Hessen, vgl. Protokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 9. November 1970, in: Buchstab/Lindsay (Bearb.): Protokolle, S. 317.

329 Vgl. Bericht des Landesschatzmeisters zur Landesausschusssitzung am 14. November 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

330 Übersicht zu den Broschüren, Falt- und Flugblättern, Prospekten, Zeitungen etc., in: ACDP 03-020-061/2. Erwähnenswert sind auch Beilage Hessenkurier (290.000), das sich an Heimatvertriebene richtende Faltblatt der UdV „Nichts über Ihren Kopf“ (über 250.000, vgl. 07-001-7636) und der Jungwählerbrief (fast 195.000).

331 Kiep vermerkte verärgert, dass Dregger noch 14 Tage vor der Wahl in Gegenwart von Journalisten nicht ausschloss, ein Ministerium in der nächsten Regierung in Bonn zu übernehmen, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 22. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

Dies hatte mehrere Gründe. Neben dem angesprochenen soziostrukturellen Wandel in Hessen dürften es auch Veränderungen in der CDU selbst in dieser Zeit gewesen sein, die längerfristige Erfolgsfaktoren beförderten. Es kristallisierte sich eine Personalkonstellation heraus, die überaus ungewöhnlich war. Die Personen, die maßgeblich an dieser Wahl beteiligt waren, waren vergleichsweise jung – das Durchschnittsalter der Führungsmannschaft lag, wie erwähnt, bei 43 Jahren. Sie hatten damit den größten Teil ihrer Karriere noch vor sich.³³² Damit einher gingen auch neue Konzepte, die der Wahlvorbereitung zugrunde lagen. Dies galt zum einen für die Idee, die vorhergehenden Wahlen als Teil eines Vorwahlkampfes für die Landtagswahl 1970 zu begreifen. Die Kommunalwahl 1968 diente zur Herstellung der Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes und zur Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes. Außerdem war die Einrichtung der Strukturkommission zur Vorbereitung der Kreisverbände auf die Landtagswahl ein wichtiges Element im Hinblick auf 1970. Bei der Bundestagswahl 1969 standen vor allem die Herausstellung Dreggers als „Unser 1. Mann in Hessen“ und die Fokussierung auf landespolitische Themen im Vordergrund.

Die neue Strategie verantwortete vor allem Radunski als Grundsatzreferent, der im Verbund mit dem neuen Pressereferenten Niemetz und der Wahlkommission 70 unter dem Vorsitz von Schwarz-Schilling die Vorgaben für den Landtagswahlkampf konzipierte. Dazu gehörten drei wesentliche Elemente. Erstens wurden Mitgliederwerbeaktionen zur inneren Aktivierung der Partei veranstaltet. Zweitens sollte die Herausstellung der Bedeutung landespolitischer Themen im Verbund mit dem Aufbau der CDU als ernstzunehmender Alternative zur SPD den Wahlkampf inhaltlich prägen und so die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten gebrochen werden. Drittens schließlich war das auf Analysen des WEMA-Instituts beruhende Konzept des strategischen Potenzials und der daraus resultierende Schwerpunkt auf Zielgruppen als Dreh- und Angelpunkt des Wahlkampfes von Bedeutung. Von diesen Vorgaben konnte jedoch nur eine uneingeschränkt verwirklicht werden, nämlich die Mitgliederwerbung. Der Erfolg dieser Aktion zeigte sich in einer deutlichen Steigerung der Mitgliederzahlen der hessischen CDU. Der landespolitische Schwerpunkt, insbesondere mit den Themen Schul- und Hochschulpolitik sowie den Lebensbedingungen in Hessen, konnte zwar bis zum Ende durchgehalten werden,

332 Schwarz-Schilling war von 1982 bis 1992 Bundespostminister; Wallmann wurde 1986 der erste Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland und war von 1987 bis 1991 hessischer Ministerpräsident; Kiep war von 1971 bis 1992 Bundesschatzmeister der CDU und von 1976 bis 1980 niedersächsischer Finanzminister; Wagner war von 1974 bis 1982 der erste von der CDU gestellte Landtagspräsident in Hessen; Radunski, der Ende 1970 aus der Landesgeschäftsstelle in Frankfurt ausschied und als Mitarbeiter von Kiep nach Bonn wechselte, war von 1981 bis 1991 Bundesgeschäftsführer der CDU und anschließend bis 1999 Senator in Berlin; Niemetz kehrte in den Journalismus zurück und arbeitete in hochrangigen Positionen beim ZDF, unter anderem als Moderator des „heute-journals“.

wurde aber während des Wahlkampfes mehr und mehr von der Bundespolitik überragt, ausgelöst durch die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition in Bonn und die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages.

Das strategische Konzept war ein Kernelement der Wahlkampfplanung Radunskis. Dazu gehörte die frühzeitige Setzung von Schwerpunkten auf die Zielgruppen Jungwähler, Frauen und Großstädter, regional vor allem auf das Rhein-Main-Gebiet und Südhessen bezogen. Ebenso ein Teil davon waren die landespolitischen Schwerpunkte und die Aktionen während des Wahlkampfes, die diesem einen modernen und ungewohnten Anstrich gaben. Neben dem Canvassing, vorbereitet durch eine Schulungsveranstaltung für Kandidaten, den Musikveranstaltungen mit Dieter Thomas Heck, dem Jugendposter nach Vorbild eines Beatles-Albums oder der Losaktion mit Hostessen gehörte dazu nicht zuletzt das berühmte „Django-Plakat“, das mit popkulturellen Elementen spielte und eine neue CDU verkörpern sollte. Mit den Mitteln der aufkommenden Lifestyle-Werbung wurde die Darstellung der Partei emotional aufgeladen und ihr ein spezifisches Image verpasst.³³³

Zu dieser Modernisierung von Erscheinungsbild und Inhalt der CDU gesellte sich jedoch von Anfang an auch die Sorge, ob man damit nicht eher konservativ gesinnte Anhänger verschreckte und ob man auf enttäuschte nationalliberal gesinnte FDP- sowie frühere BHE- und NPD-Wähler anziehend genug wirkte. Diesem Problem sollten etwa die Rede Wallmanns auf dem Frankfurter Parteitag, die Bemerkung Dreggers auf dem CDU-Wahlkongress, NPD-Wählern das „Recht auf politischen Irrtum“ zuzugestehen sowie der Übertritt von Erich Mende entgegenwirken. Dass dies nicht in das Konzept des strategischen Potentials passte, wurde von Dregger und Wallmann in Kauf genommen. Daraus resultierend etablierte sich in der zeitgenössischen Presse nach der Wahl eine Ansicht, die sich bis in neuere Publikationen zur hessischen Zeitgeschichte durchzieht, nämlich die Vorstellung, dass die CDU sich als „Sammelpartei des ‚rechten Lagers‘“ profilierte.³³⁴ Dies ist sicherlich nicht vollkommen falsch. Betrachtet man aber den gesamten Wahlkampf und die langfristigen Auswirkungen, ist zumindest ein Fragezeichen hinter eine solche pauschale Einschätzung zu setzen, da die CDU Hessen sich gleichzeitig modernisierte und sich neuen Wählerschichten öffnete.

333 Zur Lifestyle-Werbung Gerhard Paul: Die Bundesrepublik. Eine visuelle Geschichte. Darmstadt 2023, S. 198 f.

334 Hans Karl Rupp: Die hessische Parteienlandschaft, in: Klaus Böhme / Walter Mühlhausen (Hg.): Hessische Streiflichter. Beiträge zum 50. Jahrestag des Landes Hessen. Frankfurt a. M. 1995, S. 111–132, hier 120. Vgl. auch Ein Erfolg für Bonn, in: FR vom 9. November 1970; Wie die Wähler in Hessen wanderten, in: SZ vom 10. November 1970; Die Wähler waren besser als ihr Ruf, in: Die Zeit vom 13. November 1970; Eckart Hohmann/Konrad Schacht: Landtagswahlen in Hessen, in: Dies. (Hg.): Hessen. Wahlen und Politik, S. 164–194, hier 169; Mühlhausen: Hessen, S. 454 f.

Ein wichtiges Kernproblem, das während dieser ganzen Zeit nicht gelöst wurde, waren die Konflikte innerhalb des Fünfer-Kreises. Insbesondere zwischen Dregger und Wallmann auf der einen sowie Schwarz-Schilling und Kiep auf der anderen Seite kam es ständig zu Reibereien. Dreggers Unklarheiten in Bezug auf seine politische Zukunft während der Bundestagswahl und sein kaum verhehlter Ehrgeiz, als Bundesminister nach Bonn gehen zu wollen, die Reibereien um seine Zukunft als Oberbürgermeister von Fulda, die Alleingänge bei der Rede Wallmanns und dem Übertritt Mendes und nicht zuletzt wohl auch persönliche Antipathien, wie sie im Tagebuch von Kiep immer wieder hervortraten, verschärften die Konflikte an der Führungsspitze.³³⁵ Dass die nach außen hin präsentierte innere Geschlossenheit trotz dieser Probleme über den gesamten Wahlkampf hinaus Bestand hatte, ist im Nachhinein überaus erstaunlich. Dies dürfte zur nachträglichen Mythisierung dieses Faktors und der Charakterisierung der CDU Hessen als eingeschworener „Kampfgemeinschaft“ beigetragen haben.³³⁶ Was blieb, war letztlich ein insgesamt erfolgreicher Wahlkampf, der nicht nur den beteiligten Personen einen Weg in eine erfolgreiche politische Zukunft ebnete, sondern auch für die CDU in Hessen wie im Bund nach dem Verlust der Regierungsmehrheit in Bonn 1969 einen Weg zur Erneuerung und Modernisierung öffnete.

335 Auch bei den Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle scheint Dregger wenig beliebt gewesen zu sein. So beschwerten sich Radunski und Niemetz bei Kiep über Dreggers „völlige Unfähigkeit [...], mit der Presse klarzukommen!“, vgl. Tagebucheintrag Kieps vom 10. November 1970, in: ACDP 01-867-033/3.

336 Dregger: „Wir kommen“, S. 54; Mühlhausen: Hessen, S. 456.